

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



13. Oktober 1989
Jg. 10 Nr. 21

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

Dienstleistungsabend

**In Großstädten
viel Rummel,
aber durchgesetzt
ist er noch nicht**

Seite 5

Dokumentiert

**Programmatische
Texte der DDR-
Opposition**

Seite 10

PKK-Prozeß

**Aufruf zur bundesweiten
Demonstration
am 21.10.89 in
Düsseldorf**

Seite 19

IGM-Gewerkschaftstag

**Tarifpolitische
Fortschritte bei
Lohn und Arbeitszeit
erkennbar**

Seite 36



Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall Ende Oktober fordern viele Anträge eine Tarifpolitik, die gegenüber den großen Konzernen Widerstandskräfte mobilisiert und deutliche Lohnanhebungen verlangt. Bild: Arbeiterfotografie.

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/21 64 42
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/21 16 58

Inhalt 21/89

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	4
Dienstleistungsabend: In den Großstädten viel Rummel, aber durchgesetzt ist er noch nicht	5
Ökologischer Landbau: Interessen der Konzerne	7
IWF/Weltbank: BRD führt Ostexpansion an	7
Neues „Heimgesetz“: Verschlechterungen vorgesehen ..	7
Operative Deutschlandpolitik: Destabilisierungserfolge — aber der Widerstand wächst	8
„Neues Deutschland“ zu BRD-Völkerrechtsverletzungen ..	9
Dokumentiert: Texte der DDR-Opposition	10

Auslandsberichterstattung

Ungarn: Der Europäische Binnenmarkt als „magischer Wendepunkt“	12
Dialog von USAP, Opposition und Massenorganisationen ..	13
Südafrika/Azania: Aktionen gegen Arbeitsgesetze	13
Türkei: Stahlarbeiter gegen Elendslöhne	14
Frankreich: Streik bei Peugeot gegen Niedriglohn	14
Sri Lanka/Indien: Truppenabzug ohne Bedingungen?	15
Norwegen: Die norwegischen Erben Hitlers	15
Internationale Meldungen	16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:	
NGG-Broschüre: Mc Donald's sozial unverträglich!	18
Rekommunalisierung im Wohnungssektor	
PKK-Prozeß: Aufruf zur Demonstration in Düsseldorf am 21.10.89	19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten	21
NRW: REP in Kommunalgremien — Widerstand verstärken!	22
ABB-Konzern: Streiks gegen Verlagerung	22
Strafvollzug: Medizin in der JVA Straubing	23
Fuba: Ausländeranteil stark dezimiert	23
Kinderbetreuung in Waldshut: CDU versucht mit allen Mitteln, Hortinitiative auszutricksen	24
VW Hannover: Konzernexpansion ohne Kritik	25
Antifaschismus: Ärztekammer gegen Pedersen	25
Hamburg: Voscherau koppelt Senats-Politik ab von sozialen Anliegen	26
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	28
Politische Gefangene: Schikanen und Haftverschärfungen	29

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

African Timber: Einer kam, sah und siegte	30
Das Spinnennetz: Karriere in fast faschistischen Zeiten ..	30
Mein Partner mit der kalten Schnauze: Ein Hund kommt selten allein	31
Abdullah Özalın, PKK-Generalsekretär: Der PKK-Prozeß der deutschen Imperialisten	31
Rassismus: Christliches Menschenbild bildet Schranke ..	34

Spezialberichte

IGM-Gewerkschaftstag: Tarifpolitische Fortschritte bei Lohn und Arbeitszeit erkennbar	36
Existenzsichernder Lohn nicht mehr die Hauptaufgabe? ..	36
Dokumentiert: Entschließung 12, Tarifpolitik	37
Bundestag zur Arbeitszeitverkürzung: „nicht generell“, „nicht undifferenziert“	38
Aufgaben gewerkschaftlichen Widerstands — Beispiel Arbeitszeit	39

Polizei verjagt Rom aus Neuengamme

Am 2.10. hat Hamburgs Innensenator Hackmann auf Anzeige des Kultursenators von Münch die Roma vom Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme vertreiben lassen. Wochenlang hatten mehrere hundert Roma dort ein Flüchtlingslager gehalten, um ihre drohende Abschiebung zu verhindern. Von ca. 1000 Roma will Hamburg nur hundert behalten. Die Roma fordern Bleiberecht für alle. Der Senat hatte auf ihre Isolierung gesetzt — Neuengamme liegt weit ab, die Hilfsorganisatio-

tale Akt erreicht, daß sich in Hamburg eine ausreichend starke Solidaritätsbewegung bildet, um doch ein Bleiberecht durchzusetzen. Beim Sitzstreik vor dem Rathaus am Montag nacht kam Unterstützung von der Hafenstraße, der „Roten Flora“ und aus Antifakreisen in Form von Decken, Matrasen, warmen Getränken. Viele ältere Menschen, einige „Prominente“ waren auch da, und als die Roma gegen 23.00h in St. Pauli ankamen, wurden sie von fast 1000 Menschen begleitet. Über 1000 demonstrierten am 7.10. — (mek)



Auf dem Weg vom Rathaus zur Friedenskirche in St. Pauli

nen wie Arbeitersamariterbund, Rotes Kreuz, die Kirchen und die bürgerliche Presse waren untätig. Es herrschten katastrophale Zustände auf dem Platz, etliche Menschen, meist Kinder, wurden schwer krank. Die Roma haben daraufhin ein altes Gebäude auf dem Gelände besetzt, das gerade restauriert wird. Sofort erfolgte die Räumung. In einem fast achtstündigen Zug sind die Roma daraufhin zum Rathaus gezogen, dort prügelte Polizei zunächst auf sie ein. Dann ließen die zuständigen Personen sie mehr als vier Stunden in Kälte und Regen sitzen. Jetzt sind sie in einer Kirche untergekommen. Der Senat will nicht nachgeben. Die SPD hätte sich sonst kaum die Blöße gegeben, vom Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers mit Polizeiknüppel ausgerechnet die Nachkommen der Opfer zu vertreiben. Womöglich hat allerdings dieser bru-

Keine DDR-Pässe für Karlsruher Studenten

Der Unabhängige Studentenausschuß der Uni Karlsruhe bat in einem Brief an die Ständige Vertretung der DDR in Bonn um DDR-Pässe für wohnungssuchende Studenten. Die Stadtzeitung „gegen-druck“ veröffentlicht jetzt die Antwort des 1. Sekretärs der DDR-Vertretung, Lampat:

„Ihren Brief vom 14.9. 1989 habe ich erhalten und mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Es dürfte Sie nicht verwundern, wenn ich zum Gegenstand Ihres Schreibens erkläre, daß mir das dargelegte Problem bekannt ist, ich jedoch kein Verständnis dafür aufbringen kann, daß Sie mit Ihren Sorgen und Nöten allein gelassen werden. In meiner Heimat, in der DDR, ist es seit langen Jahren verbrieftes Recht für jede Studentin und jeden Studenten, daß mit dem Studienplatz auch Unterkunft

und Verpflegung gesichert werden ... Die Subventionen, die der Staat hierfür zahlt, sind beträchtlich. Nach Abschluß des Studiums steht allen Absolventen ein Arbeitsplatz zur Verfügung, der ihrer Qualifikation entspricht. Sie werden jedoch sicher auch Verständnis dafür haben, daß die Organe der DDR Reisepässe nur ihren eigenen Bürgern ausstellen. So, wie es völkerrechtliche Praxis ist. Abweichend davon handelt, soweit mir bekannt ist, nur die Regierung der BRD, die überdies die Staatsbürgerschaft der DDR nicht anerkennt und sich anmaßt, Obhutspflichten gegenüber Bürgern anderer Staaten wahrnehmen zu dürfen ...“
— (rub)

Stahl: Dauerhafte Erhöhung der Löhne!

Am Donnerstag, 5.10., legten 500 IG Metall-Vertrauensleute von Hoesch Dortmund eine Informationsstunde ein. Am Freitag traten große Teile der Belegschaft in einen mehrstündigen Warnstreik. Damit protestierten sie dagegen, daß Vorstandsvorsitzender Rohwedder die Forderung nach einer Erhöhung der Löhne um 5 Punkte, etwa 1 DM/Stunde, und einer entsprechenden Anhebung der Gehälter kategorisch abgelehnt hat. — Am 8.9. hatte der Verband der Eisen- und Stahlindustrie in einem Gespräch mit der IG Metall erklärt, daß er nicht bereit ist, Tarifverhandlungen über eine

Nachbesserung der auf drei Jahre abgeschlossenen Lohn-tarifverträge oder über andere tarifliche Lohnbestandteile zu führen. Daraufhin forderten die IG Metall-Vertrauensleute von Hoesch den Vorstand zu betrieblichen Verhandlungen um eine dauerhafte Erhöhung der Löhne und Gehälter auf, die im nächsten Tarifvertrag durch eine Vorweganhebung abgesichert werden müßten. Ähnliche Forderungen erheben auch die Vertrauenskörper von Thyssen und Krupp Rheinhausen. — Die Stahlkapitalisten wollen offensichtlich versuchen, diese Bewegung durch neue Einmalzahlungen zu unterlaufen. Bei Thyssen und Hoesch gab es bereits Ende 1988/Anfang 1989 Einmalzahlungen, bei Krupp mit dem Juli-Lohn 400 DM pro Kopf. Klöckner verhandelt zur Zeit, ARBED Saarstahl hat eine Sonderzahlung von 500 DM zugesagt, P+S von 1000 DM. Bei Thyssen finden am 11.10. Gespräche zwischen Vorstand und Betriebsrat statt. Es wäre günstig, wenn der Betriebsrat dabei bei der bestehenden Forderung nach einer dauerhaften Anhebung der Stundenlöhne bleibt. — (wof)

Entlassung von Haymo Hoch !

Offen terroristische und lebensgefährliche Maßnahmen gegen Ausländer hat der Leiter der Ausländerbehörde im Landkreis Offenbach auf dem Gewissen und praktiziert sie ständig weiter. Haymo Hoch

trat im Mai dieses Jahres aus dem Kreisverband der CDU Bergstraße aus und bei den Republikanern ein. Er ist auch Stadtverordneter in Zwingenberg. Opfer seiner menschenverachtenden Praktiken war z.B. die Tochter der Familie Abedin aus Bangladesch. Sie erkrankte an Malaria, weil der Republikaner Hoch die Familie ausweisen ließ und die nötigen Impfungen nicht vornehmen ließ. Verzweifelte Beschwerden betroffener Ausländer und Asylhilfegruppen im Kreis Offenbach belegen seine Absicht, „die Durchrassung unserer Gesellschaft“ nicht zuzulassen und Buchstaben und Geist des hessischen Ausländergesetzes dienen zu wollen.

Haymo Hoch ist einer der höchsten und bestbezahltesten Beamten der Verwaltung des Kreises Offenbach. Weder der DGB Kreis Offenbach noch die GRÜNEN im Kreistag Offenbach verlangen, daß der Republikaner entlassen wird, sie fordern lediglich die Versetzung von Hoch auf eine andere Stelle, obwohl die GRÜNEN sagen, im Fall der Abschiebung der Abedins sei der „Tatbestand des versuchten Totschlags“ gegeben. Die Haltung ist gefährlich, sie duldet die Faschisten im Staatsapparat und spricht sich dafür aus, daß ihre rassistische Politik mit Steuergeldern bezahlt wird. Die Grünen, SPD, DGB und Pax Christi, die sich auch für eine Entfernung von H. Hoch aus dem Ausländeramt ausgesprochen haben, wollen H. Hoch „auf

eine weniger gefährliche Stelle versetzen“. In ihrer Presseerklärung vom 21.8.89 erklären die GRÜNEN im Kreistag Offenbach, daß „die menschenverachtende und ausländerfeindliche Politik der derzeitigen Landesregierung bei den kommenden Landtagswahlen ihren Denkzettel bekommt. Dann spätestens wird wohl die Offenbacher Ausländerbehörde eine neue Leitung haben..“, Abschaffung der Ausländergesetzgebung, Organisierung der Durchsetzung des Verbotes der Republikaner, das zu fordern ist nötig. — (rst)

Demonstration gegen Kurdenprozeß

Gegen den am 24. Oktober vor dem OLG Düsseldorf beginnenden Prozeß gegen 19 Kurdinnen und Kurden wegen angeblicher Mitgliedschaft oder Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung in der PKK“ findet am 21. Oktober ab 11 Uhr, Cecilienallee, Düsseldorf, eine große Demonstration statt. Die Demonstration ist bereits von Feyka Kurdistan angemeldet und genehmigt. Am 8.10. trafen sich auf Einladung von Feyka in Köln westdeutsche Organisationen, darunter zahlreiche Kurdistan-Solidaritätsgruppen, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, BWK, MLPD, Volksfront, VSP, und beschlossen einen gemeinsamen Aufruf zu der Demonstration. Der Aufruf ist auf Seite 19/20 dieser Zeitschrift dokumentiert. Zusätzlich zu den dort aufgeführten Organisationen hatten bei Redaktionsschluß u.a. die Freunde des kurdischen Volkes Saarbrücken und Angelika Beer, (MdB, Grüne) ihre Unterstützung des Aufrufs erklärt. Die türkischen und kurdischen Organisationen wollen einen eigenen Aufruf herausgeben, so daß von diesen Organisationen erst nächste Woche endgültig feststehen wird, wer alles zu der Aktion mobilisiert. Die Demonstration in Düsseldorf soll ein erster wichtiger Schritt sein, um den geplanten Schauprozeß gegen den kurdischen Befreiungskampf zum Scheitern zu bringen. Eine zahlreiche Beteiligung auch von westdeutscher Seite ist nötig! — (rül)



8000 Polizisten demonstrierten am 3.10. in Hannover gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen. Aufgerufen hatte die Gewerkschaft der Polizei. 1/3 der niedersächsischen Mitglieder nahm teil. 1988 waren mehr als zwei Millionen Überstunden angefallen. „Wir haben die Schnauze voll“, betonten die Beamten und Arbeiter im Polizeidienst. Die GdP fordert bessere Bezahlung der Nacht- und Sonntagsdienste. (mal)

Aktuell in Bonn

Ausländergesetz

Schwere Angriffe auf Ausländer bereitet die Bundesregierung mit ihrem jetzt vorgelegten Ausländergesetz vor. Dieses sieht u.a. ein Verbot jeder politischen Betätigung vor, wenn diese „den außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland zuwiderlaufen kann“ oder „sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ stört. Das Verbot soll bis zu Rede- und Schreibverboten in Vereinen und Verbote, in von der Behörde nicht gewünschten Vereinen Mitglied zu sein, reichen. Bei nicht näher „bestimmten Ereignissen“ (u.a. Staatsbesuchen) soll künftig Ausländern sogar das Verlassen der eigenen Wohnung verboten werden können. Ausgewiesen werden kann künftig schon bei Beeinträchtigung „erhebliche(r) Interessen der Bundesrepublik Deutschland“. Bis Jahresende soll der Gesetzentwurf im Kabinett verabschiedet und im Bundesrat eingebracht werden.

Blüm gegen EG-Standard

Das Bundesarbeitsministerium hat einen Konflikt mit der EG-Kommission und faktisch auch mit den Gewerkschaften, die EG-weite Mindeststandards verlangen. Konkret geht es jetzt um die seit dem 1.1.86 eingeführte sog. „Erziehungsrente“ für Erziehungszeiten. Die EG-Kommission vertritt, daß die in dem Gesetz verankerte Nicht-Anerkennung von Erziehungszeiten im Ausland EG-Ausländer diskriminiert und deshalb rechtswidrig ist. Absichten der Kommis-

sion, das Arbeitsrecht mit Mehrheitsentscheidungen EG-weit zu regeln, werde die Bundesregierung mit einem Veto entgegenreten, läßt das Arbeitsministerium verlauten.

Menschenrechte

Erst jetzt — am 28.9.89 — hat der Bundestag das europäische Übereinkommen vom 26.11.87 zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung ratifiziert. Die Forderung der SPD an die Regierung, auch das 1966 von der UNO beschlossene und seit 1976 geltende „Fakultativprotokoll“ zu unterzeichnen, wird bisher abgelehnt. Es beinhaltet das individuelle Beschwerde-recht einzelner, sich direkt an den Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen zu wenden.

Südkorea-Agenten

In einer kleinen Anfrage (Drucksache 11/5237) wollen die Grünen von der Bundesregierung wissen, ob sie dem Wunsch Südkoreas zugestimmt hat, in der BRD mit Geheimdienstagenten zu operieren. Die Anfrage stützt sich auf südkoreanische Presseberichte, denen zufolge Geheimdienstleute dieses Staats in der BRD gegen hier lebende Landsleute vorgehen. Beim geplanten Gesetz wäre sogar Daten-Austausch gedeckt!

Zwangsarbeiter

Acht Gesetzentwürfe und Anträge sowie eine Unterrichtung lagen dem Bundestag am 28. September zur „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ vor. Die Anträge von SPD und Grünen wurden abgelehnt. Ehemalige Zwangsarbeiter, die bisher keine Entschädigung

erhielten, sollten z.B. laut SPD einen Anspruch auf „Wiedergutmachung“ geltend machen können. Weiterhin soll eine Stiftung für solche Zwecke eingerichtet werden. Das forderten auch die Grünen, darüberhinaus u.a. Initiativen gegen die Nutznießer der Zwangsarbeit. Angenommen wurden die Anträge von CDU/CSU und FDP, nach denen die Regierung lediglich noch 1989 über private Initiativen und über den Härtefonds beim Hohen Flüchtlingskommissar berichten soll.

Bundesbank: Zinserhöhung

Der Zentralbankrat der Bundesbank hat am 5.10. den Diskontsatz von 5 auf 6 und den Lombardsatz von 7 auf 8 Prozent erhöht. Angeblich soll damit die Teuerung, die im September auf über 3,1%, für Rentnerhaushalte sogar auf 3,6% gestiegen ist, „gebremst“ werden. Tatsächlich werden die Zinsen auf Kontoüberziehung, Hypotheken u.ä. steigen sowie die Zinszahlungen von Bund, Ländern und Gemeinden auf ihre Schulden. Zugleich kommt das britische Pfund unter Druck. Um eine Abwertung gegenüber der DM zu verhindern, erhöhte die britische Zentralbank ihren Basis-Zinssatz auf 15%.

Demokratie-Hilfe bar?

Laut Bundesregierung ist der Anteil des Handels mit osteuropäischen Ländern am Gesamthandel der BRD seit 1974 rückläufig. Daran anknüpfend haben SPD (11/5250) und Grüne (11/5262) Entschließungsanträge gestellt, die darauf abzielen, gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen in Polen und Ungarn durch „Wirtschaftshilfen“ zu unterstützen. Die SPD will damit private Existenzgründungen und „Modernisierungen“ fördern. Die Grünen fordern einen gesamteuropäischen „Entwicklungsfonds“ für Infrastruktur-Investitionen und einen „weitreichenden Erlaß“ von Schulden.

Was kommt demnächst?

Am 12.10. verkündet das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung über die Klage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen das in Hamburg und Schleswig-Holstein beschlossene Ausländerwahlrecht. Am 13.10. veranstaltet der DGB eine Festveranstaltung zu seinem 40-jährigen Bestehen. Am 18.10. ist im Bundestag Fragestunde der Bundesregierung und evtl. aktuelle Stunde zur Lage in der DDR. Am 19.10. berät der Bundestag u.a. über ein Gesetz zur Förderung schadstoffarmer PKWs, über zwei SPD-Anträge gegen „Bankenmacht“ und gegen die Übernahme von MBB durch Daimler-Benz sowie über eine große Anfrage der Grünen zu „10 Jahre Strafvollzugsgesetz“. Am 19.10. berät der Bundestag über Blüms Entwurf für ein Arzneimittelgesetz.



Die SPD-Fraktion will eine Aufforderung an die Regierung durchsetzen, Asbest im Hochbau vollständig durch andere Stoffe zu ersetzen und dies durch ein Verbot abzusichern. Sie fordert auch das Verbot von Asbest im Tiefbau. Der Städtebauausschuß lehnte am 27.9. ab. CDU/CSU und FDP warnten vor einem „Alleingang“ im Rahmen der EG und setzen auf die „freiwillige Verringerung“ von Asbest.

Erster Dienstleistungsabend

In den Großstädten viel Rummel, aber durchgesetzt ist er noch nicht.

Heftig war für das Ereignis der Woche im Inland getrommelt worden: der erste „lange Donnerstag“ am 5. Oktober. In der gleichgeschalteten Presse und auf ganzseitigen Anzeigen riefen Verbraucherverbände und Werbegemeinschaften auf, abends in der Stadt zu sein — das Bedürfnis für Kaufabende und damit Nacharbeit im Handel muß schließlich nachgewiesen werden.

Weggewischt werden soll der Eindruck, daß die Arbeit im Handel Schwerstarbeit ist, wie es noch vor Wochen während der Streiks gerade gegen die Abendöffnung und die miserablen Einkommen nicht mehr verschwiegen werden konnte. „Eine Bilanz in Mark und Pfennig zu ziehen, ginge daher am Kern der Sache vorbei. Es geht bei der späten Ladenöffnung nicht in erster Linie um Umsätze, sondern um ein Stück mehr Freizügigkeit. Die Gewerkschaften kämpfen nach wie vor erbittert dagegen, obwohl ihre Mitglieder nicht mehr, sondern nur an einem Abend länger arbeiten sollen.“ (FAZ, 7.10.) Die Aktionen der Gewerkschaft HBV gegen die Abendöffnung wird von der Presse als „skurril“ verhöhnt.

Festgestellt wird von der Hauptgewerkschaft des Deutschen Einzelhandels und dem Deutschem Industrie- und Handelstag, daß nur in den Großstädten viel los war. Offen hatten meist Boutiquen, Textilhäuser, Parfümerien, Drogerien, Elektrohandel, Einkaufszentren und -passagen. Die Werbegemeinschaften ließen sich den „Kaufabend“ etwas kosten und veranstalteten City-Parties. In den Boutiquen und im höherwertigen Handel ging es stilvoll zu mit Sekt, Krabben und Kaviar.

Die Meinungen nach dem ersten Abendverkauf reichen von „sehr zufrieden“ bis „enttäuschend“. Entscheidung für den Händler ist nun doch die Kasse. Der Andrang war stellenweise groß, doch am meisten los war in den Gaststätten — bis 400% Umsatzsteigerungen. Machten Geschäfte Umsatz, verlagerte sich dieser entweder vom Nachmittag auf den Abend oder vom Samstag auf den Donnerstag. Die Kasse klingelte häufig bei Textilhäusern. Gekauft wurde Teures, zumeist Herrenkleidung, oft in Städten mit vielen Angestellten in technischen Betrieben und Universitäten.

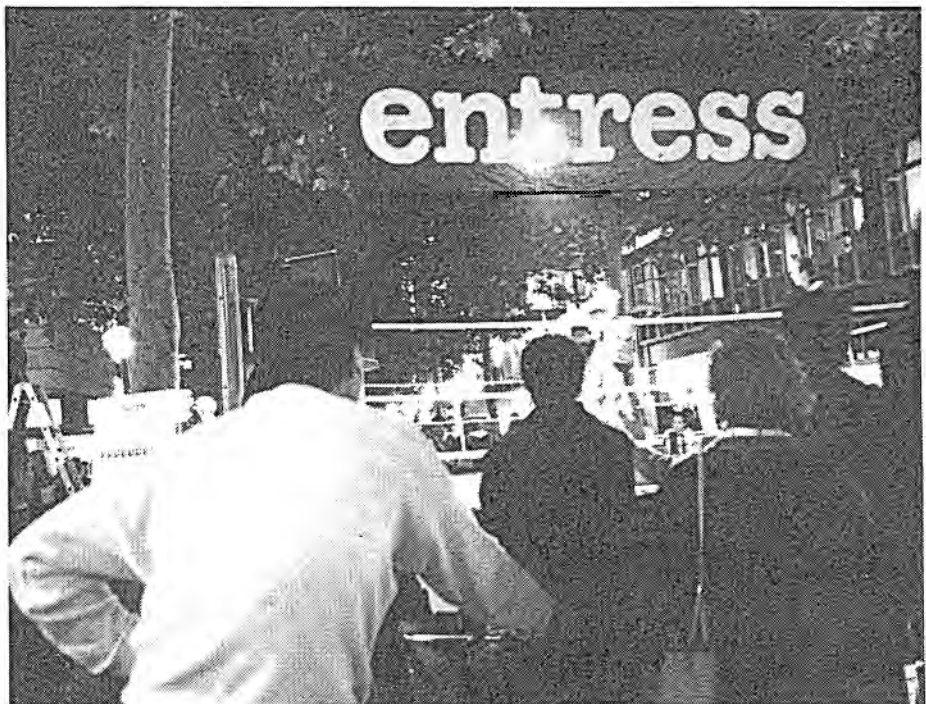
Dunkel war es in den Lebensmittel-filialen und SB-Märkten auf der Grünen Wiese, in Kleinstädten und auf dem Lande war nichts los. Am meisten stört aber die Handelsverbände, die mangelnde Beteiligung der großen Warenhäuser der Innenstädte: bei Hertie vier von 62, bei

Horten sieben von 52, bei Karstadt acht von 150, bei Kaufhof 12 von 73.

Waren es nur einzelne in Düsseldorf oder Hamburg, waren alle in München und Stuttgart offen. Die Betriebsräte hielten dem Druck nicht stand. Ihre Zustimmung ist an die Verhütung von „Wettbewerbsnachteilen“ in den Protokollnotizen der Manteltarife gekoppelt. Vorreiter war in Stuttgart Breuninger, in München Kaufhof, bundesweit Peek und

die langen Donnerstage vor Weihnachten. Davon versprechen sich auch die SB-Märkte Profit. Die Metallkapitalisten wollen die Ausdehnung der Samstag- und Sonntagsarbeit und neue Schichtsysteme. Mit der Öffnung von Lebensmittel-läden am Donnerstagabend entfielen dagegen wichtige Argumente.

Die FDP machte auf Flugblättern deutlich, wohin die Reise gehen soll: „Endlich an einem Abend offen! Die



In Stuttgart wurden Kunden mit öffentlichem Showboxen angelockt.

Cloppenburg. Die Barriere der traditionell stark gewerkschaftlichen Betriebsräte der Warenhäuser soll als nächstes fallen.

Um die Öffnung in Betrieben mit Betriebsräten durchzusetzen, wurde zu allerhand Mitteln gegriffen. Die Drohung, der Umsatz fehle, schürte regelrecht die Angst um Arbeitsplätze. Die tarifliche Verpflichtung der Betriebsräte auf die Wettbewerbsfähigkeit läßt da viel Spielraum: für regelmäßige Arbeit am Donnerstagabend gibt es die Vier-Tage-Woche, Sonderprämien. Umfragen bei Verkäuferinnen von Dallmeier München ergaben, daß diese seit 8.30 Uhr im Laden standen.

Zutiefst beklagen die Verbände auch die geringe Beteiligung von Kommunalbehörden, Banken und schlecht abgestimmten Nahverkehr.

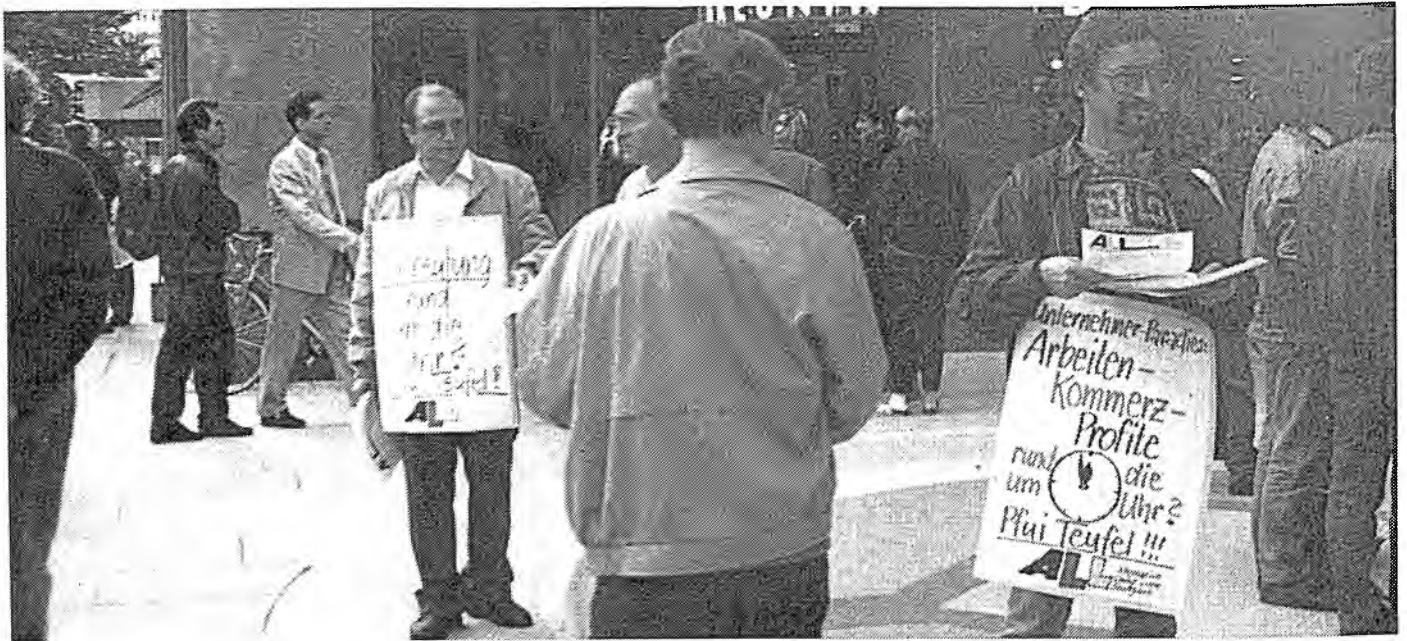
Die Betriebs- und Personalräte stehen vor harten Auseinandersetzungen gegen weitere Flexibilisierung. Bevor stehen

FDP tritt dafür ein, daß das Ladenschlußgesetz insgesamt fällt.“ Die Einzelhandelsverbände betonen: Abgerechnet wird erst in einem Jahr.

Quellenhinweis: Handelsblatt und FAZ vom 3. bis 7.10. — (dar. rub. AGD)

Schleswig-Holstein

In Kiel kündigt der „Sophienhof“ durch zwei ganze Anzeigenseiten ab dem 5.10. die Öffnung an Donnerstagen bis 20.30 Uhr an, einschließlich der Ladenpassage im Hertie-Haus, (unter den Anzeigen: Frisör, Reisebüro, Bäckerei und Spielwarengeschäft). Der Manager des Sophienhofs: „Langfristig müssen wohl alle Kieler Händler mitmachen ... 95% der Geschäfte im Sophienhof würden sich beteiligen. Wie durchgängig wurde in der Presse a) auf den Nahverkehr hingewiesen, der müsse nachziehen, b) die Kaufhäuser kritisiert, daß sie als „Anziehungspunkte“ durchweg nicht geöffnet hatten, c) die Erwartungen hochge-



Aktion der Alternativen Linken Liste in Stuttgart gegen den Dienstleistungsabend.

jubelt. Die HBV führte im Sophienhof eine Demonstration durch, die DAG-Jugend demonstrierte mit Sandwiches. In Flensburg hatte nur die „Holmpassage“ und ein benachbartes Textilgeschäft geöffnet. HBV und DGB-Frauen machten dagegen eine Kundgebung und verteilten Flugblätter. In Schleswig war das Kaufhaus „auf der grünen Wiese“, divi, offen sowie kleine Läden in der Ladenstraße. Die Zustimmung des Betriebsrates bei divi wurde mit der Wiedereinführung des Personalrabattes erpreßt. In den Kreisstädten waren in den Einkaufszonen Läden geöffnet, in Norderstedt im „Herold Center“ und anderen Passagen. Aus Plön meldeten die „Kieler Nachrichten“ „dürftige“ Resonanz und „Flop“. — (brg)

Hannover

Die niedersächsische Landesregierung preschte mit dem Beschluß vor, ihre Dienststellen ab 1.1.90 am Donnerstag bis 20.30 zu öffnen. Es handelt sich um das Landessozialamt, Landesverwaltungsamt, Landesversorgungsamt, die Finanzämter, staatliche Museen sowie das Frauenbüro. Der Beschluß wurde den Gewerkschaften mitgeteilt. Die IHK Hannover/Hildesheim spricht davon, daß der Einzelhandel die längere Öffnungszeit „offensiv annehme“. Nur noch jedes zweite Einzelhandelsunternehmen lehne eine Beteiligung ab. Festzustellen ist, daß am 5.10 überwiegend Betriebe ohne Betriebsrat länger öffnen, darunter viele Geschäfte für den gehobenen Bedarf. Auch die Post und einige Banken schlossen sich an. Die Stadtverwaltung lehnte einen Dienstleistungsabend bisher ab. HBV-Betriebsräte führten Aktionen durch. — (rec)

Frankfurt

„Trubel wie am langen Samstag“ vermeldet die Frankfurter Rundschau über

den ersten „Dienstleistungsabend“ in Frankfurts Innenstadt. Die Erfolgsmeldungen beschränken sich auf die Haupteinkaufsstraße Zeil und auf die Einkaufszentren der Peripherie, wie das Main-Taunus-Zentrum. Die Einkaufsstraßen der Stadtteile seien eher leer gewesen. Eine „geradezu familiäre Stimmung“ hätte am donnerstagabend in der Zeil geherrscht, hervorgerufen von schlendernden Paaren, Currywurst essenden und Musikgruppen lauschenden Leuten. Der Center-Manager des Nordwestzentrum, C. Glatz, berichtete über 80 000 Kunden. Der städtische Frankfurter Verkehrsverbund setzte verstärkt Busse und Bahnen ein. Die HBV bezweifelte den Erfolg dieses ersten langen Donnerstags. Die eigentliche Bewährungsprobe stünde im nächsten Jahr bevor. Vor Kaufhof und Hertie, die um 18.30 Uhr schlossen, verteilte die HBV Flugblätter. Äußerst mäßig war der Erfolg bei den Ämtern, die länger offen hielten. In der Paketausgabe der Post kamen nach 19 Uhr nur zwölf Kunden, im Arbeitsamt waren es immerhin 21 Leute. — (rst)

Stuttgart

Musikkapellen, ein Gläschen Sekt, Box-Schaukämpfe, Rosen für die Damen und ein Bundeswirtschaftsminister zu Besuch bei Breuninger: Die Kaufhaus-Konzerne hatten einiges aufgeboten. Breuninger eröffnete am gleichen Tag einen Glaskuppelbau für 32 Millionen Mark. In seiner Festrede würdigte Wirtschaftsminister Haussmann Breuninger als Vorkämpfer für flexiblere Ladenschlußzeiten. Endlich sei eine Tür aufgestoßen und „ein kleines Stück mehr Freiheit“ möglich. Für diese Freiheit hatten Putzfrauen, Handwerker, Dekorateur im 24-Stundenbetrieb die Nacht durchgearbeitet. Trotz all dem Rummel: Eitel Freude herrschte nicht. Die Banken hat-

ten nicht länger geöffnet, genausowenig die Stadtverwaltung. Und der Umsatz eines Samstages wurde nicht erreicht. Die Alternative Liste verteilte bei Breuninger 1800 Flugblätter gegen den Dienstleistungsabend und in Feuerbach 500 vor einem Supermarkt. Die Reaktionen darauf waren geteilt. Die HBV hatte leider auf Aktionen verzichtet. — (ros)

Nürnberg

Sämtliche großen Kaufhäuser in der Innenstadt mußten um 18.30 schließen, da die Betriebsräte die Spätöffnung verweigert hatten. Ausnahmen bildeten in der Innenstadt das teure Textilwarenhause Wöhrl — der Betriebsrat war umgefallen — und etwa 30 kleine Fachgeschäfte. Am Stadtrand hatte ein Großteil der Läden in einem Geschäftszentrum sowie einige Baumärkte und Möbelgeschäfte geöffnet. Die Stadt Nürnberg wird die Sprechzeitenregelung in den kommunalen Dienststellen „vorerst“ nicht verändern. Der Inhaber der Firma Wöhrl, stv. IHK-Vorsitzender, hatte seine Absichten bereits im August über die Lokalpresse ankündigen lassen. Die HBV konzentrierte ihre Aktionen am 5. Oktober daher auf dieses Warenhaus. Diese politische Demonstration wurde vor allem von der DKP unterstützt. Die Gewerkschaft vermutet, daß durch das Vorpreschen von Wöhrl die „Wettbewerbsnachteile“ für die anderen Kaufhäuser geschaffen werden sollen. Sie läßt derzeit vor dem Arbeitsgericht prüfen, ob das Vorgehen mit dem Tarifvertrag vereinbar ist. Von den politischen Parteien hatte die FDP mit öffentlichkeitswirksamen Provokationen versucht. Stimmung für den Dienstleistungsabend zu machen. Mehr als 200 Angestellte der Fa. Karstadt unterzeichneten daraufhin ein Protestschreiben an den Bezirksvorsitzenden der FDP. — (ola)

Ökologischer Landbau Interessen der Konzerne

Die Diskussion um die sog. Überschussproduktion in der Landwirtschaft wird kaum noch geführt. Seit ein paar Jahren werden von den nationalen Regierungen Flächenstillegungsprämien gezahlt. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat Zahlen über die Bezieher veröffentlicht. Betriebe unter 30 ha haben im Durchschnitt 4934 DM erhalten und Betriebe über 100 ha erhielten im Durchschnitt eine Prämie von 37335 DM (57 davon über 50000 DM). Die Bundesregierung arbeitet zügig an einem weiteren „Extensivierungsprogramm“. Anfang Juli wurde das „Gesetz zum Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft“ (Strukturgesetz) in Kraft gesetzt. Die Chemieindustrie hatte sich im wesentlichen durchgesetzt und alle chemieeinschränkenden Vorschläge streichen lassen.

Mit der Silbe Öko bzw. Bio versuchen mittlerweile Politiker aller Parteien, Anhänger zu gewinnen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hatte vor ihrer Regierungsübernahme einen Wahlkampf auch gerade in Bezug auf die Silbe Öko geführt. Ende September fand der erste Baumarkt „Ökologisches Bauen“ in Neumünster statt. Arbeitgeberpräsident Murmann war zur Eröffnung persönlich erschienen. Kurz zuvor war die „Norddeutsche Landwirtschaftsschau“ (NORLA) in Rendsburg zu Ende gegangen. Bundesumweltminister Töpfer sprach auf dem dortigen Landfrauentag zum Thema Umweltschutz. Ministerpräsident Engholm forderte die Bauern auf dem Landesbauernntag zur Öko-Produktion auf. SH solle zum Marktführer in der Ökoproduktion ausgebaut werden. Landwirtschaftsminister Wiesen kündigte ein entsprechendes Agrarkonzept an und stellte es in seinen Grundzügen vor; betonte aber auch gleichzeitig, daß Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze bilden dürfen. Im gesamten Bundesgebiet wirtschaften momentan ca. 0,3 % der landwirtschaftlichen Betriebe nach ökologischen Richtlinien. Die Betriebseinkommen liegen fast bei denen der konventionellen Betriebe.

Die Landwirtschaft in SH weist einige Besonderheiten gegenüber dem Bundesgebiet auf. Die durchschnittliche Vollerwerbsbetriebsgröße liegt bei 55 ha und damit doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Dadurch liegt auch das durchschnittliche Betriebseinkommen um knapp ein Drittel höher. Von diesen Aussichten angelockt, hat Brillen-Fielmann (Marktführer unter den Optikern) den Hof Lütjensee in Schleswig-Holstein mit 56 ha gekauft und will dort Öko-Landwirtschaft betreiben lassen. Auf dem Hof soll eine Molkerei alle Milchprodukte herstellen, eine Bäckerei soll Ökobrote herstellen und das ganze soll

neben Frischgemüse in dem hofeigenen Ladengeschäft verkauft werden. In einem Labor soll der „gläserne Landwirt“ vorgeführt werden. Fielmann hat anderen Öko-Betrieben eine Abnahme und Preisgarantie angeboten. In der Darstellung des Hofes soll das eine „Keimzelle für eine Reihe moderner Ladengeschäfte“ sein. Das SH-Landwirtschaftsministerium hat das Projekt begrüßt und den Betrieb als Modellbetrieb anerkannt. Fielmann hat seine Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (ARGÖL) und in die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) beantragt. Die AbL steht dem Fielmann-Projekt eher kritisch gegenüber und sieht den Einstieg weiterer Agrarkonzerne in die Ökoproduktion.

Die AbL erinnerte an die Geschäftspraktiken von Fielmann auf dem Brillensektor, mit Dumpingpreisen die Konkurrenz auszusteichen, und vermutet ähnliches auf dem Ökosektor.

Quellen: Agrarbericht der Bundesregierung 1987; Bauernstimme, Zeitung der AbL, Ausgabe Juli bis September 1989 — (ale)

IWF/Weltbank-Tagung BRD führt Ostexpansion an

Ende September trafen in Washington die Vertreter von IWF und Weltbank, die Delegationen der Mitgliedsländer sowie zahlreicher imperialistischer Banken zu ihrer halbjährlichen Tagung zusammen. Die Bundesregierung wurde durch Finanzminister Waigel vertreten, die Bundesbank durch mehrere Vorstandsmitglieder.

Zwei Ergebnisse der Konferenz sind besonders hervorzuheben. So zeichnet sich ab, daß die USA ihren Widerstand gegen eine Anhebung des IWF- und Weltbank-Kapitals und eine damit verbundene Schwächung ihrer Vorherrschaft in beiden Institutionen nicht mehr lange werden aufrechterhalten können. In fast allen Berichten wird als sicher angenommen, daß sowohl das Gewicht der BRD wie das Japans in beiden Institutionen im Zusammenhang mit den Kapitalerhöhungen zunehmen wird. Die BRD und Japan werden danach bei einer der nächsten Tagungen eine Anhebung ihrer Quoten und damit ihres Stimmgewichts in beiden Institutionen durchsetzen können. Die bisher an zweiter und dritter Stelle rangierenden imperialistischen Mächte Frankreich und Großbritannien würden dadurch auf die Plätze vier und fünf zurückfallen.

Das steigende Gewicht der BRD und die Anerkennung als westeuropäische Führungsmacht schlug sich auch in der Debatte um die gemeinsame Strategie für ein weiteres Roll-Back gegenüber dem volksdemokratischen und planwirtschaftlichen Staaten Osteuropas nieder.

Sowohl gegenüber Polen wie gegenüber Ungarn beansprucht die BRD eine dominierende Rolle bei der Entwicklung und Ausführung des imperialistischen Roll-backs gegen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen in diesen Staaten. Gegenüber Polen schlug Deutsche Bank-Chef Herrhausen die Bildung einer (westlich kontrollierten) Privatbank in Polen vor. Diese solle die Vergabe westlicher Kredite an profitträchtige polnische Privatunternehmen überwachen. Faktisch wäre dies eine moderne Kolonialbank mit westdeutscher Beteiligung, die durch Ausspähung polnischer Unternehmen im Zuge von Kreditverhandlungen ermitteln soll, bei welchen Unternehmen eine „Privatisierung“ und spätere westliche Übernahme „vorteilhaft“ sein könnte und bei welchen zuerst eine langfristige „Sanierung“ durch staatliche Zuschüsse nötig ist.

Ein entsprechendes Unternehmen für Ungarn scheint schon weit vorangeschritten: Am Rande der IWF- und Weltbanktagung wurde bekannt, daß die Weltbank-Tochter IFC (Direktor: der ehemalige Staatssekretär Helmut Schmidts, Horst Schulmann) mit Vertretern der ungarischen Regierung sieben „joint ventures“ vereinbart habe. Zentrale Rolle soll einer Bank zukommen, die gemeinsam von der Ungarischen Nationalbank „und Instituten aus der Bundesrepublik Deutschland und Österreich“ (Handelsblatt, 28.9.89) gegründet werden soll. Fehlt nur noch ein Habsburger als Bankdirektor! Die BRD knüpft damit sichtbar an ihrer aggressiven, reaktionären Osteuropa-Kolonisation und dementsprechenden deutsch-österreichischen Allianzen an. Auch mit Polen hat steht die IFC wegen der von Herrhausen gewünschten Bankengründung sowie wegen mehrere „joint ventures“ schon in Verhandlung.

Quelle: Handelsblatt, 28.9., 29./30.9.89 — (rül)

Neues „Heimgesetz“ Verschlechterungen vorgesehen

Ende August hat die Bundesregierung den vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit ausgearbeiteten „Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Heimgesetzes“ dem Bundestag zur Beschlußfassung zugeleitet. Mit der geplanten Novellierung des seit 1974 geltenden Heimgesetzes sollen die reaktionären Vorhaben der Bundesregierung für den Bereich der Alten- und Pflegeheime gesetzlich verankert werden.

Gegen die vorhandenen Ansprüche nach Mindeststandards und gesicherter Finanzierung solcher Einrichtungen, wie sie von der ÖTV erhoben werden, wird in der Begründung zur Gesetzesnovellie-

rung von der Bundesregierung unzweideutig klaggestellt, daß es sich beim dem Heimgesetz um „kein Leistungsgesetz“ handelt. Vielmehr zielt die Novellierung auf die Beseitigung der wenigen Ansätze von Standards und Rechten für Beschäftigte und Bewohner. Im Zentrum der Novellierung steht das Vorhaben, die Betreiber von Alten- und Pflegeheimen von allen Faktoren zu befreien, „die nicht von den Grundsätzen des Markts und des freien Wettbewerbs bestimmt werden“. Eine Belastung öffentlicher Haushalte schließt der Gesetzentwurf aus. So soll die bisher im Gesetz verankerte Pflicht, durch Rechtsverordnung den Mindestpersonalschlüssel für alle vom Heimgesetz erfaßten Einrichtungen festzulegen, beseitigt werden. Eine „flexible Regelung“ soll eine Festlegung der „erforderlichen Beschäftigungszahl“ ermöglichen. Das vertraglich zwischen Heimträger und Bewohner zu vereinbarende und zu zahlende Leistungspaket für Unterkunft, Verpflegung und Betreuung wird dann stark die Beschäftigtenzahl bestimmen.

Für Heime, die im wesentlichen von Sozialhilfeempfängern belegt sind, gilt wohl, „daß eine zufriedenstellende Unterbringung ... wesentlich von der fachlichen und persönlichen Qualifikation des Personals und nicht allein von dessen Zahl abhängt.“ Daß weitere Differenzierungen in der Heimunterbringung erfolgen, ist von der Reaktion gewünscht. Bereits jetzt sollen 25% der Heime im wesentlichen mit „Hochbetagten und Pflegebedürftigen“ belegt sein. Diese Entwicklung wird genutzt, um das bisher festgeschriebene Recht der Bewohner zur Bildung eines Heimrates, der „in inneren Angelegenheiten des Heimbetriebes mitwirkt“, auszuhebeln. Ein hoher Anteil von Bewohnern mit „psychischer, physischer oder geistiger Behinderung“ soll die „Bestellung eines Heimfürsprechers durch die zuständige Behörde“ ermöglichen.

Gegen das Vorhaben, über das Leistungspaket von Heim zu Heim zu unterschiedlichen Pflegesätzen zu kommen, hatte der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 2.6.89 Änderungen bean-

tragt. Er sieht die Gefahr einer „Auseinanderentwicklung von Kostensätzen für Selbstzahler und Sozialhilfeempfängern“ und forderte Pauschalisierung der Heimkosten, und daß diese sich im Rahmen der im Bundessozialhilfegesetz festgelegten Pflegesätze zu bewegen haben. Mit dem Hinweis, der „Heimträger würde in seiner wirtschaftlichen Disposition und gewerblichen Entfaltung eingeeignet und auf Gegenleistungen bindend festgelegt, die u.U. nicht mehr marktgerecht sind“ wird dies abgelehnt.

Den am Verschlimmtesten, Pflegebedürftigsten und mit wenig Einkommen Auskommenden werden „marktgerecht“ nur schlechtest ausgestattete Heime zur Verfügung stehen. Den Forderungen der ÖTV, daß stationäre Pflegeeinrichtungen durch Steuergelder zu errichten und die Versorgung durch die Krankenversicherung zu zahlen ist, steht der Gesetzentwurf konträr entgegen.

Quellenhinweis: Gesetzentwurf der Bundesregierung (Ds 11/5120), ÖTV-Argumente Mai 88, div. Ausgaben des NH gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. — (gec)

Operative Deutschlandpolitik

Destabilisierungserfolge — aber der Widerstand wächst

Die BRD hat in der aktuellen Zwecksetzung ihrer operativen Deutschlandpolitik — Isolierung der DDR innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft — einerseits weitere Fortschritte erzielen können. Darauf wird weiter unten näher eingegangen. Andererseits stößt diese Politik zunehmend auf einen sich entwickelnden Widerstand sowohl in der DDR selbst wie auch in den anderen Staaten des Warschauer Pakts. Diese Bereitschaft zum — in der Regel antifaschistisch begründeten — Widerstand ist offenkundig auf der bundesdeutschen Seite erheblich unterschätzt worden. Sie kam bereits in einer, durch die Nachrichtenagentur TASS am 11.9.1989 verbreiteten Erklärung der sowjetischen Regierung zum Ausdruck, worin die gegen die DDR gerichteten Handlungen der BRD-Botschaften im Ausland (s. Kasten) als „Verletzung der allgemeingültigen Völkerrechtsnormen“ angegriffen wurden. Außerdem ist darin — das betrifft die Grenzrevisionspolitik der BRD — ausdrücklich auf die Bereitschaft zur Unterstützung der DDR bei der Wahrung ihrer Souveränität und Unabhängigkeit aufmerksam gemacht worden. (1) Diese Position hat UdSSR-Außenminister Schewardnadse in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung am 26.9.1989 bekräftigt: „Der Faschismus, der den Krieg entfesselt hat, ist die extreme, die abscheulichste Form des Nationalismus und Chauvinismus. Der deutsche Nazismus hatte den Revanchismus auf sein

Banner geschrieben. Heute, da die Kräfte des Revanchismus, die nach Revision und Veränderung der Nachkriegsrealitäten in Europa dürsten, vor unseren Augen wieder aktiv werden, sind wir verpflichtet, jene zu warnen, die sie bewußt oder unbewußt ermuntern.“ (2)

Und schließlich hat Staatspräsident Gorbatschow diese Position der UdSSR in seiner Rede am 6.10.1989 in Berlin-DDR anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR erneut deutlich gemacht: Zum einen forderte er die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen durch die BRD, zum anderen erteilte er allen Anforderungen an die Adresse der UdSSR, sie solle „die Berliner Mauer

beseitigen“, eine klare Absage. (3) Wie gesagt, die bundesdeutsche Seite hat diesen, sich im Warschauer Vertrag formierenden, aktuellen Widerstand gegen ihre Politik der Isolierung der DDR offenkundig unterschätzt. Dieser Widerstand ist das Positive, das entsprechend beachtet werden muß.

Das Negative sind jene bereits eingangs angesprochenen weiteren Fortschritte der operativen Deutschlandpolitik. Diese Fortschritte, die im folgenden kurz charakterisiert werden sollen, stärken die völkische Mobilisierung innerhalb der BRD. Dem kann und dem muß durch Eintreten für die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft — und d.h. für die Begrenzung des bundesdeutschen Staatsbürgeranspruchs aufs Territorium der BRD! — entgegengewirkt werden. Nun zu den o.a. Fortschritten:

1. Die ungarische Regierung betreibt seit Jahren eine Grenzrevisionspolitik, die sich gegen die territorialen Festlegungen des Ungarischen Friedensver-



„Neues Deutschland“ (DDR) zu BRD-Völkerrechtsverletzungen

„Die Staatsbürgerschaftskonzeption und -praxis der BRD steht im Gegensatz zum Völkerrecht, daß die Staatsbürgerschaft immer auf einen real existierenden Staat bezogen sein muß. Sie beruht auf der Fiktion des Fortbestandes des ‚Deutschen Reiches‘ und der ‚deutschen Staatsangehörigkeit‘ sowie der Doktrin von der Identität der BRD mit dem ‚Deutschen Reich‘. In der BRD gilt immer noch das Reich- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 ...

Durch die westdeutsche Gesetzgebung werden aber nicht nur die Bürger der DDR als Staatsbürger der BRD in Anspruch genommen, sondern diese Anmaßung geht territorial noch darüber hinaus. Sie betrifft wesentliche Teile des Staatsgebietes der Volksrepublik Polen und der UdSSR. Dabei ist zu beachten, daß im § 1 des BRD-Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 die gesamte faschistische Eingliederungsgesetzgebung hinsichtlich von Staatsbürgern der CSR (Tschechoslowakische Bürgerliche Republik, Red. Pol. Ber.), Polens, der Sowjetunion, Jugoslawien u.a. ausdrücklich anerkannt wird ...

Die Wiener Konvention über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963 legt in ihrem Artikel 5 eindeutig fest, daß die Aufgabe diplomatischer Vertretungen darin besteht,

„die Interessen des Entsendestaates und seiner Bürger, sowohl natürlicher als auch juristischer Personen, im Empfangsstaat innerhalb der völkerrechtlich zulässigen Grenzen zu schützen“ (Absatz a);

„Bürgern des Entsendestaates Pässe und Reisedokumente ... auszustellen“ (Absatz d);

„Bürger des Entsendestaates ... Hilfe und Unterstützung zu gewähren“ (Absatz e);

... „Maßnahmen zur Wahrung der Rechte und Interessen“ der Bürger der Entsendestaaten zu erwirken (Absatz i).

Diese Wiener Konvention über die konsularischen Beziehungen wird von der BRD mit der revanchistischen Alleinvertretungsanmaßung, mit der Doktrin vom Fortbestand des ‚Deutschen Reiches‘ mißachtet.

Man will nicht wahrhaben, daß zu den hoheitsrechtlichen Rechten eines jeden Staates die Ausübung der Personalhoheit, seine Paßhoheit gehört. Diese Tatsachen aber sind international unbestritten und finden in verschiedenen völkerrechtlichen Dokumenten ihren Niederschlag, so in der Charta der Vereinten Nationen. Das Völkerrecht bestimmt, daß jeder Staat das souveräne Recht hat, durch seine innerstaatliche Gesetzgebung die Bedingungen des Erwerbs, Besitzes

oder Verlustes seiner Staatsbürgerschaft zu bestimmen und Pässe für seine Staatsbürger auszustellen.

Organe der BRD, einschließlich ihrer Auslandsvertretungen, aber stellen im Gegensatz hierzu DDR-Bürgern Reisedokumente der BRD für ‚deutsche Staatsangehörige‘ aus.

Diese Handlungsweise verstößt außerdem gegen die Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961, in der im Artikel 41 festgelegt ist:

„Die Räumlichkeiten der Mission dürfen nicht in einer Weise genutzt werden, die unvereinbar ist mit der Aufgabe der Mission, wie sie in dieser Konvention, in anderen Regeln des allgemeinen Völkerrechts ... niedergelegt sind.“

... Vorbehaltlose Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR heißt Aufgabe der ‚Obhuts- und Schutzpflicht‘ gegenüber Bürgern der DDR, Verzicht auf die Ausübung diplomatischer und konsularischer Schutzfunktionen für DDR-Bürger, Gleichbehandlung der Bürger der DDR wie Bürger anderer Staaten. Das Völkerrecht erfordert, die Praktiken zu beseitigen, die gegen die Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR verstoßen.“ (1)

„Schon seit Monaten liefen in der Budapester BRD-Botschaft die Vorbereitungen für den organisierten Menschenhandel: Bereits im Mai sprach der Leiter der Konsularabteilung der Botschaft, Christian Much, davon, daß im Juli oder August in Ungarn ‚Flüchtlingslager‘ eingerichtet werden, aus denen eine Ausreise in die BRD möglich sei.

In den Urlaubsorten rund um den Balaton tauchten denn auch zahlreiche ‚Spezialisten‘ auf, die vor allem junge DDR-Bürger zielgerichtet ansprachen ...

Bei der Errichtung der Lager spielte der sogenannte Malteser Hilfsdienst, in den die Bonner Botschaft ihre Leute eingeschleust hatte, eine besondere Rolle. ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung‘: ‚Die Angehörigen der Botschaft sind allesamt für 25 DM dem ungarischen Malteser-Caritas-Dienst beigetreten und geben den Deutschen aus der DDR nun in den Hinterzimmern der katholischen Kirche von Zugliget Auskunft‘. ‚Die Zeit‘, Hamburg: ‚Die Frauen und Männer, die den Flüchtlingen hier helfen, tragen ebenfalls das Erkennungszeichen des ungarischen Malteser-Caritas-Dienstes, sind aber in Wahrheit deutsche Konsular- und Botschaftsbedienstete, die sozusagen in der Freizeit in die Rolle des christlichen Ritters schlüpfen‘. Mit der Schlagzeile ‚Bonn verteilt Pässe in Budapest‘ bestätigt ‚Die Welt‘ die Praktiken ... der Bonner ‚Obhutspflicht‘ gegenüber Bürgern der DDR.“ (2)

Quellen: (1) Neues Deutschland, 13.9.1989, S. 5; (2) Neues Deutschland, 19.9.1989, S. 3

trags der Antihitlerkoalition (1947) richtet. In diesem Zusammenhang beansprucht Ungarn die staatsbürgerliche Hoheit über ungarisch-sprachige Minderheiten in der Tschechoslowakei, der Ukrainischen Sowjetrepublik, Rumänien und Jugoslawien. An diesem völkischen (großungarischen) Anspruch hat die BRD anknüpfen können. Dies hat die völkerrechtswidrigen Umtriebe des Auswärtigen Amtes gegen die DDR-Staatsbürgerschaft auf ungarischem Territorium (s. Kasten) ermöglicht.

2. Die österreichische Regierung verfolgt seit längerem das strategische Konzept einer solchen Art von EG-Beitritt, welcher dem eigenen Kapital — gestützt auf eine EG-Assoziierung Ungarns — die Schlüsselfunktion im Zuge einer Südostexpansion des Westeuropäischen Großwirtschaftsraums einbringen soll. Sie glaubt insofern, sich diese angestrebte Funktion durch Kollaboration mit der BRD — unter großdeutschem Vorzeichen — sichern zu können. Diese Kollaboration ist sowohl gegen die Bestimmungen des Österreichischen Friedensvertrags („Staatsvertrag“) der Antihit-

lerkoalition von 1955 gerichtet wie auch gegen das UNO-Mitglied DDR. Sie fand bzw. findet ihren konkreten Ausdruck zum einen in der Nutzung Österreichs als rückwärtige Basis (für die Operation gegen die DDR-Staatsbürgerschaft in Ungarn) von seiten der BRD, zum anderen in der bereitwilligen logistischen Unterstützung und organisatorischen Abwicklung der Transfers der DDR-Bürger von Ungarn in die BRD durch österreichische halbstaatliche und staatliche Formationen (Polizei, Rotes Kreuz u.a.)

3. Um die Regierungen der CSSR und Polens zu einer Änderung ihrer bisherigen Positionen der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft zu zwingen, führte die BRD eine gezielte Zusammenpferchung von DDR-Bürgern in ihren dortigen Botschaften herbei. Dieses menschenverachtende Erpressungsmanöver war von einem zynischen Kalkül bestimmt: „Die unerträglichen Zustände im ... Botschaftslager ... brachten auch der Tschechoslowakei weltweit negative Publizität. Wäre es unter den Flüchtlingen — und es stand kurz davor — zu epidemischen Krankheiten oder

gar Todesfällen gekommen, hätte dies für das weltweite Image der CSSR katastrophale Folgen haben müssen.“ (5)

Es ist von daher gewiß, daß die Ausweisungsaktion der DDR-Regierung sowohl das Leben wie auch die Gesundheit ihrer ehemaligen Staatsbürger vor dem Allerschlimmsten bewahrt haben. Aber zum einen hat die DDR dadurch im Innern eine Lage der Rechts-Ungleichheit zwischen den Antragstellern auf legale Ausreise und solchen Leuten entstehen lassen müssen, die durch Hinein-begeben in selbstmörderische Zustände (in BRD-Botschaften) ihre illegale Ausreise erzwingen. Und zum anderen mußte sie die erstmalige Ausübung bundesdeutscher Hoheitsfunktionen auf ihrem eigenen Territorium hinnehmen, denn die Ausweisungstransporte der DDR-Eisenbahn wurden von Beamten des Auswärtigen Amtes begleitet. Das sind Destabilisierungserfolge der BRD, die sich v.a. im Innern der DDR auswirken werden.

Quellenhinweis: (1) Neues Deutschland (ND), 12.9.89; (2) ND, 27.9.89; (3) Neue Osnabrücker Zeitung, 7.10.89; (4) FAZ, 12.9.89; (5) Die Welt, 2.10.89 — (huh)

Dokumentiert

Programmatistische Texte der DDR-Opposition

Der lenkende Einfluß der BRD-Medien auf den Klassenkampf in der DDR ist am letzten Wochenende erstmals an eine Grenze gestoßen. Der Versuch, ein Tiananmen-Nachfolgeunglück zu produzieren, ist wahrscheinlich gescheitert. Dennoch ändert sich die politische Situation in der DDR durch die Herausbildung von Oppositionsrichtungen, die den Schoß der Kirche verlassen und ins politische Leben treten. Aus dem Blickwinkel des Klassenkampfes in der BRD ist dabei von der größten Bedeutung, ob und wie weit sich die verschiedenen Gruppierungen von der Ost- und Deutschlandpolitik der BRD abgrenzen halten. Tun sie es nicht, bilden sie einen Bezugspunkt für den Expansionismus der BRD. Sie setzen in den politischen und wirtschaftlichen Machtzentren der BRD wüste Spekulationen in Gang, wenn sie nicht klar sagen, daß und welche Kritik sie an der imperialistischen Perspektivplanung für den Osten des Kontinentes haben. Es ist bis zu einem gewissen Grade ihre politische Pflicht, darzulegen, daß sie als Hilfruppen der imperialistischen Expansion nicht infragekommen. Wir beziehen unsere Kenntnisse aus westlichen Quellen, die unvollständig und aus propagandistischen Interessen zusammengefügt sein mögen. Trotzdem irritiert in dieser Auswahl, daß die Bewegung keinerlei Wert darauf legt, sich im Konflikt zum Imperialismus darzustellen. Wir wollen in einer der nächsten Ausgaben versuchen, zusammenzusuchen und zu erörtern, was an Kritik der westlichen imperialistischen Politik und der dazugehörigen Grundwerte aus den Reihen der Opposition in der DDR kommt. An dem programmatischen Inhalt der Oppositionspolitik wird die SED, so viel kann man bei aller Vorsicht sagen, nicht vorbeikommen. Schaut man sich die Dokumente aber einmal unter dem Gesichtswinkel an, welche Rolle staatliche Gewalt in ihnen spielt, so sind sie alle vom Gedanken der Ordnung der Gesellschaft durch eine übergeordnete Macht, den Staat, durchtränkt. Die letzte Instanz im Konfliktfall bleibt immer der Staat, sei es auch in der verkappten Form der gerichtlichen Entscheidung. Man zielt bis jetzt weniger auf eine Einschränkung der Staatsautorität und mehr auf eine Umstrukturierung.

Quellenhinweis: Ost-West-Diskussionsforum 8-9/1989, hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut, Bonn — (maf, mal)

Aufbruch 89 — NEUES FORUM

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein.

Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit.

In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet, und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebotes und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologi-

sche Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmten Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewußte Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden, aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welt-handel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und Kultur. Über die Fragen müssen wie in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Willen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

- daß eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt,
- daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.

Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschafts-probleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen Neues Forum.

Die Tätigkeit des NEUEN FORUM werden wir auf gesetzliche Grundlagen stellen. Wir berufen uns hierbei auf das in Art. 29 der Verfassung der DDR geregelte Grundrecht, durch gemeinsames Handeln in einer Vereinigung unser politisches Interesse zu verwirklichen. Wir werden die Gründung der Vereinigung bei den zuständigen Organen der DDR entsprechend der VO vom 6.11.1975 über die „Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen“ (Bgl. I Nr. 44, S. 723) anmelden.

Allen Bestrebungen, denen das NEUE FORUM Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll erfüllt wissen wollen.

Wir rufen die Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des NEUEN FORUM zu werden.

Die Zeit ist reif.

SDP der DDR

... 5.

Wir, die Unterzeichnenden, halten für den künftigen Weg unserer Gesellschaft die Bildung einer sozialdemokratischen Partei für wichtig.

Wir wissen, daß dies zur Zeit legal nicht möglich ist. Deshalb machen wir den Vorschlag, eine Initiativgruppe zu bilden, die für die Voraussetzungen einer legalen Parteigründung und ihre Vorbereitung arbeitet.

6.

Ziel: Eine ökologisch orientierte soziale Demokratie.

Das Grundprinzip demokratischer Erneuerung heißt Entmonopolisierung und Demokratisierung der Macht in Staat und Gesellschaft. Das bedeutet nicht Aufhebung des Staates und sei-

nes Gewaltmonopols, sondern demokratische Kontrolle der einzelnen, mit klar begrenzten Kompetenzen ausgestatteten, staatlichen Institutionen.

Das erfordert eine möglichst klare Unterscheidung von Staat und Gesellschaft und entsprechende Strukturen im Aufbau des Staates, d.h. eine Gliederung des Staates in selbständige und selbstverantwortliche Substrukturen.

Aufgabe des Staates ist es,

- die sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte der Bürger und die ihnen entsprechende Wahrnehmung von Verantwortung zu ermöglichen, zu stärken und zu schützen;
- den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten.

Allen Monopolisierungen in Staat und Gesellschaft ist entgegenzutreten, insofern sie die sozialen und politischen Rechte der Bürger beeinträchtigen und verkehren. Für die Wirtschaft bedeutet dies u.a. strikte Antimonopolkontrolle (auch im Hinblick auf den staatlichen Sektor). Unvermeidbare Monopole bedürfen strengster demokratischer Kontrolle und der Überprüfung ökonomischer Effizienz.

7.

Stichworte zum Programm

- Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung
- parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität
- Sozialstaat mit ökologischer Orientierung
- relative Selbständigkeit der Regionen (Länder), Kreise, Städte und Kommunen (finanziell, wirtschaftlich, kulturell)
- soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot zur Verhinderung undemokratischer Konzentration ökonomischer Macht
- Demokratisierung der Struktur des Wirtschaftslebens u.a. durch betriebliche Mitbestimmung
- Förderung von Gemeinwirtschaft und Genossenschaften (mit freiwilliger Zugehörigkeit und gleichberechtigter Privatwirtschaft)
- Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht
- strikte Religions- und Gewissensfreiheit
- Gleichberechtigung und Förderung von Frauen
- Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit für alle demokratischen Organisationen
- Gewährung von Asyl für politische Flüchtlinge

B. Zur Außenpolitik

- Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit. Mögliche Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sollen damit nicht ausgeschlossen sein.
- Besondere Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufgrund der gemeinsamen Nation, Geschichte und der sich daraus ergebenden Verantwortung
- Entmilitarisierung der Gesellschaft und des Gebietes der DDR
- Schaffung einer europäischen Friedensordnung, in der Warschauer Vertrag und Nato überflüssig sind
- Erweiterter und gerechter Handel mit am wenigsten entwickelten Ländern, orientiert an deren Bedürfnissen
- Solidarität mit entrechteten und unterdrückten Völkern und nationalen Minderheiten.

Vereinigte Linke

Appell von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen in der DDR, verabschiedet nach einem Treffen Anfang September in Böhlen.

Niemand, der diesen Prozeß der Erneuerung mitgestalten will, auch kein Mitglied der SED, darf aus diesem Prozeß ausgeschlossen werden. Andererseits zeigen gerade wieder jüngste Erfahrungen, wohin prinzipienloser gesellschaftskonzeptioneller Relativismus führen kann. Wir wenden uns entschieden dagegen, daß politbürokratische Unterdrückung durch kapitalistische Ausbeutung „ersetzt“ wird. Die Linken müssen sich auf

der Basis

- des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln
 - des Ausbaus der Selbstbestimmung der Produzenten in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit
 - der konsequenten Verwirklichung des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder
 - der politischen Demokratie, Rechtstaatlichkeit, konsequenten Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freien Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitgliedes
 - des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft treffen.
- Die Zeit ist überreif für eine offene Diskussion der damit verbundenen Fragen. Der Prozeß des Dialogs einer sich vereinigenden Linken auf solcher Grundlage kann und sollte auch unter den heute noch geltenden Bedingungen der beruflichen Diskriminierung und der Ausübung politischen Drucks auf politisch nicht angepaßtes Denken trotzdem öffentlich erfolgen. Dem organisatorischen Zusammenschluß einer vereinigten Linken hat der beschriebene Prozeß des Dialogs vorauszu-gehen.

Mindestanforderungen für die Gestaltung einer freien sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Vorschlag für einen Minimumkonsens einer breiten unabhängigen sozialistischen Opposition

1. Verwirklichung der sozialistischen Demokratie als Ausdruck der Volkssouveränität durch die Volksmacht, das heißt Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des werktätigen Volkes.

Dem dient die Realisierung folgender Grundsätze:

- a) Sicherung individueller und kollektiver Freiheitsrechte entsprechend der UN-Menschenrechtscharta (einschließlich ungehinderter Reisefreiheit und Streikrecht);
- b) Rechtstaatlichkeit (einschließlich individueller und kollektiver Einklagbarkeit der Freiheitsrechte sowie gesetzlicher Verantwortlichkeit der Behörden und ihrer Funktionsträger gegenüber den Bürgern);
- c) Funktionelle Gewaltenteilung auf der Grundlage der Volkssouveränität (einschließlich Verfassungskontrolle und Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie Wahrnehmung der Volkssouveränität gegenüber den rechtsprechenden und vollziehenden Apparaten);
- d) Starke basisdemokratische Verankerung der staatlichen Gewalt mittels Volksabstimmungen sowie politische Rechte für Betriebsräte und Wohnbezirksräte;
- e) Selbstverwaltung aller territorialen politischen Gemeinschaften (Gemeinden, Kreise usw.) einschließlich der Bildung ihrer Rechtspflege- und Polizeiorgane durch sie selbst bei abschließlicher gerichtlicher Kontrolle ihrer von staatlicher Aufsicht freien Tätigkeit;
- f) Bundesstaatlichkeit auf der Grundlage der Länderstrukturen von 1949 sowie des Landes Berlin (DDR) und Bildung einer Länderkammer nach dem Senatsprinzip aus den Volksvertretungen der Länder;
- g) Politische und Meinungspluralität einschließlich Parteienpluralität auf der Grundlage freiheitlich-sozialistischer Verfassungsrechts;
- h) Verhältniswahlrecht
- i) Recht von Gesetzesinitiativen und regelte Vetorechte für demokratische Massenorganisation (Gewerkschaften usw.);
- j) Förderung der vielfältigen Bürgerinitiativen und Sicherung ihrer breiten Einbeziehung in die staatlichen Entscheidungsprozesse;
- k) Umbildung der Massenmedien aus Organen der monopolisierten Regierungsgewalt in Medien der Öffentlichkeit durch Anwendung des öffentlichen Rechts unter Sicherung des Medienzugangs für jeden Bürger;
- l) Informationsfreiheit in allen öffentlichen Angelegenheiten und Rechtsschutz gegen den „gläsernen Menschen“.

Ungarn

Der Europäische Binnenmarkt als „magischer Wendepunkt“

Im Herbst 1988 gewannen die sogen. „Radikalreformer“ um Staatsminister Imre Pozsgay, Parteipräsident Reszö Nyers und Ministerpräsident Neméth innerhalb der Führung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) die Oberhand.

Die gegenwärtige Reformrichtung drückt sich recht deutlich im „Körperschaftsgesetz“ aus, das am 1.1.1989 in Kraft trat. Es ist in den Worten des Direktors der Ungarischen Nationalbank „nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und ideologisch entscheidend, denn somit ist Ungarn das erste sozialistische Land, das die Überprüfung der Verstaatlichung kodifiziert.“ (UWH

gen erlaubt. (UWH 2/89).

Was an Arbeitsbedingungen möglich ist, zeigt das Gemeinschaftsunternehmen mit der US-Firma Levi Strauss. Vor der Einstellung wird die Monotonieresistenz der Arbeiterin überprüft. An der Reißverschlußmaschine z.B. führt sie ein und dieselbe Bewegung täglich 5 600 mal aus. Eine Hose muß — wie überall in der Welt — in 11,10 Minuten fertiggestellt sein. Bei einer Normerfüllung von 100 % ergibt dies monatlich umgerechnet 280 DM, für ungarische Verhältnisse relativ viel. (UWH 1/89)

Staatsbetriebe werden teils in Aktiengesellschaften umgewandelt. Heute sind in Ungarn auf dem neu eingeführten Ka-

liegt die Grenze bei 20).

Natürlich verlangen die Imperialisten eine entsprechende Infrastruktur. Besonders hemmend wirkt das veraltete Telefonnetz auf die Investitionslust. Um diesen Forderungen nachzukommen, steigt der Kreditbedarf Ungarns, seine Verschuldung, Abhängigkeit und Erpreßbarkeit. Fast die Hälfte der Exporterlöse muß Ungarn heute schon für den Schuldendienst aufwenden.

„Wer in den Himmel will, muß den Weg übers Grab nehmen“, sagte der Generalsekretär der Ungarischen Industrie- und Handelskammer (Zeit, 22.4.89). Pozsgay kann sich nicht vorstellen, wer außer dem Volk die notwendigen Opfer erbringen soll, will aber einige Gruppen davon ausnehmen. „So müssen die Menschen, die an der Innovation der ganzen Wirtschaft aktiv mitwirken, dies schon jetzt positiv auch in ihrem Lebensstandard spüren. profitieren müssen auch jene, die sich an kleinen oder mittelständischen Betrieben unter Einsatz ihres eigenen Kapitals beteiligen oder solche aufbauen.“ (Zeit, 9.6.89) Genau so wirkt die Reform.

Ein gewaltiger sozialer Differenzierungsprozeß hat eingesetzt. Inzwischen gibt es etwa 2 500 Familien mit einem Vermögen von 8 — 10 Millionen Forint. Der Durchschnittslohn liegt bei 6.500 Forint. Von den zehneinhalb Millionen Einwohnern leben 2,26 Millionen, darunter etwa ein Drittel Rentner, von einem Einkommen, das unter dem gesellschaftlichen Minimum von 2.800 Forint liegt. (Blätter .. 7/89, S. 827) Dazu kommt eine wachsende Inflation, bislang unbekannte Steuern und eine Verteuerung der öffentlichen Dienstleistungen. Man stirbt wieder früher in Ungarn. Die tägliche Arbeitszeit liegt durch Zweit- und Drittjobs bei 16 Stunden. Das Land hat die meisten Herztoten Europas im Alter zwischen 30 und 40 Jahren.

Der Direktor des Instituts für Wirtschaftsplanung plädiert laut dafür, „im Interesse einer effizienten Wirtschaftslenkung notwendigerweise die Instrumente der Deregulierung, Liberalisierung, Beschränkung und der Angebotserrichtung gleichzeitig anzuwenden.“ (UWH, 2/89, S.8)

Teile der USAP-Führung betreiben die Neuerungen, als gälte es, im letzten Moment auf einen fahrenden Zug aufzuspringen. Sie behaupten, die Krise nur durch eine Westanbindung, durch Akzeptieren der Regeln des europäischen Markts und mit Kapitalhilfe von dort überwinden zu können. Dabei stellt der Binnenmarkt 1992 geradezu einen „magischen Wendepunkt“ (UWH, 3/89) dar, vom dem sie sich gewaltig unter Druck gesetzt fühlt. Der Direktor (ZK-Mitglied) des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der USAP erklärt: „Nach Ansicht unserer Partei befindet sich nicht der Sozialismus in einer Krise, sondern die Ordnung, die heute als Stalinismus oder



Deckblatt der auflagenstärksten (ca. 360 000) Oppositionszeitung „Reform“ mit Stephanskronen, dem Symbol ungarischer Unabhängigkeit und seiner Verbindung mit Gott. Das Blatt schürt den großungarischen Chauvinismus, Nationalismus und Russenhaß, und arbeitet unermüdlich an der Umdeutung der Ereignisse von 1956, heutzutage gegen Rumänien. Betreibt die Rehabilitierung Kardinal Mindszenty, ehrt den europäischen Adel und die westliche Kultur von der Mißwahl bis James Bond etc., gespickt mit Pin-up-Fotos. Murdoch und Maxwell haben im September in Ungarn Gespräche geführt, um sich in die „unabhängige“, „freie“ Medienwelt einzukaufen.

3/89, S. 21) Fortan können in Ungarn Unternehmen mit mehrheitlicher oder 100 %iger ausländischer Kapitalbeteiligung in jedem Bereich der Wirtschaft gegründet werden. Bei einer Minderheitsbeteiligung erfolgt die Genehmigung durch das Handelsministerium automatisch; im andern Fall gilt nach einer 90-Tage-Frist die Genehmigung als erteilt. Einmalig für ein RGW-Land ist der garantierte Gewinntransfer in konvertibler Währung. Leiter und Experten dürfen aus dem kapitalistischen Ausland mitgebracht werden.

Da Ungarn jetzt mit „zahlreichen anderen Ländern um Auslandskapital konkurriert“, gibt es für Investoren Steuererleichterungen bis zur völligen Steuerfreiheit. Erreicht die Auslandsbeteiligung 20 % oder 5 Millionen Forint (ca. 165 000 DM), sind Abweichungen von den in Ungarn üblichen Gehaltsregelun-

pitalmarkt Aktien und Obligationen im Wert von zwei Mrd. US-Dollar im Umlauf. Eng damit verknüpft ist das wachsende Interesse von Einzelpersonen, auch in der USAP, an profitabel arbeitenden Betrieben und einer Erhöhung der Arbeitsdisziplin. Der seit November 1988 amtierende Handelsminister Tamas Beck verlangt mehr Selbständigkeit für die Betriebe in der Lohn- und Gehaltspolitik. „Wir müssen endlich so weit kommen, daß die Lohnkosten für die Betriebe dasselbe Gewicht haben wie andere Kostenfaktoren ... und nach den gleichen Gesichtspunkten behandelt werden. Der Arbeitslohn muß wieder seinen altergebrachten Stellenwert zurückgewinnen.“ (Europäische Rundschau, Wien 1/89, S. 124)

Privatpersonen im Besitz von Klein- und Mittelbetrieben dürfen bis zu 500 Personen beschäftigen (in Jugoslawien

Poststalinismus bezeichnet wird. . . es ist angebracht, nochmals daran zu erinnern, wovon wir uns in Ungarn befreien wollen. Vor allem von der Illusion, daß es möglich sei, den Sozialismus in Ländern aufzubauen, die sich vom Weltkapitalismus isoliert haben, und ein besonderes „sozialistisches Weltsystem“ zu schaffen.“ (Probleme des Friedens und des Sozialismus 7/89, S. 901). Durch die einseitige Orientierung auf den RGW seien Produktionsstrukturen und Mechanismen entstanden, die „für eine effektive Teilnahme an der Entwicklung in der Welt ungeeignet sind.“ (dto.) Demgemäß wurde bereits das Außenhandelsmonopol beseitigt, die Abschaffung des Produktions- und Devisenmonopols steht bevor.

Die Arbeiter wehren sich, die „Reformopfer“ zu bringen. Ende August 89 demonstrierten 10 000 Bergarbeiter in Pécs gegen die geplante Schließung der Urangruben. Industrieminister Horvath wurde ausgepiffen und mußte das Podium verlassen. Anfang September gab es Streiks gegen die Fleischpreiserhöhung. Der SZOT (Dachverband der Ungari-

schen Gewerkschaften) kommt deswegen unter scharfen Beschuß und wurde von Regierungsseite der „sozialen Demagogie“ bezichtigt.

Die Ungarischen Gewerkschaften sind in einer schwierigen Lage. Von dem Vertrauensverlust der USAP sind auch sie betroffen. „Arbeiterräte schießen wie Pilze aus dem Boden“ (Budapest Rundschau), weil die Werktätigen ihre Interessen durch die Gewerkschaft nicht ausreichend vertreten sehen. Grundsätzlich trägt der SZOT die Reformen, auch die Reprivatisierung mit, aber die Lasten sollten gerecht verteilt werden.

Im September trat der SZOT-Generalsekretär, Nagy aus dem ZK der USAP aus. Er gab drei Gründe dafür an: die Gewerkschaftsmitglieder forderten eine unabhängige Gewerkschaft; seine ZK-Mitgliedschaft behindere dies. Zum Zweiten protestierte er gegen die Haltung der Führung der USAP, die sich weder für die Probleme der Gewerkschaften noch für deren Standpunkte interessiere. Drittens gebe es USAP-Kader, die keine Verantwortung für die ernste Lage der Masse der Werktätigen

übernehmen, was einer Arbeiterpartei widerspreche. (NN. 19.9.1989)

Seine Mitarbeit am Dreiertisch (siehe Kasten) kündigte der SZOT Ende August 89 aus ähnlichen Gründen auf, u.a. auch weil ihm ein Rechtsstatus verwehrt worden war. (NN.30.8.89)

Die Widersprüche in der USAP sind so scharf, daß sie sich nach neuesten Berichten spalten wird. Poszgay und Anhänger halten das sozialistische System für unreformierbar; es gehöre abgeschafft. Die Linken und „gemäßigten“ Reformer sammelten sich in der Ferenc-Münnich-Gesellschaft bzw. in der „Plattform Marxistische Einheit“. Für sie bedeutet der neue Programmentwurf eine drohende Rückkehr zum Kapitalismus, auch fehle eine klare Aussage, in wessen Interesse die Partei künftig handeln werde. Generalsekretär Grósz und Nyers streben ein Bündnis beider Seiten an. — (frr)

Quellen: Neueste Nachrichten (NN) der Ungarischen Nachrichtenagentur MTI, div. Ausgaben: Ungarische Wirtschaftshefte (UWH), Vierteljahresschrift der Ungarischen Industrie- und Handelskammer; Blätter für deutsche und internationale Politik 6/7/89.

Dialog von USAP, Opposition und Massenorganisationen

Am 18. September 1989 wurden die seit Juni andauernden Gespräche am sog. Dreieckstisch abgeschlossen. Die Beteiligten einigten sich auf eine Verfassung, mit den Werten bürgerlich-demokratisch und demokratisch-sozialistisch, die Einführung des Mehrparteiensystems und einer Wahlordnung mit Direktkandidaten und Parteienlisten. Die Gewerkschaften erhalten entgegen ihrem Wunsch kein Nominierungsrecht. Noch in diesem Jahr soll ein Staatspräsident gewählt werden. Bei der Debatte um das Parteiengesetz war umstritten, ob es Parteien erlaubt sein soll, Gelder aus dem Ausland anzunehmen, wenn ja, welche. Das Strafrecht wurde dem westlichen angepaßt und „entideologisiert“.

Heftige noch andauernde Auseinandersetzungen gibt es um das Vermögen der USAP. Um es vor den Zugriffen von außen zu schützen, hat sie es in die GmbH „Next 2000“ eingebracht, wogegen die Opposition rechtliche Schritte einleitete. Die nationalistische UDF versucht inzwischen, die Sperrung des Vermögens der USAP, der Gewerkschaften und Arbeitermilizen durchzusetzen.

Vorerst übergibt die USAP Immobilien im Wert von zwei Milliarden Forint (ca. 70 Mio. DM, Verf.) an die Regierung, „damit diese im Sinne der Chancengleichheit von anderen Parteien genutzt werden können“. Ein aus den drei Seiten zusammengesetztes Kuratorium wacht über die Unabhängigkeit der Medienberichterstattung während des Wahlkampfes.

Offene Fragen werden von gemein-

samen Fachkommissionen weiter erörtert. Dazu zählen u.a. noch: die „Verhinderung gewaltsamer Problemlösungsversuche in der Politik“ und vor allem die Frage der Umwandlung bzw. Beseitigung der Arbeitermilizen, einer Truppe ausgewählter Parteimitglieder mit leichter Bewaffnung zur Verteidigung des Sozialismus. Die USAP hat sich bislang bereiterklärt, sie von 60 000 auf 40 000 Mann zu reduzieren. Ihre Waffen werden eingesammelt und dem Verteidigungsministerium überstellt.

Die Vereinbarung unterzeichneten: die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei einerseits; im Namen der neun Oppositionsgruppen u.a. die Kleinlandwirtpartei, die Christlich Demokratische Volkspartei, das Ungarische Demokratische Forum (UDF), die Sozialdemokratische Partei. Auf der „dritten Seite“ unterschrieben die Massenorganisationen der USAP wie z.B. die Antifaschisten, der Jugend- und Frauenverband und auch die Ferenc-Münnich-Gesellschaft. Hier fehlt der Gewerkschaftsdachverband SZOT.

Die Jungliberalen und der „Verband Freier Demokraten“ verweigerten die Unterschrift. Sie werden von der seit Juni 89 in Budapest agierenden Friedrich-Naumann-Stiftung gehegt, die nach eigenen Aussagen mit Geldern des Auswärtigen Amtes dazu beiträgt, den Pluralismus und die Marktwirtschaft in Ungarn zu entwickeln. Die Liberalen konnten ihr Ziel der völligen Auflösung der produktivitätshemmenden USAP-Betriebsorganisationen außer in einigen öffentlichen Dienststellen noch nicht ganz erreichen.

Quellen: NN vom 10. — 20.09.1989

Südafrika/Azania

Aktionen gegen Arbeitsgesetze

Seit dem 1. September führen die unabhängigen Gewerkschaften eine erneute Kampagne gegen das neue Arbeitsgesetz. Das Gesetz zielt, indem es die Handlungsmöglichkeiten und insbesondere das minimale Streikrecht scharf begrenzt, jegliche politische Tätigkeit untersagt und die Gewerkschaften zur Offenlegung ihrer Finanzen und aller aus dem Ausland stammenden Einnahmen gegenüber dem Siedlerstaat und zur Beschränkung der ausländischen Unterstützung zwingen soll, auf die Vernichtung ihrer Unabhängigkeit, ihrer Handlungsfähigkeit und so auf die Vernichtung der Gewerkschaftsbewegung. Sie sollen vom Befreiungskampf abgespalten und von der internationalen Solidarität isoliert werden. Das Gesetz ist in Teilen seit 1988 in Kraft. Stichtag für die Offenlegung der Finanzen war der 18. August 1989.

Da sowohl der Gewerkschaftsbund COSATU wie auch der Dachverband NACTU den rassistischen Behörden die Einsicht in ihre Finanzführung verweigerten, versuchte der Siedlerstaat, die Akten der Gewerkschaften zu beschlagnahmen. Ende August wurden die zentralen und einige regionale Büros beider Verbände durchsucht, Akten beschlagnahmt, mehrere Funktionäre verhaftet. Der Versuch, das Gewerkschaftsvermögen bei dieser Aktion zu beschlagnahmen, scheiterte, weil die Polizei nur geringe Bargeldbestände vorfand und die

offiziellen Konten ebenfalls nur kleine Beträge aufwiesen. Wer genau unter welchen Anklagen verhaftet ist, ist bislang nicht bekannt, weil die Staatszensur die Verbreitung solcher Nachrichten unterbindet.

Die Gewerkschaftsbünde NACTU und COSATU haben ihre insgesamt etwa 1,5 Millionen Mitglieder aufgerufen, bis zum 6. Oktober alle Läden, die Weißen gehören, zu boykottieren und alle Überstunden zu verweigern. Seit dem 1. September patrouilliert die Siedlerpolizei vor diesen Läden, um jegliche öffentliche Aktion der Gewerkschaften zur Unterstützung der Kampagne zu verhindern. Dennoch ist die Aktion in den großen Städten erfolgreich, in Kapstadt wurden 90% der Läden boykottiert, in Johannesburg über 80%, und dies während des ganzen Septembers. COSATU berichtete, daß auch der Überstundenboykott in weiten Teilen der Metallindustrie und in Teilen des Bergbaus, insbesondere im Goldbergbau, durchgehalten werde.

Die Anglo-American Corporation sowie mehrere Metall- und Automobilkonzerne, die bei Vorlage des Arbeitsgesetzes noch öffentlich als Gegner der Gesetze aufgetreten waren, setzten gegen Protestversammlungen Werkschutz ein. Die neugewählte Siedlerregierung hat auf diese Aktionen bisher nur mit Einsatz von Polizei reagiert.

Quellenhinweis: The Guardian Weekly v. 1. Oktober 1989; Facts and Reports, Press Cuttings on Southern Africa, Nr. R/89 — (uld)

Türkei

Stahlarbeiter gegen Elendslöhne

Nach 137 Tagen Streik beendeten am 18. September etwa 24000 türkische Stahlarbeiter einen der wohl längsten und größten Streikkämpfe in der Türkei. Am 4. Mai dieses Jahres waren die Arbeiter in den beiden Werken Karabük (nördlich von Ankara) und Iskenderun (an der südöstlichen Mittelmeerküste der Türkei) in den Streik getreten, um eine Erhöhung ihrer Elendslöhne zu erzwingen. Eines der Streikziele war die Durchsetzung eines Tariflohnes von 530000 TL (umgerechnet ca. 482 DM) im Monat, dem Preis einer Tonne Stahl. Zum Vergleich: Arbeiter im öffentlichen Dienst der Türkei werden nach Abschluß des im Sommer erkämpften neuen Tarifvertrages umgerechnet 360 DM erhalten. Vor Abschluß des jetzigen, neuen Vertrags verdienen Stahlarbeiter in der Türkei effektiv etwa 150 bis 160 DM netto im Monat, d.h. ein Drittel der geforderten 482 DM.

Die Kapitalisten, in diesem Fall die Staatlichen Eisen- und Stahlwerke (DCI) und der Metallarbeitgeberverband MESS, waren noch Wochen nach Streik-

beginn lediglich zu einer Tarifierhebung um insgesamt 122% bereit — was bei einer zweijährigen Tariflaufzeit und einer Teuerungsrate von gegenwärtig fast 80% eine weitere Senkung der im wahrsten Sinne des Wortes Hungerlöhne der Arbeiter und Arbeiterinnen hinausgelaufen wäre.

Dagegen organisierte die Gewerkschaft der Stahlarbeiter, die nicht dem Gewerkschaftsbund Türk-Is angehörte, die Gewerkschaft Celik-Is, von Anfang an einen heftigen Widerstand. Im Spätsommer sah es so aus, als würden die Streikenden dennoch effektiv ausgehungert. Viele der Streikenden hatten zu diesem Zeitpunkt schon fast ihr gesamtes Wohnungsinventar verkauft und sich bei den lokalen Kaufleuten im Umfang von bis zu zwei Monatslöhnen verschuldet. Dann aber gelang es, eine größere Solidaritätskampagne auch unter anderen Gewerkschaften aufzubauen. Im Ergebnis kamen Spenden im Umfang von 100 Millionen Türkischen Lira zusammen, umgerechnet ca. 100000 DM — ein beeindruckender Betrag angesichts der scharfen Verfolgung und Unterdrückung von Gewerkschaften in der Türkei und angesichts der Tatsache, daß die Celik-Is nicht dem offiziellen Gewerkschaftsbund Türk-Is angehört.

Am Ende brach dann der Widerstand der Kapitalisten zusammen. Nach 137 Tagen Streik und offiziell angegebenen Umsatzverlusten von fast 1 Mrd. DM stimmte die inzwischen anstelle des Metallarbeitgeberverbandes handelnde Geschäftsleitung des DCI-Konzerns einem Abschluß zu, der in den nächsten beiden Jahren eine Anhebung der Tariflöhne um 248% vorsieht. Damit werden die Stahlarbeiter von Iskenderun und Karabük effektiv mehr als 500 DM im Monat verdienen — gegenüber den Elendslöhnen der letzten Jahre ein bedeutender Erfolg.

„Wir haben eigentlich erst mit diesem Streik gelernt, was es heißt, ein Arbeiter zu sein“, erklärte ein Vertrauensmann eines der beiden bestreikten Werke, „aber jetzt vergessen wir es auch nicht mehr.“

Wie weit der Erfolg der Streikenden geht, zeigt auch die Reaktion der Kapitalisten. Der Metallkapitalistenverband MESS hat jetzt großen Ärger mit anderen Mitgliedsfirmen, weil er das Ausscheren des DCI-Unternehmens aus der Lohnsenkungsfront zugelassen hat. Die Kapitalisten fürchten nach der Streikwelle im öffentlichen Dienst offensichtlich, daß sich der Widerstand gegen die seit dem Militärputsch 1980 erzwungenen Hungerlöhne nun auch auf andere Privatunternehmen ausbreitet. Noch schärfer reagierte deshalb auch der Arbeitgeberverband aller Branchen, TISK. Der Generalsekretär des TISK forderte den Metallarbeitgeberverband MESS auf, den DCI-Konzern umgehend aus seinem Verband auszuschließen. — (ann, dos)

Frankreich

Streik bei Peugeot gegen Niedriglohn

Bereits seit fünf bzw. vier Wochen wird in den Werken Mulhouse und Sochaux-Montbéliard des privaten Automobilkonzerns Peugeot gestreikt. Der Streik wird von den Gewerkschaften CGT, CFDT, Force ouvrière und CFTC geführt, gefordert werden Lohnerhöhungen bis zu 1500 FF. Die Löhne sind in den letzten Jahren immer niedrig gehalten worden mit den Argumenten, der französischen Automobilindustrie ginge es schlecht, die japanische Konkurrenz sei groß ebenso wie die der EG, man müsse für 1992 gerüstet sein. Inzwischen hat Peugeot seine Profite erheblich gesteigert. Peugeot verzeichnete 1988 die höchste Profitsteigerung innerhalb der französischen Wirtschaft mit 9,2 Mrd. FF ge-



genüber 6,7 Mrd. FF im Vorjahr. Dennoch wartete Jacques Calvet, Generaldirektor von Peugeot, gegenüber den Streikenden mit obengenannten Argumenten auf. Er plane, Peugeot die Nr. 1 in Europa werden zu lassen, höhere Lohnkosten seien nicht tragbar. In den ersten Streikwochen war Calvets Haltung von der absoluten Weigerung gekennzeichnet, in Verhandlungen einzutreten mit dem Versuch, den Streik auszutrocknen (in Frankreich gibt es keine Streikkassen, keine Schlichtungsordnung). Gleichzeitig wurden Streikbrecher eingesetzt, es wurde versucht, Streikende und selbst deren Ehefrauen telefonisch einzuschüchtern. Die Streikenden blieben hart, Teile des Werks in Mulhouse wurden besetzt, Fließbänder blockiert. Der Tenor bei den Streikenden, deren Monatseinkommen bei ca. 5700 FF (1900 DM) liegt, ist: „Wir haben nichts zu verlieren!“

Gerade in der Phase der Verhärtung der Fronten erschien ein Artikel der sati-

Gerade in der Phase der Verhärtung der Fronten erschien ein Artikel der satirischen Wochenzeitung "Le Canard enchaîné", in dem die letzten Steuererklärungen Calvets veröffentlicht wurden. Aus ihnen geht klar hervor, daß Calvet sich in der Zeit von 1986 bis 1988 auf der Grundlage steigender Profite des Konzerns eine Gehaltserhöhung von 46% auf 2,2 Mrd. FF (673 000 DM) gegönnt hatte, während die Beschäftigten im selben Zeitraum eine Lohnerhöhung von 6,7% erhielten, was noch nicht einmal die Kaufkraftverluste deckte.

Am 2.10. erklärte sich Calvet zu Gesprächen bereit. Auch die Regierung, die bisher geschwiegen hatte und deren größte Sorge ein Überschwappen der Streikwelle auf den Öffentlichen Dienst ist, bemängelte nun die „Gesetzeslücke“ nach Bestellung eines Schlichters. Am 4.10. fanden die ersten Gespräche statt, am 5.10. wurde F. Blanchard, Mitglied des Sozial- und Wirtschaftsrats, von der Regierung als Schlichter ernannt. Bisher sind allerdings keine Ergebnisse bekannt. An der Streikfront hat sich nichts geändert, die Besetzungen dauern an, auch wenn die Besetzer damit rechnen, von der CRS (Einsatzpolizei) geräumt zu werden. In Sochaux sind inzwischen drei CGT-Betriebsräte entlassen worden. Die Streikenden erhielten Solidaritätsadressen aus ganz Frankreich und vom DGB, der ankündigte, in den Betrieben für die französischen Kollegen zu sammeln. Auch von verschiedenen sozialistisch oder kommunistisch regierten Kommunen in Frankreich erhielten die Streikenden finanzielle Unterstützung.

Quellenhinweis: Le Monde, div. Ausg. 9/89, 7.10.89; Le Point v. 8.10.89; Le Canard enchaîné v. 27.9.89; H.A.Z. v. 12.8.89; Le Figaro v. 3.10.89 — (sur)

Sri Lanka/Indien

Truppenabzug ohne Bedingungen?

Am 18. September haben Unterhändler der indischen Regierung nach sechswöchentlichen Verhandlungen in der srilankanischen Hauptstadt Colombo ein Abkommen mit der Regierung von Sri Lanka unterzeichnet, das vorsieht, die indischen Truppen bis zum Jahresende vollständig abzuziehen.

Danach verpflichtet sich Indien, keine offensiven Aktionen mehr gegen die tamilischen Guerillas zu unternehmen. Sri Lanka wird im Gegenzug der tamilischen Provinzverwaltung in der mehrheitlich von Tamilen bewohnten Nordostprovinz der Insel zusätzliche Rechte einräumen. Ein gemeinsamer Ausschuß, dem Vertreter der Provinzverwaltung, des srilankanischen Verteidigungsministeriums und der stationierten indischen Truppen angehören, soll den Übergang in Sri Lankas Norden beob-

achten. Zusätzlich verpflichtet sich die srilankanische Regierung ein „Friedenskomitee“ ins Leben zu rufen, in dem alle politischen und ethnischen Gruppen der Nordostprovinz vertreten sind.

Bei genauerem Hinschauen scheint das Abkommen auch so angelegt zu sein, daß ein Abzug bis zum 31.12. nicht verpflichtend ist, denn es heißt darin, daß „alle Anstrengungen unternommen werden, den Rückzug der Friedenstruppen zu beschleunigen und bis zum 31. Dezember 1989 abzuschließen.“ Während der laufenden Verhandlungen zu dem Abkommen hat der srilankanische Präsident Premadasa darauf bestanden, daß das vorgesehene Abkommen die territoriale Integrität und Souveränität Sri Lankas sicherstellen muß und seine verfassungsrechtlichen Verpflichtungen als Präsident nicht angetastet werden. Außerdem forderte er die bedingungslose Beendigung der Offensive der indischen Truppen in der Nordostprovinz. Indien versuchte in den Verhandlungen zu erreichen, daß der Truppenabzug schrittweise mit der Wiederherstellung des politischen Machtgefüges erfolgen solle, doch die Regierung Sri Lankas bestand

darauf, daß dies eine interne Angelegenheit Sri Lankas sei.

Die ganze Angelegenheit steht auf ziemlich wackeligen Füßen, da Indien gegenüber der LTTE andere tamilische Gruppen unterstützt z.B. die EPRLF (Eelam People's Liberation Front) und es nicht auszuschließen ist, daß es darüber zu Auseinandersetzungen kommt, zumal auch der Chef der indischen Truppen in Sri Lanka General Kalkat an dem gemeinsamen Beobachterausschuß beteiligt ist. Außerdem haben regierungsfeindliche, nationalistisch orientierte Gruppen (JVP, Volksbefreiungsfront) ihre Aktivitäten verstärkt. In Indien wird in der Presse mehrheitlich die Meinung vertreten, der Abzug indischer Truppen könne nur unter der Bedingung erfolgen, daß die „Sicherheit der tamilischen Bevölkerung“ gewährleistet ist. Dasselbe hat die indische Regierung verlauten lassen und hinzugefügt, daß Abkommen sei keine Garantie für einen vollständigen Truppenabzug.

Quellenhinweis: Far Eastern Economic Review, 21.9. u. 28.9.89; Neue Zürcher Zeitung, div. Ausgaben Sept. 89; The Hindu, 12.9.89, Madras — (cog)

Norwegen

Die norwegischen Erben Hitlers

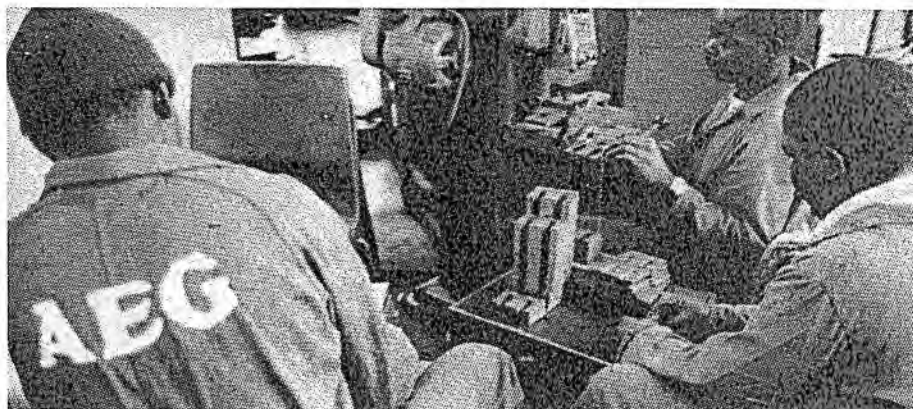
Die norwegischen Erben Hitlers sind heute in einer tiefen Krise. Die Mitgliedszahl der Nazi-Gruppen ist auf ungefähr 250 geschrumpft. Aber jüngere aktive Neonazis arbeiten für eine neue nationale Sammlung. Diese neue Sammlung soll aus den Resten der NF (Nationale Volkspartei), der NDU (Nationale Demokratische Union) und dem wachsenden rechtsextremen Flügel der FMI (Volksbewegung gegen Einwanderer) gebildet werden. Total gibt es ca. 600 bis 700 Neonazis in Norwegen. Die Mehrzahl ist nicht in Neonazi-Gruppen organisiert. In den 70er Jahren gab es einen Aufschwung für diese Gruppen, aber in der ersten Hälfte der 80er Jahre waren sie von inneren Gegensätzen und Stagnation geprägt. Der Führer Erik Blücher verschwand ins Ausland. Nach dem Attentat gegen die NOR-Moschee in Oslo im Jahr 1985 wurde seine Nationale Volkspartei gelähmt. Vor diesem Anschlag wurden die Neonazis auf 1500 Mitglieder und Sympathisanten geschätzt. Erst nachdem die einwandererfeindliche und rassistische Bewegung im Jahr 1987 einen neuen Aufschwung erreichte, fing etwas Neues in der Neonazi-Bewegung an.

Heute können die Neonazis in Norwegen auf folgende Weise charakterisiert werden: Erstens die Nationale Volkspartei (NF): Die früher souverän stärkste

Gruppe ist in voller Auflösung. Es geschieht eine Umgruppierung auf der extrem rechten Seite. Neue Gruppen entstehen. Neue, jüngere „Führer“ versuchen eine Sammlung der Nazi-Kräfte. Das Ziel ist auch, den rechten Flügel in der FMI für diese Sammlung zu gewinnen. Viele der Neonazis haben die FMI infiltriert und auch die PSI („Partei Stoppt die Einwanderung“). Schon jetzt sitzen mehrere ehemalige NF-Vertrauensmänner — denn es handelt sich um Männer — in zentralen Positionen der FMI. Einige Organisationen in Zentraleuropa haben einen großen Erfolg gehabt nach einer Modernisierung des Faschismus. Sie schieben das Symbol vom Hitlerismus auf die Seite. Die Neonazis in Norwegen sind sich bis jetzt nicht untereinander einig geworden, ob sie dem alten oder neuen Weg folgen sollen. Aber sie sehen, daß die direkt rassistische Arbeit den größten Erfolg bringt. In der Stille üben einzelne Neonazis den Waffengebrauch.

Übersicht über Nazigruppen

Die NF wird von einer Krise geprägt. Blücher ist aus Norwegen verschwunden, setzt aber seine Aktivität im Ausland fort (wahrscheinlich ist er in Polen). Die NF zählte früher mehrere hundert Mitglieder. Heute sind sie wahrschein-



Die beiden südafrikanischen Gewerkschaftsbünde COSATU und NACTU haben am 22. September ihre insgesamt 1,5 Millionen schwarzen Mitglieder dazu aufgerufen, bis einschließlich 6. Oktober die Geschäfte der Weißen zu boykottieren. Gleichzeitig riefen sie dazu auf, vier Wochen lang keine Überstunden zu leisten. Mit ihrem Aufruf wollen die Gewerkschaften die Unternehmer dazu zwingen, ein neues Arbeitsgesetz abzulehnen, das die Streikmöglichkeiten der Gewerkschaften stark einschränkt. Die Gewerkschaften fordern alle Schwarzen auf, sich als Protest gegen die Apartheid dem Kundenboykott anzuschließen. Kaufhäuser in East London und Kingwilliamstown, wo der Boykott schon früher begonnen hatte, berichteten, ihre Geschäfte seien am ersten Tag praktisch leer gewesen. Am 23.9. gab es Protestmärsche in Durban und Oudtshoorn. — (ros, AGM)

USA: Streik bei General Tire

Im US-Reifenwerk der zur westdeutschen Continental AG gehörenden General Tire in Charlotte/North Carolina wird seit fast vier Wochen gestreikt. 1430 gewerkschaftlich organisierte Lohnabhängige fordern einen neuen Tarifvertrag. Der alte dreijährige Tarif ist am 15.9. ausgelaufen, seit zweieinhalb Monaten verhandeln Vertreter der Gewerkschaft ergebnislos mit der Unternehmensleitung. Das bestreikte Werk ist mit 1800 Lohnabhängigen das fünftgrößte Reifenwerk in den USA und hatte im vergangenen Jahr einen Umsatz von 2,5 Mrd. Dollar. 1983/84 hatte die Belegschaft des Werkes 128 Tage gestreikt, um einen neuen Tarifvertrag durchzusetzen.

zen. Die Conti AG lehnt bislang jede Stellungnahme zu dem Streik ab. (Quelle: HAZ, 4.10.89 — rül)

Australien: Proteste gegen US-Stützpunkte

Etwa 500 Menschen sind am vorletzten Wochenende bei einer Demonstration vor dem im Süden Australiens gelegenen US-Militärstützpunkt Nurrungar festgenommen worden. Die in den 60er Jahren eröffnete US-Basis ist ein Zentrum der Satellitenbeobachtung. Die zweitägige Protestaktion, zu der die australische Friedensbewegung aufgerufen hatte, wurde von Einheiten der Polizei und der Armee am zweiten Tag unter Einsatz der chemischen Keule gewaltsam aufgelöst. — (rül)

Friedensnobelpreis für den Dalai Lama

Der Friedensnobelpreis 1989 soll dem Dalai Lama verliehen werden. 1935 geboren, war der Dalai Lama seit seiner „Inkarnation“ im Alter von zwei Jahren überhaupt eines der wohl reaktionärsten Regimes in der Welt. Äußerste Armut, Leibeigenschaft, ja direkte Sklaverei für die tibetanischen Bauern waren die Kennzeichen seines Regimes, bis die chinesische Volksbefreiungsarmee 1950 in Tibet einmarschierte und den tibetanischen Bauern ermöglichte, sich von der Sklaverei und dem Feudalismus des herrschenden Mönchsregimes zu befreien. Analphabetismus, die ständigen Seuchen und Hungersnöte Schritt für Schritt zu überwinden. Das Land der Klöster wurde an die armen Bauern verteilt, Kooperativen und Genossenschaften gegründet. Der Dalai Lama durfte als religiöses Oberhaupt seiner Kirche in Tibet weiter amtieren. 1956 wurde Tibet zur Autonomen Region innerhalb der VR China erklärt, die sich durch einen Volkskongreß weitgehend selbst regiert. Erst als er 1959 eine reaktionäre Revolte der alten feudalen Grundbesitzer, insbesondere der Mönche der lamaistischen Klöster, gegen die neue Volksmacht anzettelte, mußte der Dalai Lama ins Ausland flüchten. Er vertreibt sich seitdem seine Zeit in Indien mit Müßiggang und Intrigen gegen die neue Ordnung in Tibet. Seine „Exilregierung“ ist von keinem einzigen Staat der Welt diplomatisch anerkannt. Das will das Nobelkomitee mit seiner Preisverleihung anscheinend ändern. Die VR China hat die Verleihung als Einmischung in innere Angelegenheiten verurteilt, die „die Gefühle des chinesischen Volkes verletzt“. — (rül)

lich nicht mehr als 70 bis 100 Leute. Aber es gibt einige jüngere, militante Kräfte in der NF, die jetzt die Führung übernehmen. Einer von ihnen, Runar Schau, wohnt in Oslo, hat ein großes Waffeninteresse und hat einen Hang zum Hitlerkult. Eine typische Aussage von ihm ist aus dem Blatt der NF, Hitler sei das größte politische Genie des 20. Jahrhunderts.

Eine andere Gruppe, die „Jugendgruppe“ (NU) um Ule Ulsen bei Tensberg, hält sich am Leben, spielt aber eine unbedeutende Rolle.

Die nächste Organisation ist die NDU („Nationale Demokratische Union“, eine verhältnismäßig neue Gruppe in Norwegen mit hauptsächlich jüngeren Mitgliedern, unter ihnen auch Studenten. Die NDU hatte beim Kongreß der FMI 1987 zwei Beobachter. Offiziell sind sie „nur“ Einwanderer-Gegner, aber in Wirklichkeit eine aktive Nazi-

Gruppe. Ihr Führer ist Mikael Knudsen. Er hat sich positiv über das Attentat auf die Moschee in Oslo geäußert. Die NDU zählt heute ca. 50 Mitglieder. Er arbeitet bewußt mit internationalen Kontakten, war u.a. auf Besuch bei der NPD in Deutschland an Neujahr 1989.

Die nächste Gruppe nennt sich „Zorn 88“. In längerer Zeit hat der Führer der dänischen nationalsozialistischen Bewegung, DNSB, versucht, eine eigene Abteilung in Norwegen zu organisieren. Sie haben in Oslo eine Studiengruppe und auch einige Anhänger sonstwo in Norwegen. Bis jetzt zählt diese Gruppe ca. 30 Personen. Der Führer der DNSB ist auch Generalsekretär in der WUNS, World Union of National-Socialist, eine der vielen schwarzen Internationalen.

Eine weitere Gruppe ist die sogenannte „Verteidigungsbewegung des Volkes“, geführt von Alfredo Olsen, die auch ihren Schwerpunkt in Oslo hat. Ol-

sen ist seit den 70er Jahren als der Vertreter des Mussolini-Faschismus in Norwegen bekannt. Er hat eine Gruppe gebildet, die am besten als christlich-faschistisch bezeichnet werden kann. Diese Gruppe soll „marxistischen Staatskapitalismus, Liberalkapitalismus, Zionismus und Freimaurermafia und ihre Infiltration in der Kirche“ bekämpfen. Er hat auch eine streng orthodoxe katholische Gruppe aufgebaut. Seine Anhänger zählen nicht mehr als 20 bis 30 Personen, die Gruppe ist wohl mehr pathetisch als gefährlich.

FMI am wichtigsten

In und um die rassistischen und einwandererfeindlichen Organisationen findet man die Mehrzahl der Neonazis. Die FMI ist wie ein Magnet für die Neonazis. Die bewußte rechtsmilitante Linie von Arne Myrdal hat eine starke Wirkung auf sie. Speziell die Nationale

Ecuador: Streik bei Texaco

740 Arbeiter in Unternehmen des US-Ölkonzerns Texaco in Ecuador sind in einen unbefristeten Streik getreten. Sie wollen damit den US-Konzern, der seine Unternehmen in Ecuador verkaufen will, zur Einhaltung seiner vertraglichen Pflichten zwingen, bevor die Werke am 1. Oktober von der staatlichen Ölgesellschaft „Petroecuador“ übernommen werden. Um den Streik niederzuschlagen, rief Ecuadors Präsident Borja in der Nacht zum 28. September den nationalen Notstand aus. Die Armee besetzte kurz danach mehrere Erdölraffinerien. — (rül)

SU: Oberster Sowjet verhängt Streikverbot

Bei nur sechs Gegenstimmen und 16 Enthaltungen gegenüber 364 Ja-Stimmen hat der Oberste Sowjet der UdSSR am 5.10. ein befristetes Streikverbot beschlossen. Damit sind ab sofort Streiks bei Eisenbahnen, in der Energieversorgung und in Wirtschaftszweigen von zentraler Bedeutung, darunter die Metallindustrie, die chemische Industrie und das Fernmeldewesen, verboten. Die Regierung Gorbatschows hatte ein allgemeines Streikverbot bis Ende 1990 beantragt. Das jetzt verhängte Streikverbot ist bis zum Inkrafttreten neuer Streikgesetze befristet, die in wenigen Wochen verabschiedet werden sollen. Diese enthalten u.a. ein generelles Streikverbot bei der Eisenbahn und in anderen Bereichen des öffentlichen Verkehrs, in der Zivilluftfahrt, im Fernmeldewesen, bei den Kraftwerken, in der Rüstungsindustrie und in der staatlichen Verwaltung. Die Sicherung der Eisenbahn soll dem Innen- und Verteidigungsministerium übertragen werden. Am gleichen Tag, an dem der Oberste Sowjet dieses Gesetz

verabschiedete, wurde bekannt, daß die zur Bekämpfung von Unruhen eingesetzten Spezialtruppen des Innenministeriums, derzeit 36000 Mann, erheblich verstärkt werden sollen. — (rül)

Polen: „Sparprogramm“ und Preiserhöhungen

Zum 1. Oktober hat die neue polnische Regierung erste Teile ihres Wirtschaftsprogramms in Kraft gesetzt. Dazu gehört die fast völlige Freigabe der Lebensmittelpreise. Die Folge waren erneute dra-

stische Preiserhöhungen. Ein halbes Pfund Butter, das vor der noch von der Regierung Rakowskis verfügten Preiserhöhung vom 1. August noch 240 Zloty gekostet hatte und seitdem auf 1450 Zloty gestiegen war, kostet nun 3850 Zloty. Zum Vergleich: Rentner beziehen derzeit eine durchschnittliche Rente von 75000 Zloty. Das reicht jetzt noch für 5 kg Butter. Ebenfalls zum 1. Oktober wurde der Kohlepreis verdoppelt. Frieren und Schmalz essen — das wird für viele der erste Winter unter der neuen katholischen Regierung werden. — (rül)



Die Guerillaverbände des Demokratischen Kampuchea, insbesondere die Roten Khmer (Bild: Empfang in einem befreiten Dorf), haben nach dem offiziellen Abzug der vietnamesischen Truppen ihre Angriffe verstärkt. Im Westen Kampuchreas griffen Einheiten der Roten Khmer mehrere Städte und Fernstraßen an. Die nichtkommunistische KPLNF teilte Anfang Oktober mit, 5000 Mann ihrer Truppen hätten entlang der Nationalstraße 69 in der Nähe der thailändischen Grenze drei Ortschaften und zehn Stellungen der Regierungssoldaten erobert. Am 3. Oktober meldete das thailändische Außenministerium, thailändische Truppen hätten fünf Vietnamesen in Uniformen der kambodschanischen Armee festgenommen. Die Festgenommenen würden in den nächsten Tagen der Presse vorgestellt. Das würde bestätigen, daß der vietnamesische Abzug wohl doch nicht vollständig war, wie offiziell behauptet. — (rül)

Volkspartei hat viele Aktivisten an Myrdal verloren, in Oslo, im Südosten und an der Westküste. Mehrere Kenner der Nazi-Gruppen können bestätigen, daß zentrale jüngere Kräfte der NF, NDU und einzelne der FMI-Führung im letzten halben Jahr mehrere gemeinsame Treffen organisiert haben. Wenn Myrdal jetzt proklamiert hat, daß er jugendliche Kampfgruppen aufbaut, sind das nicht nur „große Worte“. Dies ist exakt das, was Myrdal sich längere Zeit gewünscht hat. In diesen Gruppen sind die Neonazis zentrale Personen. Auch die PSI, geleitet von Kjuus in Oslo, hat viele aktive Neonazis. Aber die PSI ist mehr eine bürokratische Wahlmaschine und nicht eine Arena für Aktivisten, wie die FMI.

Eine jetzt fast aufgelöste Bewegung ist die sogenannte „Widerstandsbewegung gegen Einwanderung, Narkotika und Terrorismus“ von Vivi Krogh. Aber es bestehen immer noch aktive Elemente,

u.a. die sogenannte „Antiparasitär-Gruppe“ in Oslo.

Die erfahrenen Kenner der aktiven Neonazis in Norwegen meinen, daß dieses Milieu ca. 600 bis 700 Personen zählt. Die Mehrzahl ist noch nicht in den Neonazi-Gruppen organisiert. Wenn die eifrigsten Kräfte in der NF, NDU und FMI Erfolg haben, eine Sammlung auf modernen faschistischen Grundlagen zu bilden, könnte sich die neonazistische Bewegung in Norwegen aus ihrer Krise lösen. Immer noch wirken die Erben Hitlers ziemlich klein. Aber sie sind stark genug, um einen großen Schaden anzurichten. Es gibt auch viele Neonazis, die auf strategischen Waffenunterricht und Waffenbereitschaft vorbereiten. Unter gewissen Verhältnissen könnten kleine, aber bewußte und gut organisierte Gruppen Terroraktionen in Norwegen starten.

Bei den Wahlen im September zum

norwegischen Parlament sagte Myrdal öffentlich, daß die „Fortschrittspartei“ von Hagen die für ihn „beste“ Einwandererpolitik betreibe. Bekanntlich hat diese Partei bei den Wahlen 13% der Stimmen erhalten und ist jetzt die Unterstützungspartei einer neuen bürgerlichen Koalition im Parlament, die die Regierung übernehmen wird. Myrdals wichtigster Beitrag im Wahlkampf war die systematische Verbreitung von Einwandererhetze und Aufforderungen, die Fortschrittspartei zu wählen. Die neue konservative Regierung, die von der Unterstützung Hagens abhängig ist, wird sicherlich keine verschärfte antirassistische Politik betreiben. Deshalb entscheidet sich dieser Kampf durch die aktive Bekämpfung der Neonazis, wo immer sie auftreten. Über die Aktivitäten des antifaschistischen Widerstands in Norwegen werden wir in der nächsten Ausgabe berichten. — (o.s.)

Veröffentlichungen

NGG-Broschüre: Mc Donald's sozial unverträglich!

Der Mc Donald's Konzern wurde 1955 in den USA von Ray A. Kroc, heute, bzw. 1985, 500facher Millionär, in Illinois gegründet. 1985 beschäftigte der Konzern in Deutschland ca. 12 000 Menschen.

Unlängst konnte man in der Presse lesen, daß zwei Beschäftigten einer Mc Donald's Filiale in Dortmund ein seltenes Kunststück gelungen sei: die Gründung eines Betriebsrates! Beide Betriebsräte wurden sofort fristlos entlassen. Mc Donald's hatte das Weihnachtsgeld, das künftig durch eine Leistungsprämie ersetzt werden sollte, um die Hälfte gekürzt. Teilzeitbeschäftigte, die krank waren, sollten plötzlich keine Lohnfortzahlung mehr bekommen etc.

Die Gewerkschaft NGG hat 1985 eine Dokumentation über Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und Schulung des Managements herausgegeben.

„König Kunde“

„... Die neuen Assistenten der Mc Donald's Manager werden nach „Mc Donald's-Goal“ trainiert. Wichtigstes Lernziel ist der rationelle Einsatz der Arbeitskräfte. „Kein Gast soll länger als drei Minuten anstehen und jeder soll innerhalb von vierzig Sekunden an der Theke abgefertigt werden — mit einem gewinnenden Lächeln!“

Die Beschäftigten . . .

sind in Crews (Gruppen) eingeteilt, mit einem „Crew-Chef“ an der Spitze. Die Mitarbeiter erhalten als Arbeitskleidung einen dunkelblauen Polyester-Kittel und ein blau-weißes Häubchen. Diese Bekleidung hat bei starkem Schwitzen — was bei dem hohen Arbeitstempo keine Seltenheit ist — den Nachteil von Hitze- und Schweißstaus in der Kleidung. Nebenbei habe die auffällige Arbeitskleidung den „Sandwich-Man-Effekt“, daß die Arbeitnehmer als Reklameträger mißbraucht werden.

Trotz dem familiären „Du“ im Imperium wird auf Anreden verzichtet und „Klar-Text“ geredet: „saubermachen“, „garnieren“!

Mc Donald's „Berufe“

Mc Donald's hat eine auf wenige Gar- und Aufwärmvorgänge konzentrierte Spezialtechnik. Jedes Gerät übt nur eine Funktion aus, diese jedoch perfekt (z.B. elektronische zeit- und temperaturgesteuerte Friteusen, signaltonangebend. Grillplatten, Milch-Shake-Automaten

etc.). Diese Art der Fabrikation ist total rationalisiert und kostenminimiert mit Convenience-Produkten (Fertig-, Halbfertig-Produkte), keine Bedienung im Gästebereich, eingeschränkte Angebotspalette. Hinzu kommt, daß 80% der Mitarbeiter ausschließlich monotone Tätigkeiten verrichten, und nur 10 bis 20% anspruchsvollere, dispositive Arbeiten ausführen. 58% von ihnen sind Teilzeit-Jobber, Schüler, Studenten, nebenberufliche Hausfrauen und Ausländer mit geringeren Sprachkenntnissen. Die Fluktuationsrate in diesem Bereich soll bei 180% liegen.

Nachdem diese Tätigkeiten weder durch staatlich anerkannte Berufsbilder noch durch Tarifverträge beschreibbar sind, kam Mc Donald's auf die Idee, ein spezielles Berufsbild „Schnellrestaurant-Fachkraft“ zu schaffen.

Die Arbeitsanweisungen sind präzise und spiegeln die Eintönigkeit der Beschäftigung wider:

Griller

Brothälften im Ofen tosten, Frikadellen grillen, wenden, Frikadellen auf die erste Brothälfte legen, zweite Brothälfte tosten.

Garnierer

Diverse Variationen von Hamburgern und Gurken, Käse, Ketchup, ect. Salat usw. beilegen, wobei die jeweiligen Mengen absolut vorgeschrieben werden. z.B.: 1,5 g Senf/Sandwich; 3 g eingeweichte Zwiebeln/Hamburger, 7 g eingeweichte Zwiebeln/Viertelpfunder. Oder: 1 Scheibe Gurke/Hamburger; 2 Scheiben Gurke/Viertelpfunder . . .

Entlohnung/Arbeitszeit

Mc Donald's sucht überall nach Möglichkeiten und Lücken, Überstunden- und Feiertagszuschläge nicht zu gewähren. Ein wichtiges Mittel, nur die Minimalentlohnung zu zahlen, ist die kapazitätsorientierte, variable Arbeitszeit. Abgezogen werden den Beschäftigten dabei auch Pausen, die über Stechuhr ermittelt werden.

Als weiteres Lohngestaltungsmittel dient Mc Donald's „Leistungsübersicht- und Lohnübersicht“. Hierbei wird über jeden Mitarbeiter alle zwei Monate eine „Leistungsbeurteilung“ durch den Manager erstellt. Alle vier Monate werden die letzten beiden Leistungsübersichten zum Beurteilungsmaßstab für eventuelle Lohnerhöhungen herangezogen.

Wer „sehr gut“ ist, muß nach einer „Reinlichkeits-Dressur“ abgestimmten Liste Punkte sammeln und selbstkritisch Verbesserungsvorschläge machen. Der Titel: „Mitarbeiter des Monats“ winkt ihm sodann.

Aus vertraulichen Arbeitsanleitungen zitiert die NGG, daß Nacht- und Überstunden nur in vollen Stunden abgerech-

net werden dürfen. Das heißt, unter 1/2 Stunden wird zur letzten vollen Stunde abgerundet.

Kritisch betrachtet — Mc Donald's, eine Information der Gewerkschaft NGG; FR, 3.8.89 — (rst)

Rekommunalisierung im Wohnungssektor

Die gewerkschaftseigenen WSI-Mitteilungen veröffentlichten in der Ausgabe 9/89, S. 525 — 537, einen Aufsatz von Prof. Dr. Marlo Riege zur „Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit — Die Deregulierung des Wohnungsmarktes schreitet voran“. Eine interessante Diskussionsgrundlage für alle, die in Gewerkschaften und Kommunalpolitik für Arbeiterinteressen auf diesem Gebiet weiterwirken wollen. Riege kritisiert den „Sozialen Wohnungsbau“ seit 1950 zu Recht als System staatlicher Misch-Subventionen für private Wohneigentumsbildung, „freie“ Wohnungsunternehmen und schließlich gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen, das den „Wohnungsmarkt als zentrale Regulierungsinstanz“ niemals außer Kraft setzen sollte. Wer wie Teile der Sozialdemokratie, DGB, Deutscher Mieterbund und Verband der Gemeinnützigen nur dieses System zu verteidigen versuchte, habe sich stets in der Defensive befunden. Riege weist das materialreich an den politischen Vorstößen von Konservativen und Wirtschaftsliberalen seit Beginn der 80er Jahre nach. Wirklichen Widerstand gegen die im Zuge der reaktionären Steuerreform ab 1.1.1990 geltende Aufhebung der Steuerbefreiung für gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen gebe es nicht. Das werde die Mieten für noch 3,4 Mio. Sozialmietwohnungen mit 8 Mio. Mietern in Händen von 1 800 Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmen auf einen Schlag mit 100 Mio. DM pro Jahr belasten. Schlimmer sei noch der gleichzeitig beschlossene Fortfall von Vermögens-, Belegungs- und Preisbindungen für die folgenden Jahre. Riege diskutiert demgegenüber Reformansätze gegen „Spekulation, private Gewinnorientierung“, für „an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtete Zielsetzungen“, u.a. Anregung von Bautätigkeit nur noch über öffentliche Baudarlehen mit langfristigen Preis- und Belegungsbindungen; Bereitstellung kommunaler Grundstücke auf Erbbaurechtsbasis, so daß Grundstück und Bebauung nach einer bestimmten Zeit in öffentliches Eigentum zurückfallen; „Sicherstellung“ der 1,2 Mio. Sozialmietwohnungen bei kommunalen und anderen staatlichen Wohnungsunternehmen bis hin zur Rekommunalisierung; direkte kommunale Bautätigkeit. — (ped)

Aufruf zur bundesweiten Demonstration

am 21. Oktober 1989 in Düsseldorf, 11 Uhr, Cecilienallee

Solidarität mit dem nationalen Befreiungskampf in Kurdistan!

Einstellung aller politischen Verfahren gegen Kurdinnen

und Kurden, Freilassung der in der BRD Inhaftierten!

In Düsseldorf beginnt am 24.10.1989 der Prozeß gegen 17 Kurdinnen und Kurden wegen des Verdachts der „Mitgliedschaft bzw. Unterstützung (in) einer terroristischen Vereinigung“ gemäß § 129a StGB. Die Anklage nach § 129a bezieht sich auf das juristische und politische Konstrukt einer „Teilorganisation innerhalb der PKK“ in der BRD. Während die Bundesanwaltschaft diese Teilorganisation bisher nie genau definiert hat, hat jetzt das OLG sie so beschrieben: Generalsekretär, Exekutivkomitee Europa, Europa-ZK, alle regionalen Funktionäre in Europa und die Abteilungen für „Nachrichtendienst, Parteisicherheit und -kontrolle“.

Mithilfe des Organisationsparagraphen 129a wird in der BRD zum ersten Mal versucht, eine gesamte ausländische Organisation — die PKK — zu kriminalisieren. Das bedeutet für alle mit ihr sympathisierenden Gruppen und Vereine in der BRD Verfolgung und mutmaßliches Verbot (mit weiteren, noch unübersehbaren Folgen). Nachdem die Verfolgung der PKK in Schweden, Frankreich und der Schweiz mithilfe der

üblichen Strafrechtsparagraphen gescheitert war, wird die Kriminalisierung nunmehr in der BRD konzentriert.

13 der Angeklagten befinden sich seit Februar 1988 unter Isolationshaftbedingungen in Gefängnissen der BRD. Sie unterliegen einem gegenüber sonstigen politischen Gefangenen noch verstärkten Haftstatut im Zusammenhang mit § 129a (53 Einzelanordnungen)! Die Isolationshaft wirkt sich umso stärker aus, da viele von ihnen kaum oder kein Deutsch sprechen. Zusätzlich gibt es ein Verbot von türkisch- und kurdisch-sprachigen Publikationen des Agri-Verlags; Briefkontakte werden grundsätzlich erschwert und verzögert, auch die mit ihren Verteidigerinnen und Verteidigern. Seit ihrer Verlegung seit Mitte September 1989 in Gefängnisse in NRW warten sie sowohl auf ihre persönlichen Sachen als auch auf ihre Verteidigungsunterlagen, die sie für den bevorstehenden Prozeß benötigen. Gegen diese Bedingungen der Isolationshaft und für die gemeinsame Prozeßvorbereitung haben die kurdischen Gefangenen schon mehrere Hungerstreiks gemacht.

Ihre grundsätzliche Forderung ist die Einstellung der politischen Verfahren gegen sie und ihre sofortige Freilassung!

Seit 1984, also seit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes durch die kurdische Befreiungsbewegung in Nordwest-Kurdistan, läuft in Westeuropa und vor allem in der BRD eine massive Propagandakampagne gegen die PKK und ihre hier lebenden Sympathisantinnen und Sympathisanten. So wurde das politische Klima für die Anfang 1986 beginnende Kriminalisierungskampagne geschaffen. Seitdem gibt es immer wieder Verhaftungen, Durchsuchungen in Vereinen und Privatwohnungen und Veranstaltungsverbote, sowie Hausarrest und Meldeauflagen für Türkinnen und Türken, Kurdinnen und Kurden (z.B. während des Besuchs des türkischen Putschgenerals Evren in der BRD). Im Vorfeld des Prozesses seit einigen Wochen nehmen die Einschüchterungs- und Spaltungsversuche zu: bald tagtäglich Durchsuchungen, weitere Verhaftungen in fast allen Bundesländern. In Bayern wurde Kurdinnen und Kurden unter der Androhung der sofortigen Abschiebung verboten, kurdische Publikationen zu lesen oder zu verkaufen.

Schon die Ausländergesetzgebung schränkt die Möglichkeiten der politischen Betätigung für Ausländer stark ein. Durch die aktuelle Verfolgung von Kurdinnen und Kurden in der BRD wird dies noch weiter verstärkt. 400 000 Kurdinnen und Kurden werden somit faktisch unter Ausnahmerecht gestellt.

Der Prozeß gegen die Kurdinnen und Kurden vor dem OLG Düsseldorf wird der größte Strafprozeß gegen eine ausländische Organisation, die in ihrem Heimatland einen Befreiungskampf führt. Er wird demzufolge auch eine Vorreiterrolle spielen für zukünftige Verfahren gegen ausländische Organisationen, je nach politischer Einschätzung dieser Bewegungen und Interessen Westeuropas an dem jeweiligen Land.

Die Voraussetzungen für dieses Verfahren wurden durch die Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und die Novellie-

rung des § 129a StGB am 1.1.87 geschaffen, wodurch der BRD-Justiz die Möglichkeit gegeben wurde, auch gegen angebliche „terroristische Vereinigungen mit Sitz im Ausland“ vorzugehen.

Gegen weitere Kurdinnen und Kurden werden im Zusammenhang der Anklage Ermittlungen geführt. Mittels dieses Verfahrens wird der Gültigkeitsbereich des Strafrechts der BRD auf den Libanon ausgedehnt, indem angebliche Straftaten, die dort geschehen sein sollen, durch die BRD verfolgt werden. Auch damit unterläuft die BRD das in der UN-Resolution 2621 (XXV) 1970 ausdrücklich anerkannte Recht der kolonialisierten Völker, „mit allen notwendigen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, gegen Kolonialmächte zu kämpfen, die ihre Bestrebungen nach Freiheit und Unabhängigkeit unterdrücken.“ Für die imperialistischen Staaten ist der NATO-Partner Türkei kein Kolonialstaat. Somit spricht die BRD dem kurdischen Volk die in den UN-Resolutionen verankerten Rechte kolonialisierter Völker ab und diffamiert die PKK als „terroristisch“ und „separatistisch“. Über diese Begründung macht sich die BAW den Weg frei, militärische Auseinandersetzungen in Nordwest-Kurdistan als „Beweise“ in das § 129a-Verfahren aufzunehmen.

Die Repression und Propaganda zielt darauf ab, die Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes durch die hier im Ausland lebende kurdische Bevölkerung zu zerschlagen und gleichzeitig die Solidarität der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit und der türkischen Linken zu verhindern. Darüber hinaus schafft sich die BRD die juristische Handhabe, nicht nur alle ausländischen Befreiungsorganisationen und deren Sympathisantinnen und Sympathisanten, sondern auch die Solidaritätsbewegungen, die diese materiell und politisch unterstützen, zu kriminalisieren.

Was ist der Hintergrund dieses Verfahrens?

Kurdistan ist ein von vier Ländern kolonialisiertes und besetztes Land (Türkei, Iran, Irak und Syrien). Durch den Befreiungskampf in Nordwest-Kurdistan wird dieses Kapitel imperialistischer Grenzziehung, Ausbeutung und Unterdrückung angegriffen und offen infragegestellt.

Seit der Gründung der PKK 1978 begann eine neue Phase

des Widerstandes und der politischen Organisierung. Trotz der Rückschläge durch den NATO-Putsch in der Türkei 1980 wurde 1984 der Befreiungskampf erneut aufgenommen. Heute führt das kurdische Volk unter Führung der PKK einen Volksbefreiungskrieg gegen den türkischen Kolonialismus und gegen den Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit und

Selbstbestimmung. Die Türkei antwortet auf diese Entwicklung mit der Eskalation des Terrors und dem Kalkül des Völkermordes und bemüht sich seit Jahren um die militärische Niederschlagung des Befreiungskampfes. Konkret bedeutet dies, daß die Türkei seit langem einen speziellen Anti-Guerillakrieg führt, daß sie zwei Drittel ihrer regulären Armee in Nordwest-Kurdistan stationiert hat. Sie versuchte, Kollaborateure („Dorfschützer“) anzuwerben, um zum einen den politischen Eindruck eines „innerkurdischen Konfliktes“ zu erwecken, andererseits dieses System als Teil der militärischen Ordnungsmacht zu installieren. Dies wurde durch die Guerilla erfolgreich verhindert.

Trotz der militärischen Absicherung durch kontinuierlich laufende NATO-Manöver, unter Beteiligung der Bundeswehr, und der Intensivierung der politisch-ökonomischen Beziehungen zwischen der BRD und der Türkei, ist es der Türkei nicht gelungen, die Guerillaeinheiten zu zerschlagen bzw. diesen die Unterstützung durch das kurdische Volk zu entziehen. Im Gegenteil: Der nationale Befreiungskampf befindet sich in einer Offensive gegen den türkischen Kolonialismus. Durch diese Situation gerät die Türkei mehr und mehr auch international unter Druck, die Existenz des kurdischen Volkes anzuerkennen. Deshalb werden neue imperialistische „Lösungs“-versuche der kurdischen Frage gesucht, wie z.B. das Versprechen sog. kultureller Autonomie. Dies ist der derzeitige Versuch, den nationalen Befreiungskampf für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung politisch zu isolieren und von der Bevölkerung abzutrennen. Für das kurdische Volk bedeutet diese „Autonomie“ keine Lösung, sondern eine Fortsetzung des Kolonialismus in anderer Form.

Das gemeinsame Interesse aller imperialistischen Staaten an der Türkei ist die Sicherung ihrer politischen und militärischen Einflußsphäre und die Aufrechterhaltung des status quo in dieser Region. Kurdistan ist ein ressourcenreiches Land, und nur der Bestand der Türkei in ihren heutigen Grenzen gewährleistet den ungehinderten Zugriff darauf und gleichzeitig die für das Kapital notwendige Kontrolle und Beherrschung der Völker des Mittleren und Nahen Ostens.

Die BRD hat 1980 innerhalb des westlichen Bündnisses mit der Koordinierung der Türkeihilfe die Aufgabe übernommen, die Stabilität der Türkei politisch, ökonomisch und militärisch zu gewährleisten. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Jährlich liefert sie 130 Millionen DM Militärhilfe, sie organisierte nach dem NATO-Putsch 600 Mio. DM Soforthilfe und verteilte 200 Mio. DM im Rahmen der OECD-Hilfen, um die

angeschlagene türkische Wirtschaft für das Kapital profitabel zu machen.

Zusätzlich zu den direkten finanziellen Leistungen liefert die BRD Militärmateriale an die Türkei und bildet in der BRD türkische Sondereinheiten für den Anti-Guerillakampf aus.

Die EG und vor allem die BRD haben darüberhinaus eigene Interessen. Die Türkei ist das Zugangsland zu den Ressourcen und Märkten des Nahen und Mittleren Ostens, auf die die EG-Staaten weit stärker als die USA angewiesen sind. In Nordwest-Kurdistan liegen wichtige Erdöl-Fördergebiete, große Rohstoffvorkommen, die wichtigsten Pipelines laufen durch kurdisches Gebiet.

Die Zersprengung der gegenwärtigen territorialen Ordnung durch den Sieg der kurdischen Revolution wäre gleichbedeutend mit der Bedrohung der politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Grundlage der Türkei und der imperialistischen Interessen in dieser Region. Aus dieser Perspektive heraus ist die Intensität verständlich, mit der sich die BRD seit 1984 um die kurdische Nationalbewegung „kümmert“:

durch Unterstützung bei der Bekämpfung des Befreiungskampfes mit Militär- und Polizeihilfe an die Türkei, parallel zum Versuch der Durchsetzung der „Autonomielösung“ und aktuell durch den Prozeß gegen zahlreiche Mitglieder und Anhänger der PKK in der BRD als Teil des Angriffs auf den nationalen Befreiungskampf.

Mit dem bevorstehenden Schauprozeß in Düsseldorf erreichen die Repressalien gegen die Kurdinnen und Kurden hier ihren vorläufigen Höhepunkt. Es ist kein Zufall, daß der Prozeß gerade in der BRD stattfindet. Nicht nur, weil hier das Instrumentarium der Staatsschutzgesetze am weitesten entwickelt worden ist, sondern auch die meisten Erfahrungen mit dessen Anwendung gemacht worden sind. Wenn heute der § 129 — dieser „alte Knüttel gegen Revolutionäre“ (so RA C. Croissant) — gegen ausländische Befreiungsbewegungen angewandt wird, unterstreicht die BRD damit ihren imperialistischen Führungsanspruch in Europa. Wir müssen nicht nur alle politischen Kräfte mobilisieren, um diesen Schauprozeß juristisch und politisch zum Scheitern zu bringen. Wir müssen uns verstärkt gegen die imperialistische Politik der BRD und EG zusammenschließen, von der dieser Prozeß nur ein Ausdruck ist. Für uns, die fortschrittlichen Kräfte und revolutionäre Linke in der BRD, ist es eine politische Notwendigkeit, die Ziele, die mit diesem Prozeß durch die BRD verfolgt werden, zu durchkreuzen. Deshalb ist es notwendig, uns mit den revolutionären nationalen Befreiungskämpfen zu solidarisieren.

Wir werden mit der Demonstration am 21. Oktober unsere Solidarität mit den kurdischen Gefangenen und dem nationalen Befreiungskampf zum Ausdruck bringen!

Einstellung aller politischen Verfahren gegen Kurdinnen und Kurden, Freilassung der in der BRD Inhaftierten!

Schluß mit der Polizei- und Militärhilfe an die Türkei!

Kampf den Angriffen der BRD gegen den Unabhängigkeitskampf Kurdistans!

Den Kampf gegen Imperialismus und Faschismus in der BRD organisieren!

Solidarität mit dem nationalen Befreiungskampf in Kurdistan und dem Widerstand in der Türkei!

Hoch die internationale Solidarität!

Unterzeichner und Unterzeichnerinnen: (Stand: 9.10.1989)

Nahostgruppe Bonn, Autonomes antiimperialistisches Regionalplenum NRW zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Kurdistan, Arbeitskreis Internationalismus des Infoladen „Anschlag“, Bielefeld, Irland-Solidarität Gießen, Autonomes Antifa-Plenum Gießen, Freunde und Freundinnen des kurdischen Volkes Gießen, AK Kurdistan München, Revolutionäres Block-Plenum Hamburg, Kurdistan-Solidarität Hannover, Initiative Internationale Solidarität — Kurdistan Solidarität / Bremen, Kurdistan-Solidarität Osnabrück, BWK, Volksfront, VSP, Kurdistan-Solidaritätskomitee Nürnberg, Solidaritätskomitee mit den kurdischen politischen Gefangenen Ruhr, Freunde des kurdischen Volkes Hamburg, Aktionskreis für die Freilassung der kurdischen Gefangenen Bielefeld, Freundeskreis des kurdischen Volkes, Stuttgart.

Feyka Kurdistan begrüßt diesen Aufruf der westdeutschen Organisationen.

Die türkischen und kurdischen Organisationen ERNK, SVP, TKP(B), THKPC(Acilciler) und Sosyalist Gazetesi rufen auch zur Demonstration auf. Mit weiteren Organisationen werden noch Verhandlungen geführt.

Unterstützerinnen und Unterstützer der Demonstration: (Stand: 9.10.1989)

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Gruppe „Asyl für die von der Todesstrafe bedrohten Chilenen, Frankfurt, MLPD.

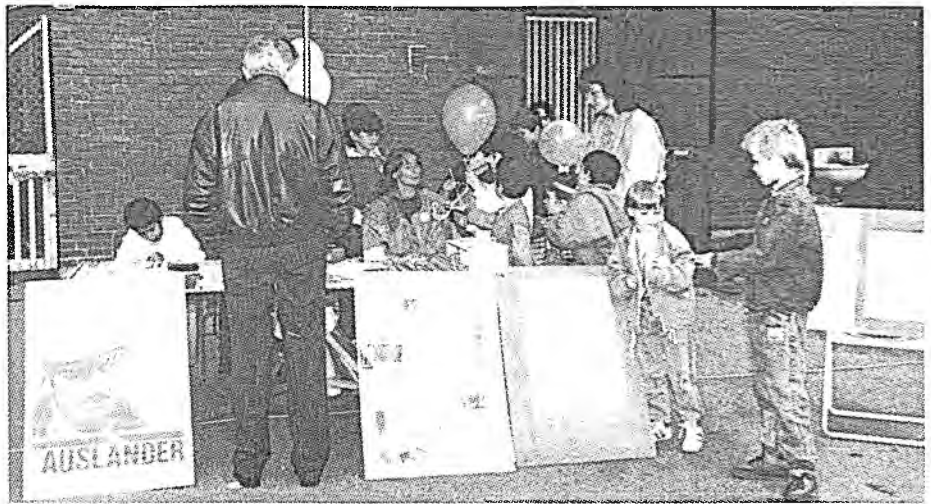
Keine Geschäftsbeziehungen mehr zu „Südafrika-Banken“

Elbmarschen. Auf Antrag der Grünen wurde im Pinneberger Kreisrat mit den Stimmen der SPD im Kreis festgelegt, daß in Zukunft keine Kredite mehr bei Banken aufgenommen werden, die direkte Geschäfte mit Südafrika tätigen. Weiterhin soll der Kreis den schleswig-holsteinischen Landkreistag und das Land Schleswig-Holstein auffordern, entsprechend zu handeln.

In Elmshorn ist der Antrag der WGE/ Die Grünen, der die sofortige Kündigung der Geschäftskonten bei allen Banken, die Geschäftsbeziehungen zu Südafrika unterhalten (für Elmshorn die Deutsche, Dresdner und Commerzbank), Umschuldung der laufenden Kredite, in Zukunft keinerlei Geschäftsbeziehungen mehr sowie Unterstützung des ANC in Höhe von 3000 DM, von SPD und CDU abgelehnt worden. Ein abgeschwächter SPD-Antrag, von der WGE unterstützt, legt die Stadt nun fest, daß in Zukunft keine Kredite mehr bei Banken aufgenommen werden, die Geschäfte mit Südafrika betreiben und die Geschäftskonten der Stadt sind bei den betreffenden Banken „in einem angemessenen Zeitraum“ aufzulösen. — (sip)

AL bringt Ausländerwahlrecht allein ein

Westberlin. AL und SPD haben sich auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf zum Wahlrecht für Ausländer zu den Bezirksverordnetenversammlungen geeinigt. Diesen Entwurf will die SPD entgegen der Koalitionsvereinbarung über die sofortige Einführung des Ausländerwahlrechts nicht unverzüglich ins Abgeordnetenhaus einbringen. Sie will das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum schleswig-holsteinischen Gesetzentwurf abwarten. Im Koalitionsausschuß, der für Streitigkeiten zuständig ist, erweckte die SPD dann sogar den Eindruck, sie sehe über einen Bruch der Koalitionsvereinbarungen durch die AL hinweg und verzichte großmütig darauf, die Koalitionsfrage zu stellen. Laut Absprache dürfen nämlich Gesetzentwürfe nur gemeinsam von beiden Fraktionen eingebracht werden. Die Absicht der AL-Mitgliederversammlung, die erzwungen hatte, daß der Gesetzentwurf jetzt eingebracht wird, nämlich Druck auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts auszuüben, dürfte durch die vorab gegebenen Unterwerfungserklärungen der SPD und ihre Änderungsvorbehalte unterlaufen sein. Der Entwurf selbst enthält eine weitere Einschränkung des Wahlrechts, weil dies an das Vorliegen einer unbefristeten Aufenthaltsberechtigung oder den Status eines heimatlosen Ausländers gebunden ist. Insbesondere ausländische Frauen haben oft trotz Erfüllung der Voraussetzungen keine unbefristete Genehmigung. — (chk)



Köln-Mülheim. Zum Abschluß der Aktionswoche „Mülheimer Freiheit“ fand am 30.9.89 ein Fest statt, an dem sich zahlreiche Organisationen, darunter Kirchengemeinden, beteiligten. Die Veranstalter wenden sich gegen aufkommende Fremdenfeindlichkeit und erklärten in einem Aufruf zur Aktionswoche: „Mülheim war immer ein Ort, an dem Verfolgte Zuflucht fanden.“ — (u.b/gba)

IG Medien Freiburg unterstützt SWAPO

Freiburg. In einem Beschluß des Ortsvereinsvorstandes heißt es: „Der auf Grundlage der Beschlüsse der UNO in Namibia in Gang gebrachte Unabhängigkeitsprozeß und die am 1. November zum ersten Mal stattfindenden Wahlen bieten eine Chance, die nunmehr 70jährige völkerrechtswidrige Besetzung Namibias durch das südafrikanische Regime zu beenden. . . . Vor allem verurteilen wir die Einschüchterungsversuche gegen die nicht südafrikatreue Presse und die Einmischung durch deutsch-namibische Zeitungen wie die ‚Allgemeine Zeitung‘ und den ‚Windhoek Advertiser‘ (beide im Besitz des konservativen Westfalen-Blatts Bielefeld), die als Sprachrohr rechtsstehender Autoren in Namibia dienen. Deshalb unterstützen wir nach unseren Kräften die Informationsarbeit der Freiburger Südafrika-Kampagne und begrüßen die Spendensammlung zur Unterstützung des Wahlkampfes der SWAPO . . .“ — (jli)

Deserteur-Denkmal in Ulm muß abgebaut werden

Ulm. Einen vorläufigen Schluß findet die Auseinandersetzung um das Denkmal mit seiner Entfernung durch die Initiative „Den Deserteuren ein Denkmal“ selbst. Die Gruppe hatte die Skulptur im Innenhof eines ehemaligen Fabrikgeländes errichtet, 300 Personen waren zur Enthüllung gekommen. Danach beantragte sie bei der Stadt, einen öffentlichen Platz zur Verfügung zu stellen. Die FWG entfachte eine Hetze gegen die Ehrung von Deserteuren. Im Kulturausschuß beschlossen CDU und FWG gegen SPD und Grüne, daß das Mahnmal

weg muß und daß kein anderer Platz zur Verfügung gestellt wird. Bei der Sitzung sprach Prof. Henne als Berater mit Berufung auf die „alten Kameraden“ gegen das Deserteur-Denkmal. Nichts genutzt hatte das Angebot von Grünen-Stadträten, das Denkmal in ein „Mahnmal für den Frieden“ umzubenennen. — (clr)

Widerstand gegen „Landesmuseum Schlesien“

Hildesheim. BWK, Die GRÜNEN, Die Sülte e.V., DKP, Initiative „Der Laden“, Kulturfestival e.V. und Volksfront schrieben jüngst einen gemeinsamen Brief an die Botschaft der Volksrepublik Polen. Sie verurteilen die völkerrechtswidrige, auf Schürung von Aggression gegen die VR Polen gerichtete Zielsetzung des geplanten Museums und die vorgesehene Propagierung altbekannter Kriegsziele. Sie wenden sich gegen den Versuch des Oberstadtdirektors Buerstedde (CDU) und des OB Klemke (CDU), im Rahmen der Polenreise Kohls Städtepartnerschaften zur VR Polen bei Fortbestand der revanchistischen Städtepartnerschaften der Stadt Hildesheim zu „Lauban“ und „Neisse“ in die Wege zu leiten. Sie bitten die VR Polen um eine Stellungnahme. Hermann Meyer-Hartmann, HAZ-Chefredakteur, griff am 29.9. mit einem Kommentar an. Der wesentlichste Dorn ist ihm, daß die Unterzeichnerorganisationen sich gegen eine Beseitigung des Status Quo in Europa durch die BRD wenden. Und daß für dieses Ziel die GRÜNEN und andere mit kommunistischen Organisationen zusammenwirken. Er meint, er könne den Brief durch Klassifizierung als „Ton, den Karl-Eduard von Schnitzler in seinen Hetztiraden gegen den ‚Klassenfeind Bundesrepublik‘ anschlägt“, aus der Diskussion drücken. — (rab vt)

Kommunalwahlen NRW

REP in kommunalen Gremien — Widerstand verstärken!

Essen. Die Kommunalwahlen in NRW haben der faschistischen Parteibildung einen neuen Schub gegeben. Zwar konnten die REP nicht flächendeckend kandidieren. Doch in sieben der 13 kreisfreien Städte, in denen sie kandidierten, erreichten sie Ratsmandate, ebenso in zwei der elf Landkreise, in denen sie zur Wahl standen. Damit sind die REP in Köln, Düsseldorf, Leverkusen, Gelsenkirchen, Dortmund, Hagen und Hamm, im Kreis Recklinghausen und im Märkischen Kreis in den kommunalen Wahlkörpern vertreten. Hinzu kommen Mandate in mehreren kreisangehörigen Städten wie Marl und Minden.

Gegenüber der Europawahl konnten die REP in der Regel auch dort, wo sie keine Mandate erreichten, ihre Stimmen steigern. In einigen Städten konnten sie sogar mehr Stimmen auf sich vereinigen,

strengungen. In diesen Großstädten lag die Wahlbeteiligung meist unter dem Landesdurchschnitt. Gleichzeitig ist der Anteil ausländischer Arbeiter, die nicht wählen dürfen, überdurchschnittlich hoch. Der vielerorts entwickelte antifaschistische Widerstand konnte gegen die Wahlerfolge der REPs bisher kaum etwas ausrichten.

Die CDU, von der nach einer Umfrage des Infas-Instituts ein großer Teil der REP-Wähler kommt, verlor stark. SPD und Grüne hielten in etwa ihr Ergebnis von 1984, erlitten in ihren Hochburgen jedoch in der Regel Verluste. Die FDP konnte mit ihrem stramm auf die Förderung der Konzerne ausgerichteten Wahlkampf erheblich Stimmen gewinnen und in einige Stadträte einziehen, in denen sie über zehn Jahren nicht mehr vertreten war.

der Linke Liste, die nur in 24 von 42 Wahlbezirken kandidierte, erhielt 799 Stimmen.

Bereits am Wahlabend fanden in einigen Städten Aktionen gegen den Einzug der REP in die Stadträte statt. In Köln demonstrierten über 800 Leute, in Dortmund 300. Dieser Widerstand muß verstärkt werden, vor allem durch eine Kampagne für das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Ihre Diskriminierung ist der entscheidende Ansatzpunkt faschistischer Hetze. Gleichzeitig müssen die Grundsätze und Forderungen einer antifaschistischen Kommunalpolitik weiter entwickelt werden.

Von der SPD und den Grünen ist hier nichts zu erwarten. Sie haben sich am antifaschistischen Widerstand kaum beteiligt. Die SPD hat bereits nach den Europawahlen erklärt, daß sie einen geplanten Gesetzentwurf für das kommunale Wahlrecht für Ausländer vor den Landtagswahlen im Mai 1990 nicht mehr in den Landtag einbringen will, wodurch sie den Faschisten weiteren Raum gelassen hat. Zu befürchten ist, daß sie ebenso wie die Grünen jetzt noch weiter nach rechts geht.

Um so wichtiger ist es, die Zusammenarbeit der antifaschistischen Kräfte zu verbessern. Da eine hohe Wahlbeteiligung wichtig ist, um den Einzug der REP in den Landtag zu verhindern, ist es notwendig, daß eine solche Zusammenarbeit auch bei der Stimmabgabe zum Ausdruck gebracht werden kann. Dies wäre z.B. möglich, wenn es eine offene Liste der DKP gäbe. — (wof)

Der Landeswahlleiter gab am Montag kurz nach Mitternacht in Düsseldorf das vorläufige amtliche Endergebnis der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl bekannt.

Wahlberechtigte	12 879 023		12 605 567	
Abgegebene Stimmen	8 440 560	65,5	8 296 300	65,8
Gültige Stimmen	8 293 335		8 167 160	
<hr/>				
	1989		1985	
SPD	3 561 843	42,9	3 471 231	42,5
CDU	3 110 879	37,5	3 447 118	42,2
Grüne	690 864	8,3	665 532	8,1
FDP	536 752	6,5	394 119	4,8
DKP	26 400	0,3	35 952	0,4
Zentrum	2 831	—	2 213	0,0
NPD	10 816	0,1	117	0,0
DVU	1 408	—	—	—
HP	202	—	—	—
MLPD	1 917	—	—	—
ÖDP	12 703	0,2	—	—
Patrioten	207	—	—	—
REP	193 691	2,3	—	—
WGR	129 195	1,6	142 471	1,7
Einzel	2 111	—	8 407	0,1

Quelle: Frankfurter Rundschau v. 3.10.89

als REP, DVU-Liste D und FAP bei den Europawahlen zusammen erhielten. Die NPD, die nur in Wuppertal stadtweit kandidierte, erhielt dort 3,2% der Stimmen. Die Nationale Wählerliste (NL), ein Bündnis von NPD und DVU mit ehemaligen REP-Mitgliedern, das in Essen zu vier Bezirksvertretungen kandidierte, erhielt zwischen 0,9% und 1,3% der Stimmen. Die ÖDP lag zwischen 0,1% (Köln) und 2,4% (Kreis Wesel).

Damit konnten sich die REP als entscheidende Kraft einer faschistischen Parteibildung bestätigen. Ihre Stimmen sind keine „Proteststimmen“, es ist ihnen offensichtlich gelungen, sich vor allem in den Großstädten eine Basis zu verschaffen, und dies ohne große An-

Erfreulich ist allein, daß die Kräfte, für die Antifaschismus und Arbeiterinteressen maßgeblich sind, in der Regel nicht so schlecht abschnitten. Die DKP verlor zwar auf Landesebene, doch ist dies vor allem der Tatsache geschuldet, daß sie das erste Mal seit langem nicht mehr flächendeckend kandidierte. In vielen anderen Städten erzielte sie Stimmengewinne, in Bottrop erreichte sie 9,3% (1984: 8,5%), in Gladbeck 8% (6,7%). Mit der Ausnahme von Hattingen konnte sie auch in den anderen Städten, in denen sie Ratsmandate hatte, wieder in die Räte einziehen. Die MLPD erhielt in Gelsenkirchen 812 Stimmen (0,6%), in Duisburg 1030 (0,5%). Die von DKP und VSP getragene Dortmun-

ABB-Konzern Streiks gegen Verlagerung

Mannheim. Die gewaltige Umstrukturierung des ABB-Konzerns, die seit einigen Jahren betrieben wird und noch einige Jahre dauern soll, ist voll am Laufen.

Stichwort: Weltweite Zentralisierung der verschiedenen Produktionsstandorte, Schließung von „Doppel“-Produktionen — ein wichtiger Aspekt der Umstrukturierung, wegen dem es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Belegschaft und Geschäftsleitung gekommen ist.

Am 18. September dieses Jahres ist bekannt geworden, daß ABB die Produktion von supraleitenden Magneten bei der italienischen Tochter Ansaldo konzentrieren will. Für das Werk in Mannheim-Käfertal soll das bedeuten: Wegfall von ca. 200 Arbeitsplätzen. In der Vergangenheit hat die Geschäftsleitung die Magnetefertigung immer wieder als „interessantes Zukunftsgebiet“ erklärt. Immer wieder hat die Geschäftsleitung gerade auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen bei ABB von wachstumssträchtigen Zukunftsproduk-

tionen gesprochen.

Immer mehr erweisen sich die Versprechen der Geschäftsleitung als Seifenblasen. Am 19. und 20. September haben bis zu 1500 Beschäftigte die Arbeit für eineinhalb Stunden niedergelegt. Vieles ist unklar: Hat die Geschäftsleitung zunächst von Ersatzarbeitsplätzen gesprochen, so stellt sich nun die Frage: Wo? Im Werk Käfetal oder in irgend einem Werk in der Bundesrepublik? Noch auf der Aufsichtsratssitzung zehn Tage vorher hat die Geschäftsleitung, als es um die Magnetfertigung ging, kein Wort wegen Produktionsverlagerung gesagt — gemäß der bewährten Taktik: Übertumpeln und Tatsachen schaffen.

Irreführend behauptet die Geschäftsleitung, die Magnetfertigung sei „alles in allem nie ertragbringend“ gewesen. Richtig daran ist nur so viel, daß der Forschungsanteil zur Zeit noch sehr hoch ist, da es sich für den Konzern um ein sehr wichtiges Zukunftsgebiet handelt. Einen großen Anteil davon hat aber das Bundesforschungsministerium bezahlt. Wie hoch ist dieser Anteil?

ABB macht bekanntlich Riesenprofite. 1988 stieg der Gewinn vor Steuern nach offiziellen Angaben um 70% auf 390 Mio. Dollar. In diesem Jahr wird der Gewinn noch mal gewaltig wachsen. Bis jetzt hat die Geschäftsleitung die Notwendigkeit der Umstrukturierung mit der „Ertragsschwäche“ begründet und auf zukünftige bessere Zeiten verwiesen. Glänzende Zeiten sind angebrochen, aber ausschließlich für die bei ABB beteiligten Kapitalisten. — (scr)

Strafvollzug

Medizin in der JVA Straubing

Die Hungerstreiks dieses Jahres haben auch die Wirkung gehabt, daß sich eine etwas breitere kritische Öffentlichkeit für die Zustände im Strafvollzug interessiert. So hat eine Münchner Stadtzeitung („Prinz“, Okt. 1989) einen sorgfältig recherchierten und dokumentierten Artikel über die Justizvollzugsanstalt Straubing veröffentlicht. Darin wird belegt, daß in Straubing noch immer massiv Psychopharmaka eingesetzt werden, um die innere Haltung von Patienten zu brechen.

Der bis 1982 dort praktizierende Anstaltsarzt Dr. Last hatte von einem Regensburger Pharma-Unternehmen für 193 Patienten das Neuroleptikum Dapotum-D gratis erhalten und in einer Fachzeitschrift über seine Beobachtungen berichtet: Menschenversuche. Jedoch geschah die Behandlung nicht einfach aus wissenschaftlicher Grausamkeit eines einzelnen Arztes heraus, sondern auf Anordnung der Anstaltsleitung. Zwei Ärzte, die Nachfolger von Dr. Last wurden, hielten den Druck nicht aus und

mußten gehen.

Die psychiatrische Abteilung von Straubing heißt das „Haus III“. Neuzugänge werden zunächst in die „Trockenzelle“ verlegt, in der Boden, Wände und Decke grün gefliest sind. Die Temperatur beträgt ständig 25 Grad. Frischluft kommt durch ein Gebläse, Toilette und Waschbecken sind aus Metall. Die Wasserzufuhr kann nur von außerhalb der Zelle reguliert werden, der Inhaftierte ist also von den Launen der Aufseher abhängig, die z.B. imstande sind, solange die Wasserspülung zu betätigen, bis der Kot dem Häftling um die Füße schwimmt. Das Bett, mit Gummimaträtze und Kopfkeil, ist auf einen Betonsockel geschraubt. Zwischen acht Tagen und sechs Wochen kann der Aufenthalt in dieser Zelle dauern. Danach wird der Gefangene je nach Zustand in eine Einzelzelle oder in den Krankensaal zur psychiatrischen Behandlung untergebracht.

Bereits während der folterähnlichen Zeit in der „Trockenzelle“ werden Patienten mit Neuroleptika behandelt. Beispiele zeigen, daß eine jahrelange Behandlung mit diesen Medikamenten dazu führt, daß Häftlinge, die sich vorher klar schriftlich äußern konnten, nur noch zu Strichmännchen und kaum nachvollziehbaren Gedankensprüngen in der Lage sind. Ehemalige Häftlinge, die nur einmal eine Spritze mit Dapotum-D erhielten, berichten über jahrelange schmerzhaftige Nachwirkungen. Fachautoren schreiben, daß Neuroleptika „Lebewesen auf die Stufe eines Halbautomaten reduzieren“. Käthe Lieder, die sich seitens der Grünen seit etwa vier Jahren um den Strafvollzug in Bayern kümmert, hat erklärt, daß Häftlinge nach jahrelanger Verabreichung von Neuroleptika nicht mehr vollzugstauglich sind.

Justizministerin Berghofer-Weichner zu Straubing: „Gesunden Gefangenen ist das Medikament „Dapotum-D“ nicht verordnet worden. Kein Gefangener ist gegen seinen Willen mit dem Medikament behandelt worden.“ — (ael)

Fuba

Ausländeranteil stark dezimiert

Hildesheim. Im Elektroindustrialbetrieb Fuba, der hauptsächlich Nachrichtenübertragungsgeräte produziert, ist der Anteil ausländischer Arbeiter in den letzten zehn Jahren drastisch reduziert worden. Mitte der 60er Jahre, Fuba stellte zu der Zeit Radio- und Fernsehantennen her, wurden 1350 Menschen beschäftigt. Darunter ca. 300 Ausländer (22%). Mitte der 70er Jahre fiel dieser Prozentsatz erheblich: 1200 Beschäftigte, davon 180 ausländische Arbeiter (ca. 15%). Die Produktion wurde ausgedehnt. Gemeinschaftsantennenanlagen herzustellen, erforderte mehr Fach-

kräfte. Ausländer kommen dabei in der Regel schlecht weg. Die Geschäftsführung muß die ausländerfeindliche Beschäftigungspolitik verkaufen. Verschiedentliche Aussagen berufen sich stets auf die Minderqualifikation ausländischer Arbeiter, die „bedauerlich“ sei. Der Betriebsrat kritisierte öfter, daß auch im Montagebereich der Anteil ausländischer Frauen stark zurückgegangen ist. Die Geschäftsleitung erklärte meist, dies sei im Selbstlauf geschehen und keine geplante Personalpolitik. Nun konnte aber der Betriebsrat nachweisen, daß bei den Neueinstellungen der Anteil der ausländischen Bewerber bei etwa 23% lag. Eingestellt wurden demgegenüber höchstens zehn Prozent. Daraufhin begründete der Personalchef rassistisch, man müsse eben auf die Leistungsfähigkeit achten, wenn ein Betrieb konkurrenzfähig bleiben will. Mittlerweile beuten die Fuba-Kapitalisten wieder über 1400 Menschen aus. Darunter befinden sich ganze 35 ausländische Arbeiter! 2,5 Prozent Anteil ausländischer Beschäftigter ist ein Novum in der Elektroindustrie. Bei Bosch/Blaupunkt sind immerhin 13 Prozent Nichtdeutsch. Die Produktpalette entspricht in etwa dem der Fuba-Erzeugnisse. Daraufhin vom Betriebsrat angesprochen, antwortete der Personalchef brüsk, es gäbe halt solche und solche Ausländer. Hildesheim sei eine Großstadt, in der viele Ausländer lebten. Bad Salzdetfurth (Fuba-Standort) müsse wesentlich auf den dörflichen Einzugsbereich zurückgreifen. Daraufhin stellte der Betriebsrat auf der Betriebsversammlung im September fest, daß die Qualifikation der Menschen deutscher Abstammung ebenfalls in den dörflichen Gebieten stark hinter dem der städtischen Bereiche hinterherhinkt. Die Vertrauenskörperleitung plädierte auf dieser Versammlung für ein Kommunales Wahlrecht für Ausländer. — (mal)



Ausländer sind bei Fuba rar geworden. Ihr Anteil liegt bei 2,5 Prozent.

Kinderbetreuung im Kreis Waldshut

CDU versucht mit allen Mitteln Hortinitiative auszutricksen

Waldshut. Im Kreis Waldshut, einem ländlich strukturierten Kreis am Hochrhein, gibt es zwar fast überall Kindergärten, die Kinderbetreuung ist jedoch längst nicht sichergestellt. Es gibt eine Kinderkrippe im Ostteil des Kreises, eine Tagheimgruppe á 20 Kinder in Bad Säckingen und Waldshut sowie einen Hort in Tiengen.

Im März 1989 wurde von Eltern der Kindertagesstätte eine Initiative für die Einrichtung eines Schülerhortes gegründet. Durch Umfrage an den Kindergärten und Schulen ermittelte die Hort-Initiative einen Bedarf von über 25 Plätzen für das Jahr 1989/90. Im April schickte sie ein Schreiben an alle Partei-

geboten des Hortes teilnehmen. Die Hortkinder sollen andererseits auch ihre Freunde besuchen können. Im Juni beschloß der Kreistag (absolute CDU-Mehrheit), 50% der Personalkosten für die einzurichtenden Horte zu übernehmen.

Die entsprechende Konzeption erkennt zwar den Bedarf für Kinder berufstätiger Mütter an, aber: „ein erster Schritt“ kann „nur darin bestehen, das Angebot an Einrichtungen für Kinder mit Erziehungs- und Sozialisationsdefiziten auszubauen“.

Die Hort-Initiative nahm auf ihren Brief hin im Verlauf Gespräche mit Gewerkschaftsfrauen, Frauenbeauftragten,

len die Sachkosten und die restlichen Personalkosten decken.

Ab Zeitpunkt der Antragstellung wurde das Spiel der CDU-Riege, vereinigt mit der Katholischen Kirche, sichtbar, die Hortinitiative auszutricksen. OB Dresens Antwort auf den Antrag: Die Stadt wolle sich trotz Zuständigkeit des Landratsamtes der Gesamtverantwortung nicht entziehen. „Nach meinem Vorschlag sollten der Landkreis 50%, die Stadt 25% und der Träger ebenfalls 25% der nicht durch Einnahmen, wie beispielsweise Elternbeiträge, Spenden etc. gedeckten Kosten tragen“; wohl wissend, daß die AWO die nötigen Mittel dazu nicht hat. Ganz am Schluß seines Antwortbriefes rückt er dann damit heraus, daß angeblich bereits im Juni die Katholische Pfarrgemeinde in Verbindung mit der Caritas einen Antrag auf Trägerschaft gestellt habe. Die CDU steht offensichtlich unter Druck: wenn schon Hort, dann wenigstens katholisch.

Auf der Sozial- und Verwaltungsausschußsitzung Ende August stellte die CDU den Antrag auf Unterstützung der Caritas. OB Dresen stellte die Sache nun so dar: AWO und Caritas wollten beide einen offenen Hort, nur die Caritas habe aber eigene Räume. Außerdem würden Horte eh bald überflüssig, da an der Grundschule bereits das Pilotprojekt für Vormittagsbetreuung (!!!) der Grundschüler beantragt sei. Da gäbe es bestimmt ein leeres Klassenzimmer. Inzwischen ist bekannt, daß das Projekt ohnehin nicht durchführbar ist. Der Antrag der CDU wurde gegen die Stimmen von SPD, Grünen und FWV angenommen.

Die Initiative erklärte öffentlich, daß sie an ihrem Projekt mit der AWO trotzdem festhalte. Die von der Caritas vorgeschlagenen Räume seien völlig ungeeignet, da zu klein, ohne Außenspielflächen und in einem Wohnhaus mit vorwiegend alten Menschen. Die AWO und die Ini begaben sich krampfhaft auf die Suche nach Räumlichkeiten. Obwohl die evangelische Kirchengemeinde der Initiative eine schriftliche Zusage für die Nutzung der Räumlichkeiten im evangelischen Gemeindehaus gemacht hat, werden jetzt alle möglichen Gründe dagegen vorgeschoben. Die SPD stellte zur letzten Gemeinderatssitzung vor den Kommunalwahlen einen Antrag auf Räumlichkeiten für die AWO und Personalkostenzuschuß. OB Dresen ließ an diesem Tag keine Sozial- und Verwaltungsausschußsitzung stattfinden, obwohl das bisher immer so war.

Im September erhielt die Initiative einen Brief von Dresen mit dem Schreiben der Caritas, wie sie sich den Hort nun vorstellt. Sie will ihre Räumlichkeiten ausbauen und Außenanlagen schaffen. Die Eltern sollen jetzt zur Konzeption gehört werden. Trotz Bedenken gegen einen konfessionellen Hort will sich die Initiative mit der Caritas auseinandersetzen, ohne ihr Konzept aufzugeben. — (irb, rew)



Mit 654 Luftballons = gesammelten Unterschriften wurde am Einschulungstag für einen Hort demonstriert.

en, Wohlfahrtsverbände, Kreis, Gemeinde und Kirchen mit der Bitte, die Einrichtung eines Hortes in Waldshut zu unterstützen. Zuerst lud der CDU-Stadtverband Mitglieder der Initiative ein. Sie forderten dort OB Dresen (CDU) auf, einen Schülerhort einzurichten. Er verwies jedoch auf die Freien Wohlfahrtsverbände, namentlich die AWO. Die CDU erkenne den Bedarf eines Hortes an, aber nur für Kinder mit „Defiziten“ und von Alleinerziehenden. „Doppelverdienern“ soll der Hort auf keinen Fall zur Verfügung stehen.

Das genau aber sieht das Konzept der Initiative nicht vor. Sie fordert einen offenen Hort, wo Kinder insbesondere auch von berufstätigen Eltern ganztag betreut werden. Er soll offen sein für Besucher. Kinder der Stadt können an An-

ASF, Kreisjugendamt etc. wahr, erstellte Presseartikel, Radiointerviews, und nahm am Stadtfest mit einem Infostand, Spielangeboten für Schulkinder teil, sammelte Unterschriften. Dagegen reagierten weder Caritas noch Katholische Kirche. Ende Juni fand dann ein Gesprächstermin mit der AWO statt. Sie begrüßt die Konzeption der Initiative und ist bereit, die Trägerschaft für den Hort zu übernehmen.

Man wurde sich einig, daß pädagogische Fragen Angelegenheit der Eltern und des Personals sein sollen. Mitte Juli stellte die AWO zusammen mit der Initiative Anträge bei der Stadt auf 25% der Personalkosten und entsprechende Räume und beim Kreis auf 50% der Personalkosten. Die Elternbeiträge (gedacht ist an 120 DM im Monat plus Essen) sol-

VW Hannover

Konzernexpansion ohne Kritik

Hannover. In dem anhaltenden Boom der Automobilindustrie nimmt der VW-Konzern zusätzlich eine Spitzenstellung unter den bundesdeutschen Herstellern ein. Allerorten zeigt sich VW mit den Ergebnissen zufrieden und ist bestrebt, weiter zu expandieren. Die Produktion in China soll in den nächsten drei Jahren verdreifacht werden. Ebenso wird munter an der Durchdringung der osteuropäischen Länder weiterkonzipiert. Vielleicht wichtigstes Beispiel: Ab 1990 sollen täglich 1000 Golf-Motoren auf überarbeiteten Fertigungsstraßen, auf denen bis vor kurzem in Hannover Polo-Triebwerke montiert wurden, aus Karl-Marx-Stadt zurück in die bundesdeutsche Fertigung fließen. Auch in Hannover schnellen die Umsatzzahlen geradezu hoch. Im Zusammenhang mit dem neuen Transportermodell spricht Werksleiter Dencker von „aggressivem Angriff“ auf Ford, die Nummer eins am Europäischen Nutzfahrzeugmarkt.

Die Presse, die der Konzern in den letzten Monaten erhält, ist beachtlich. Erneut haben HAZ und NP nach dem 50-Jahr Jubiläum eine Public Relation-Vergabe beilegt. Die sämtlich von VW Personal geschriebenen Beiträge preisen die technischen Errungenschaften der neuen Lackiererei und die Entwicklung des Transporters an. Kritik am Wirtschaften dieses Riesenbetriebes kommt in der ganzen Presse nicht vor. Ständige Wochenendarbeit, angekündigte Arbeitsintensivierung, Verschleißarbeitsplätze oder Grundwasserverseuchung tauchen nicht auf. Informationen darüber höchstens als Beiwerk zu Umsatz, Marktanteil, Steigerungsraten und Gewinn.

Tatsache ist, VW bestimmt die Arbeits- und Lebensbedingungen der direkt Beschäftigten, der Beschäftigten in Zulieferbetrieben und der Wohnbevölkerung und somit von Zehntausenden. Das sollte wohl Grund genug sein, daß sich politische Opposition in Hannover mit dem Wirtschaften von VW auseinandersetzt. So müßten auch Kommunalparlamente mit Ansprüchen der Wohnbevölkerung an ihre Reproduktionsbedingungen konfrontiert werden, ob diese nun Grundwasserverseuchung oder Verkehrsdichte betreffen. Genauso müßte allerdings z.B. auch die Frage, welche Auswirkungen 24 Samstagsschichten für 10000 Beschäftigte auf die Gesundheit der Betroffenen und die soziale Struktur ihrer Umgebung haben, eine Rolle spielen. Oder, welchen Arbeitsbedingungen die Beschäftigten in der hochgelobten neuen Lackiererei unterworfen werden. Allein eine solche Öffentlichkeit könnte betrieblicher Opposition, die statt Expansion und Umsatz Arbeiterinteressen



Fünf Mio. DM wurden bei der Transporterentwicklung für Rationalisierung angelegt.

durchsetzen will, nutzen. Bei dem derzeit öffentlich produzierten Bild muß allerdings auch die betriebliche Opposition beziehungsweise die Interessenvertretung unter Druck geraten. So wundert es auch nicht, daß der Betriebsrat von einer anfänglich ablehnenden Haltung gegenüber weiteren Sonderschichten und der Forderung nach Neueinstellungen dann nur noch bei dem Anspruch nach Freizeitausgleich für die Sonderschichten und einer Beschäftigungsgarantie bis Ende 1990 gelandet ist. — (rog)

Antifaschismus

Ärzttekammer gegen Pedersen

Flensburg. Die Auseinandersetzung um den Faschisten Pedersen und seine Frau Thora in Sörup zieht immer weitere Kreise. Der dänische Arzt hat Beziehungen zu Faschisten in verschiedenen Ländern, v.a. Dänemark. In der Gemeinde Sörup gibt es seit einigen Jahren eine Bürgerinitiative, die aus dem Widerstand gegen die Umtriebe dieser Faschisten entstanden ist und zunehmend gezwungen war, sich mit Angriffen Pedersens bzw. seiner Frau auf einzelne Bürger auseinanderzusetzen. Das Ehepaar begann 1987 mit der Herausgabe der „Söruper Rundschau“, einem faschistischen Hetzblatt, in dem die politischen Gegner diffamiert und beleidigt wurden. Dort und in anderen Flugblättern behauptete Pedersen, in den KZs seien nie Juden vergast worden. Die Gaskammern seien vielmehr Operationssäle gewesen. Am Volkstrauertag 1987 trat Thora Pedersen mit einem faschistischen Hetzblatt bei einer Gedenkfeier des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge auf, beschimpfte den Redner und die

Anwesenden, bespuckte ihn. Das daraufhin eingeleitete Verfahren ist noch immer nicht entschieden. Ihr Mann beleidigte öffentlich seine Gegner, benutzte seinen Berufsstand, um einen Mann ins psychiatrische Landeskrankenhaus in Schleswig einweisen zu lassen, was ihm aber nicht gelang und verprügelte seine Nachbarin, die auch zur Bürgerinitiative gehört. Beleidigungen, telefonische Drohungen und ähnliche Repressalien sind an der Tagesordnung. Presse und Fernsehen berichteten über die Auseinandersetzung. CDU- und SPD-Abgeordnete versprachen ihre Unterstützung.

Jetzt hat sich auch die Ärztekammer Schleswig-Holstein zu Wort gemeldet. Ihr Vorstand hat dem Sozialministerium mitgeteilt, daß aufgrund der ihm vorliegenden Erkenntnisse eine Voraussetzung für die Erteilung der Approbation bei diesem Mann nicht mehr gegeben sei. Die Ärztekammer begründete dies zum einen damit, daß Pedersens Verhalten „in hohem Maße geeignet ist, das notwendige Vertrauen der Patienten in den ärztlichen Berufsstand zu erschüttern“ und die Würde des ärztlichen Berufes zu schädigen. Weiter berief sich der Vorstand der Kammer auf die Äußerungen Pedersens, in den Konzentrationslagern habe nie eine Tötung durch Giftgas stattgefunden. Auch seine „ungeheuerlichen Rassetheorien“ werden als Begründung für diesen Schritt genannt. Es sei für die Ärztekammer unerträglich, daß Pedersen das Vertrauen der Bevölkerung in seinen Berufsstand ausnutze, um seinen Äußerungen Autorität zu verleihen.

Das Sozialministerium erteilte daraufhin dem Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg die Anweisung, Pedersen psychiatrisch begutachten zu lassen. Dies soll darüber Auskunft erteilen, ob er gesundheitlich in der Lage sei, seinen Beruf ausüben zu können. Damit wird die Auseinandersetzung noch stärker in die Richtung gedrängt, wer solche Behauptungen wie Pedersen aufstellt, der müsse schon verrückt sein. Zugleich wird dieser Schritt aber all denjenigen Kräften entgegenkommen, die die Auseinandersetzung auf der Ebene von „Einzeltätern“ gegen die Gemeinschaft der Demokraten halten wollen. Dazu zählt auch die Kirche. Beide Pastoren waren von Anfang an in den Streit direkt einbezogen. Einer von beiden wurde z.B. auch in der „Söruper Rundschau“ von Pedersen attackiert. Anfang Oktober veröffentlichten die Lokalzeitungen eine Anzeige von 31 Amtskollegen aus der Region, in der sie sich mit den Söruper Pastoren und ihren Familien im Kampf gegen „das Böse“ solidarisierten.

Wenn die Landesregierung trotz des Vorliegens der Erklärung der Ärztekammer erst ein Gutachten über den Geisteszustand von Pedersen braucht, um ihm wenigstens das Handwerk zu legen, zeigt das, wie sehr sie den Rechtsstaat zugunsten der Konservativen und Faschisten benutzt. (ans)

Von v. Dohnanyi zu Voscherau

Voscherau koppelt Senats-Politik ab von sozialen Anliegen

Hamburg. In etwa waren es die folgenden drei Erkenntnisse, die Hamburgs ersten Bürgermeister Klose (heute SPD-Bundesschatzmeister) 1981 den Sessel kosteten: 1.) „Lieber stelle ich 20 Kommunisten ein, als daß ich 200000 junge Menschen verunsichere.“ 2.) Angesichts ausufernder Wirtschaftssubventionen: „So würde ich heute nicht mehr ohne weiteres bereit sein, die Analyse vom Stamokap als ganz und gar falsch zurückzuweisen.“ Da half auch nicht mehr der Nachtrag: „Ich halte die Therapie-Vorschläge von Stamokap nach wie vor für nicht richtig.“ Daß er 3.) auf die Idee kam, der Ökologie müsse ein ähnlicher Stellenwert eingeräumt werden wie der Ökonomie, ging noch hin, seine Bedenken gegen das AKW Brokdorf

Aufscheinen der Profite im hellen Lichterglanz von Billigstrom und Subvention am Herzen liegt: Klaus v. Dohnanyi; Bildungsminister unter Brandt; Staatssekretär im Außenministerium unter Schmidt und vor dem Wechsel in seine väterliche Hansestadt SPD-Chef in Rheinland-Pfalz.

V. Dohnanyi war sich über Schein und Sein der bürgerlichen Republik soweit im klaren, daß er seine Regierungserklärungen nicht in der Bürgerschaft hielt sondern im „Übersee-Club“, dem exklusiven Zirkel des Hamburger Geldes. Als programmatisch kann die Rede „Unternehmen Hamburg“ vom 29.11.1983 gelten. Hier formulierte er die „Standort-Politik“. Vornehmste Aufgabe der Verwaltung sei es, den Unternehmen

formuliert habe, verfolgt zwar vornehmlich wirtschaftliche Ziele — aber nicht als Selbstzweck, sondern eben für mehr Arbeitsplätze, für die soziale sowie die kulturelle Leistungsfähigkeit der Stadt.“ „Allerdings bedeutet dies auch, daß wir in Hamburg eine Politik betreiben müssen, die stets an der Spitze des sozialen Ausgleichs steht.“ „Aber die sozial Schwachen werden nur dann wirklich geschützt werden können, wenn die Starken in Hamburg auch als Steuerzahler bleiben.“ Zusammengefaßt (man sieht, der Mann von Adel machte aus seinem Herzen keine Mördergrube): „Alles, was dem Unternehmen nützt, nützt auch den Arbeitnehmern ... Dies ist meine tiefe Überzeugung.“ Das erzähle er auch „drüben, im Gewerkschaftshaus“.

Selbst vorausgesetzt, daß er meinte, was er sagte, war dies natürlich eine Kampfansage an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, und bei weitem nicht nur an diese. So gab es denn auch keine Einstellung der Kampfhandlungen zugunsten der Hoffnung auf Brosamen vom Tisch des Reichtums, der Begriff „Standort-Politik“ ist zum Inbegriff dessen geworden, was zu bekämpfen ist.

Die Kapitalisten schätzten den Mann. Förmlich gerissen haben sie sich darum, mit ihm speisen zu dürfen, den Oppositionsführer hat man in Sachen reputierlicher Termine schier ausgehungert. Dann jedoch stellte sich heraus, daß es ihm irgendwie ernst gewesen sein muß mit der „Sozialverantwortlichkeit“ des Reichtums, Liberalität etc. pp. Mit den Hafenstraßenbewohnern schloß er Pachtverträge ab. Den Knebel-Charakter dieser Verträge erpreßte er mit einem Polizeiaufgebot von mehreren tausend Mann. Aber er ließ diese Mannen nicht marschieren. Auf einem Nord-Symposium zum „Süd-Nord-Gefälle“ stellte daraufhin Edzard Reuter fest, daß eine Stadt, die mit der Hafenstraße nicht aufräume, nicht investitionswürdig sei. V. Dohnanyis politisches Schicksal in Hamburg war damit besiegelt.

Voscherau: „Selbstbehauptung des Stadtstaates“

Henning Voscherau war kein Unbekannter, als er im Juni 1988 das Bürgermeisteramt übernahm. Ehrgeizig versuchte er schon 1985 beim sogenannten Müllskandal eine Palastrevolution. Vordergründig ging es um „überhöhte“ Müllgebühren. Hintergrund war die Forderung des Rechnungshofes nach vorzeitiger Kündigung der Lohntarife bei den Müllwerkern. Die Stadtreinigung, zu 90% in der ÖTV organisiert, schottete



Klose stolperte über Brokdorf (Bild links); v. Dohnanyi über die Hafenstraße. Voscherau will jeden Einfluß der politischen Opposition auf den Senat unterbinden.

waren zuviel. Hamburg hängt an vier Kernkraftwerken und Billigstrom hieraus gehört zu den heiligen Kühen der „Wirtschaft“. Handelskammer, Springer-Presse und die rechte SPD, die Krach mit den vorgenannten überhaupt nicht schätzt, übersetzten sich Kloses Gedankengänge so: Der will vor allem Kommunisten einstellen, dann die Wirtschaft verstaatlichen und schließlich dafür sorgen, daß die Lichter ausgehen.

V. Dohnanyi gründet das „Unternehmen Hamburg“

Nach dem Rücktritt Kloses, der 1981 entnervt das Handtuch warf, war schnell einer gefunden, bei dem die Kapitalisten sich sicher sein konnten, daß ihm das

Steine für das Ansiedeln und Ausbeuten in Hamburg aus dem Weg zu räumen. Nicht wenige Mitglieder der SPD waren geschockt, die Frage, wie der Mensch in die SPD geraten konnte, wurde öffentlich gestellt — und beantwortet: Antifaschismus sei es gewesen, der ihn, den vormaligen Ford-Manager, zur SPD gebracht habe, erwachsen aus der Erfahrung der Ermordung seines Vaters wegen Beteiligung an der Anti-Hitler-Aktion vom 20. Juli 1944.

Interessant, und deutlich unterschieden von seinem Nachfolger, waren dann auch die Aussagen, die er vorhielt, um die Notwendigkeit der Fettlebe der Kapitalisten zu begründen. Eine kleine Auswahl: „...Standort-Politik“, wie ich sie

sich gegenüber dem Senat ab. Der Gewerkschaftsflügel widersetzte sich — für Voscherau der „Beginn der Unregierbarkeit der Stadt“. Durch den spektakulären Rücktritt vom Vorsitz der SPD-Bürgerschaftsfraktion wollte er die Machtprobe und wurde von der Springer-Presse schon als Königsmörder gefeiert. Wie das bei so Ehrgeizigen manchmal passiert, unterschätzte er die widerstrebenden Kräfte. V. Dohnanyi blieb im Amt und Voscherau ging in Wartestellung.

Seine Nominierung drei Jahre später wirft wiederum auch ein Licht auf die Lage der Kräfte in der Hamburger Sozialdemokratie, die sich gewerkschaftlichen Interessen verschrieben haben. Bezeichnenderweise war eine der ersten Maßnahmen des Voscherau-Senats die Erhöhung der Müllgebühren.

Voscherau kennt nur noch Hamburger

Konnte man sich bei v. Dohnanyi noch begrifflich zu Hause fühlen — ein Standort, fester Boden unter den Füßen ist ja noch recht stofflich — löst sich bei Notar Voscherau doch so einiges in juristisch unheimliche Nebelgebilde auf. In seiner Regierungserklärung vom September 1988 nennt er das Leitmotiv seiner Arbeit: „Die Selbstbehauptung des Stadtstaates“. V. Dohnanyi machte die sozialen Interessen der Lohnabhängigen und Armen abhängig vom profitablen Gang der Geschäfte. Die Anerkennung dieses Prinzips zermürbt gewerkschaftliche Interessenvertretung. Voscherau nun löst soziale Unterschiede und Widersprüche auf in der juristischen Formel des Stadtstaates. Jeder ist jetzt ein Stadtstaatler, eine rein juristische Person, und alle zusammen müßten sich behaupten. Gegen was? Gegen den finanziellen Ruin des Stadtstaates! „Denn dem Hamburgischen Staat werden zunehmend die Mittel vorenthalten, mit denen unsere Wettbewerber ihre Position ausbauen.“ So ist mit Voscherau der Mann gefunden, der mit seiner Ideologie den Grundstein für die völlige Leugnung von sozialen Interessen legt.

Hieß es bei v. Dohnanyi noch: „Die (Sozialhilfe-) Unterstützung deckt kaum die wesentlichen Lebensbedürfnisse einer Familie“, erklärt Voscherau kritiklos, „die großen Sparanstrengungen der letzten Jahre haben bereits viele Menschen in unserer Stadt getroffen. An mehr als einer Stelle ist Substanz bereits beschädigt worden“. Da all das aber im Interesse der „Selbstbehauptung“ der Stadt ist, kündigt er gleich danach weitere Leistungseinschränkungen an.

Noch vor Amtsantritt hat Voscherau sich eine Maßnahme ausbedungen, die insbesondere gewerkschaftlichen Einfluß auf die Senatspolitik schwächt: Bisher war es üblich, daß die Senatoren einzeln vom SPD-Parteitag nominiert wurden; und auf diesen Parteitagen ist die

AfA stark. Jetzt hat die SPD-Delegiertenbasis nur noch über das personelle Gesamtpaket, vorgelegt vom Bürgermeister, zu befinden.

Betrifft: Bezirksreform

Hamburg ist aufgeteilt in sieben Bezirke, einige mit einer Einwohnerzahl wie Duisburg oder Augsburg. Die Rechte der gewählten Bezirksversammlungen beschränken sich auf die Erstellung von Bebauungsplänen, Bauleitplanung und Verkehrsführung. Selbst da kann die Bürgerschaft durch ein sogenanntes Evolutionsrecht Beschlüsse der Bezirke „im



Innerparteilich setzt Voscherau auf Sieg, nicht auf Konsens. Er fordert den Kopf der linken SPD-Chefin Traute Müller.

Interesse Hamburgs“ kippen. Eigene Finanzen haben die Bezirke nicht. Sie hätten zwar Anrecht auf 2,9 Mrd. DM Gemeindesteuern (1985), erhielten aber nur zusammen gerade 75 Mio. DM vom Senat als „Sondermittel“. Der Handelskammer aber ist selbst das zuviel. Voscherau auch und er erklärt: „Hamburg ist regierbar, wenn der Bürgermeister den Mut hat, begründete gesamtstädtische Positionen zu vertreten und nicht eine Schere im Kopf hat, daß dies oder jenes gegen die Bezirke oder innerhalb der Partei nicht durchzusetzen sei“.

Konsequent schlägt er vor, die Bezirke abzuschaffen und Aufgaben auf die 15 bestehenden Ortsämter zu verlagern. Die Ortsamtsleiter sollen vom Senat bestimmt werden. Wichtige Entscheidungen im Sinne der „Metropolfunktion der Stadt“ sollen „von einem Parlament und einem Senat getroffen“ werden. Der Ignoranz gegenüber den sozialen Interessen der Lohnabhängigen entspricht die Forderung nach weiterer Monopolisie-

rung der politischen Macht. Sollte Voscherau sich damit durchsetzen, ginge es bei den Bezirkswahlen, an denen in Hamburg auch eingeschränkt Ausländer teilnehmen dürfen, nur noch um die Zusammensetzung eines Kasperletheaters. Die völlige Entrechtung der kommunalen Ebene wäre erreicht.

Betrifft: Arbeit

„Jede einzelne, jeder einzelne von ihnen (den Arbeitslosen, d.Verf.) hat ein Anrecht darauf, daß wir das Menschenmögliche unternehmen, um ihm wieder — oder erstmals — die Chance zur Bewährung im Arbeitsleben zu geben.“ Der Zwang zur Lohnarbeit und das Recht auf geschützte Arbeitsverhältnisse löst sich in Voscheraus Regierungserklärung auf in die „Chance zur Bewährung“. Sieht man mal davon ab, daß die Wortwahl verdächtige Nähe zum Strafvollzug zeigt, Arbeitslosigkeit als ein selbstverschuldetes Vergehen erscheinen läßt, ist der Begriff der christlichen Arbeitsmoral entlehnt. Arbeit ist christliche Pflicht zur Erhaltung und Pflege von Gottes Schöpfung. Arbeitsverweigerung also Sünde und Ketzerei. „Sicher: manche, auch unter den Jungen, haben gelernt, aus einer Kombination von staatlicher Hilfe und gelegentlicher Nebenbeschäftigung ein ganz bequemes Leben zu finanzieren. Wo solcher Betrug an der Gemeinschaft vermutet werden muß, werden die staatlichen Stellen zu handeln haben.“ (Regierungserklärung) Die geistige Nähe zur Begründung von Arbeitsdienst und Zwangsarbeit ist schon erschreckend.

Betrifft: Rassismus

Auf seiner Afrika-Reise im September zur Südafrika-Politik befragt, sagte Voscherau in Mozambique: „Wir sind für Sanktionen, aber die kann nicht Hamburg alleine erlassen, das geht nur im europäischen Rahmen.“ Was aber die stadt eigenen Elektrizitätswerke seit Jahren an südafrikanischer Kohle verfeuern und was an Militärmaterial über stadt eigene Hafenanlagen nach Südafrika verladen wurde, straft Voscherau der Lüge.

Am gleichen Tag, an dem Voscherau in einem Begrüßungswort die DDR-Ausreisenden mit den Worten empfängt: „Hamburg war in seiner Geschichte schon immer offen für Menschen, die Zuflucht und eine neue Existenz bei uns suchen“, läßt er den im ehemaligen KZ Neuengamme für ein Bleiberecht protestierenden Rom und Cinti die Abschiebung androhen. Tage später werden sie von Polizeieinheiten aus der Gedenkstätte vertrieben.

Originalton Voscherau

Ich bin der Meinung, wenn man sich entschieden hat, und sei es auch ein Fehler, man die Konsequenz haben muß. Entscheidungen auch durchzuhalten. (mij. wal)

Mißstand in der Pflege verschlimmert sich

Heidelberg. Zum 1.10. waren an den Unikliniken ca. 150 Planstellen im Pflegebereich vakant. Wiedereingliederungskurse für ehemalige Pflegekräfte bietet die Klinik an, verbunden mit einem Anstellungsvertrag. Aus Spanien sind 17 Krankenschwestern angeheuert worden — weitere 100 sollen folgen. Wie an der Orthopädie ist die Fehlquote der Planstellen seit Jahresbeginn bei 10 Prozent festgefahren. Bettenschließungen haben sich an allen Kliniken durchgesetzt, an der neuen Kopfklinik konnte eine Intensivstation nicht eröffnet werden. — (irs)

TdL warnt vor Kita-Tarifvertrag

Westberlin. Am 24.10. werden die Tarifverhandlungen zum sog. Kita-TV fortgeführt. Erstmals soll tariflich eine Personalbemessung festgelegt werden, berechnet aus festen Gruppengrößen und Jahresarbeitsminuten pro Erzieher. In einem Schreiben an Innensenator Pätzold warnt die Tarifgemeinschaft deutscher Länder, TdL, ausdrücklich davor, einen solchen Tarifvertrag oder eine andere Vereinbarung abzu-

Nettetal-Lobberich. 10000 Unterschriften gegen die Stilllegung des Pierburg-Werks Nettetal überreichten die Beschäftigten dem Aufsichtsrat am 26. 9. Die Rheinmetall-Kapitalisten, die die Vergaserfabrik vor kurzem aufkauften, wollen das Werk 1992 stilllegen. Derzeit arbeiten dort 1750 Beschäftigte. Im Konkurrenzkampf der Konzerne auf dem Automobilmarkt vernichten die Eigentümer Kapital, um die Profite zu „liften“. Damit steht für einen Großteil der Lohnabhängigen der Region der Weg in die Verelendung offen. — (gba)

schließen, „weil diese Regelung unmittelbar in die staatsrechtliche Organisationshoheit des Landes und darüber hinaus massiv in das Budgetrecht des Landesparlaments eingreifen würde.“ Vor allem hat die TdL Angst davor, „daß im gesamten Personalbereich jegliche Entscheidungsfreiheit aufgegeben würde. Wenn derartige Fragen in einem Teilbereich geregelt würden, gäbe es kein tragfähiges Argument, entsprechende Regelungen für den gesamten Verwaltungsbereich abzulehnen.“ Die VL-Versammlung der Erzieher hält an ihren Forderungen und am TV fest. — (har)



USA: 55000 Beschäftigte der Boeing-Flugzeugwerke haben den Streik begonnen. Die Gewerkschaft IAM erklärte, daß die Beschäftigten seit sechs Jahren keine Lohnerhöhung bekamen, sondern nur Inflationsausgleiche und Erfolgsprämien, die aber bei der Berechnung der Pensionsansprüche nicht berücksichtigt werden. Die Arbeiter sind mit dem Argument, die Lieferfristen könnten sonst nicht eingehalten werden, gezwungen worden, wöchentlich 15 Überstunden zu machen. Die IAM hat das Angebot der Kapitalisten, eine Lohnerhöhung von zehn Prozent auf drei Jahre sowie Erfolgsprämien zu zahlen, zurückgewiesen und verlangt höhere Lohnerhöhungen. Der letzte Streik vor zwölf Jahren hatte 45 Tage gedauert. — (gba)



Schülerstreik in Salzhemmendorf

Hannover. Mit einem Schulstreik haben Eltern gegen die miserable Unterrichtsversorgung im Schulzentrum in Salzhemmendorf protestiert. 172 Fehlstunden werden nicht ausgeglichen; zwei Lehrer wurden versetzt, eine Lehrerin ist schwanger, einer krank, ein weiterer wird pensioniert, ohne daß ein Ersatz vorgesehen ist. Es fehlen Fachlehrer. Der Ausländerförderunterricht muß gestrichen werden. AG's in den siebten bis zehnten Klassen fallen weg, in der Orientierungsstufe wird der naturwissenschaftliche Unterricht gekürzt, ebenso Arbeitslehre, Technik, Mathe ... an der Hauptschule. — (ibm/AGB, mal)

Krupp Widia: 500 DM Weihnachtsgeld extra

Essen. Auch in diesem Jahr zahlt Krupp Widia ein außer tarifliches Weihnachtsgeld. Alle unter einem Jahr Beschäftigten erhalten 100 DM zusätzlich, alle darüber 500 DM, Auszubildende 300 DM. Diese Regelung ist zwar etwas besser, als die von 1988, insofern eine Staffe- lung des zusätzlichen Weihnachtsgeldes nach Betriebszugehörigkeit entfiel (unter vier Jahren 450 DM, darüber 500 DM). Sie entspricht jedoch nicht der Forderung von IG Metall-Vertrauenskörper und Betriebsrat nach Rücknahme der 1987 durchgesetzten Kürzung und Wiedereinführung eines vollen 13. Monatslohns als Weihnachtsgeld. Daß diese Forderung nicht erledigt

ist, zeigte die Betriebsversammlung am 29.9., die mit tags begann und erstmals am nächsten Tag morgens fortgesetzt werden mußte. 18 Leute beteiligten sich an der Diskussion, die meisten sprachen zum Lohn. — (wof)

Standortsicherung blockiert DIAG-Verkauf

Westberlin. Durch Arbeitsniederlegungen erreichte der Konzernbetriebsrat der DIAG, die Geschäftsführung zu Verhandlungen über Standort- und Arbeitsplatzsicherung für den Fall einer Privatisierung des Konzerns zu verpflichten. Dieser Verpflichtung versucht sich die Geschäftsführung auf Anweisung der Bundesregierung zu entziehen, durch die Erklärung, die Vereinbarung sei nichtig.

Der Konzernbetriebsrat hat die Einigungsstelle angerufen. MAN als potentieller Käufer will die DIAG nicht kaufen, wenn die Vereinbarung nicht vom Tisch ist. — (kla)

DGB-Frauenfachtagung

Die DGB-Frauenfachtagung am 16./17. September in Gelsenkirchen protestierte gegen die Verlängerung und Erweiterung des Beschäftigungsförderungsgesetzes ab 1.1.1990. Zur Begründung: Die Zahl der Zeitverträge in Nordrhein-Westfalen stieg in den letzten vier Jahren auf das Doppelte an. Ungeschützte Arbeitsverhältnisse, vor allem 450-DM-Verträge, nahmen in der gleichen Zeit noch zu. — (uld/anl)

Politische Gefangene

Weiterhin Schikanen und Haftverschärfungen

Hannover. Nach Beendigung des Hungerstreiks wurde durch Justizminister Remmers ein „neues Vollzugskonzept“ angekündigt. Wie dies praktiziert wird bzw. welche neuen Schikanen gegen politische und andere Gefangene in der Haftanstalt Celle angewandt werden, veranschaulichen die folgenden Dokumente. Die Kleine Anfrage der Grünen im Niedersächsischen Landtag vom 27.7. (Landtagsdrucksache 11/4193, ausgegeben am 10.8.) war bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe (9.10.) immer noch nicht von Justizminister Remmers beantwortet. — (mal)

Angriffe auf Karl-Heinz, Knut und Lutz Presseerklärung von Anwälten

Als Anwälte der drei Gefangenen aus der RAF im Hochsicherheitstrakt in Celle Karl-Heinz-Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Tauber teilen wir folgendes mit:

Als Karl-Heinz Dellwo am 21.7.1989 zur Freistunde mit den Gefangenen einer anderen Sicherheitsstation einen Bildband über den Maler Marc Chagall mitnehmen wollte (ein bis dahin völlig normaler und bei *allen* Gefangenen akzeptierter Vorgang), wurde ihm dies ohne Begründung untersagt, und als er auf einer Begründung bestand, wurde er von einem Rollkommando gewaltsam in seine Zelle verbracht. Dabei trug er schwerwiegende Verletzungen davon, so wurde bei einer anschließenden ärztlichen Untersuchung u. a. Blut im Urin festgestellt, was für eine Nierenverletzung spricht. Wenig später wurde er in einen abgelegenen Teil der Anstalt in eine Bunkerzelle verschleppt, wo er sieben Tage bleiben soll. Knut Folkerts und Lutz Tauber wurde nach diesem Vorfall der gemeinsame Hofgang verwehrt: als sie die Rückverlegung von Karl-Heinz Dellwo verlangten, wurden sie zehn Stunden lang auf den Trakthof gesperrt und anschließend mit vier Tagen Bunker „bestraft“. Auch für die anderen Gefangenen aus der Sicherheitsstation hatte der Vorfall Konsequenzen: Es gibt nunmehr erstmals ein Verbot, irgendwelche Gegenstände mit auf den Hof zu nehmen: drei Gefangenen wurde mit Absonderung gedroht, wenn sie mit unseren Mandanten aus dem Fenster reden: ein Gefangener wurde vorübergehend in die besonders abgeschottete Sicherheitsstation mit eigenem „Hof“ verschleppt. Schließlich wurde unseren Mandanten die seit acht Jahren geltende Aufschlußzeit um eine Stunde verkürzt.

Dieser Vorfall konterkariert exemplarisch die in jüngster Zeit vom Justizministerium behauptete „Verbesserung“ der Haftbedingungen. Es hat sich im Verhältnis zu den Gefangenen aus der RAF in den zehn Jahren offensichtlich nichts geändert, es wird mit Äußerlichkeiten Kosmetik betrieben — bereits ein Bildband von Chagall wird zum „Sicherheitsrisiko“ und zum Grund für den Einsatz eines Rollkommandos. Der Hofgang soll auf äußerliches Zusammenkommen beschränkt bleiben, substantielle Kommunikation, selbstbestimmte Kontakte sollen verhindert werden.

Die Fortsetzung findet sich dann in der von JuMi Remmers propagierten Belegung des Hochsicherheitstraktes mit weiteren Gefangenen — die zwar das Vertrauen der Anstaltsleitung, nicht jedoch das Vertrauen ihrer Mitgefangenen im Normalvollzug haben. Bereits vor einigen Monaten, als im Hungerstreik der gemeinsame Hofgang mit anderen Gefangenen begann, unternahm die Anstaltsleitung den Versuch, unsere Mandanten zu bespitzeln. Hierzu ist uns Anwälten der folgende Bericht eines betroffenen Gefangenen zugegangen:

„Am Montag, den 24.04.89, hatte ich ein Gespräch mit dem Sicherheitsinspektor der JVA Celle I, Herrn Engelhart, das wie folgt verlief. Herr Engelhart stellte fest, daß meine Haftzeit in 30 Tagen um sei und ich bei meiner Entlassung nichts

hätte. Wenn ich mich aber bereiterklären würde, für ihn etwas über den 28.04.89 im Zusammenhang mit der RAF in dieser Anstalt herauszubekommen oder ihm nur eine Bestätigung geben könnte, daß an diesem 28.04.89 etwas laufen soll. Dann würde er mir mit ein paar 100 DM weiterhelfen. Um über den 28.04.89 etwas herauszubekommen, sollte ich (einen anderen Gefangenen) ausfragen. Da dieser täglich mit der RAF in der Freistunde zusammen laufe und auch ich ein scheinbar gutes Verhältnis zu ihm habe. Wenn ich mich weiterhin bereiterklären würde, über den 28.04.89 hinaus mit einem Sender bei mir an der Freistunde der RAF und (ihm) teilzunehmen. Dann würde er meine Rücklage vollmachen sowie mir eine Bestätigung geben, daß ich während meiner Haft ein Jahr gearbeitet hätte, um damit in den Genuß von Arbeitslosengeld zu kommen.“

Heute, mehr als zehn Wochen nach Beendigung des Hungerstreiks, sieht es nicht so aus, daß in Niedersachsen für Gefangene aus der RAF Haftbedingungen hergestellt werden, unter denen diese Gefangenen leben und vor allem eine Diskussion untereinander sowie mit Gruppen und Individuen draußen führen können. Die Entwicklung im Celler Hochsicherheitstrakt zeigt erneut, daß dies nur durch die Erfüllung der Zusammenlegungsforderung möglich sein wird.

Hannover, den 27.07.1989 (Dieter Adler, Renate Trobitsch)

Auseinandersetzung um die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der JVA Celle 1

Wie aus zwei Vermerken „über ein besonderes Vorkommnis“ vom 25.7.1989 des Justizministeriums hervorgeht, soll sich am 21.7.1989 im Hochsicherheitstrakt der JVA Celle 1 — kurzgefaßt — folgender Vorgang abgespielt haben:

Als der Gefangene D. um 8.00 Uhr in die Freistunde gehen wollte, hatte er „Gegenstände“ bei sich. Mit diesen Gegenständen sollte er von den Bediensteten nicht auf den Hof gelassen werden. D. weigerte sich daraufhin, in seinen Haftraum zurückzukehren, worauf er unter Anwendung unmittelbaren Zwanges in diesen verbracht wurde. Ebenfalls unter Anwendung unmittelbaren Zwanges wurde er, nachdem er eine Anhörung verweigert hatte, zum Absitzen einer siebentägigen Arreststrafe in die Arrestzelle im Kopfbau gebracht. D. verweigerte daraufhin das Essen.

Am gleichen Tag verweigerten D.s Mitgefangene F. und T. nach ihrem mittäglichen Freigang im Hochsicherheitstrakt die Rückkehr in ihre Zellen, solange D. nicht aus den Arrest freigelassen worden sei. Die Gefangenen wurden schließlich, nachdem sie Lampen im Hof zerstört haben sollen, gegen 0.20 Uhr unter Anwendung unmittelbaren Zwanges in ihre Zellen zurückgebracht, wo sie eine viertägige Disziplinarstrafe absitzen hatten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Seit wann ist es den Gefangenen verboten, zum Hofgang welche Gegenstände mitzunehmen?
2. Um welche Gegenstände hat es sich im Falle des Gefangenen D. gehandelt?
3. Wie viele Beamte welcher Dienststelle haben den Einsatz gegen die Gefangenen F. und T. gegen 0.20 Uhr durchgeführt?
4. Warum wurde der Gefangene W., welcher sich während des Aufenthaltes von T. und F. im Hochsicherheitstrakt mit diesen unterhielt, für die Dauer dieses Einsatzes aus seiner Zelle verlegt?
5. Warum wurde W. dann am 22.7.1989 gegen Mittag für wie lange in den Sicherheitstrakt Ost I verbracht?
6. Trifft es zu, daß der Sicherheitsdienstleiter E. der JVA ausländischen Gefangenen, die sich in der Freistunde mit den politischen Gefangenen D., F. und T. unterhielten, androht hat, diese würden länger im Sicherheitstrakt verbleiben, wenn sie diese Kontakte fortsetzen?
7. In welcher Weise hat das „neue“ Vollzugskonzept für die politischen Gefangenen zu Haftverschärfungen für die anderen Gefangenen geführt?

Kleine Anfrage des Abg. Trittin (Grüne): Hannover, den 27.7.1989



African Timber

Einer kam, sah und siegte

African Timber — afrikanisches Holz, der Titel läßt einen sozialkritischen Film vermuten. Der Inhalt der deutsch-französischen Koproduktion kann in wenigen Sätzen beschrieben werden.

Ein Sägewerk im afrikanischen Land Ghana verpflichtet einen westdeutschen Manager, um aus den roten Zahlen herauszukommen. Der deckt prompt in kürzester Zeit auf, warum das so ist. Das mit einem Ausfuhrverbot versehene wertvolle Mahagoniholz wird unter Preis an ein anderes Sägewerk abgegeben, um von da aus als Billigholz deklariert verschifft zu werden. Ihm gelingt jetzt, was niemand vorher schaffte: Die Hintermänner werden entlarvt, die Gerechtigkeit siegt. Zum anschließenden Happy End gehört auch eine Romanze mit einer Teilhaberin des Sägewerks.

Das Thema des Films könnte engagiert für Mensch und Natur in Afrika Partei ergreifen, wenn nicht ausgerechnet ein Europäer eingeflogen werden müßte. Es mutet schon seltsam an, wenn es niemandem sonst gelingen konnte, sich erfolgreich durch den Korruptionsdschungel zu kämpfen. Auch verschiedene Einzelpassagen des Films malen das Bild des überlegenen Europäers und des unterlegenen Afrikaners aus. Ein in der BRD gescheiterter Manager reicht jeden-

falls, um überall in der Welt rasch Ordnung zu schaffen. Es bleibt nicht einmal dabei, einen westdeutschen Manager als engagierten Helden hinzustellen. Die einheimische Bevölkerung wird im Gegenzug als dumm und unfähig dargestellt, die miesesten Bösewichter sind Schwarze, und die, die gegen die Korruption kämpfen, bieten nur ein Bild der Ohnmacht und Hilflosigkeit.

Daß die Hauptschuldigen für den Raubbau an der Natur und der Ausbeutung der Bevölkerung gar nicht im Land selbst zu suchen sind, wird — wie nicht anders zu erwarten — nicht behandelt. Die Handlung des Films beginnt am Flughafen und reicht exakt bis zum Verladehafen. Der Film zeichnet das Bild vom „guten“ Kapitalismus auf, der den Menschen zu Arbeit und Brot verhilft, gelegentlich muß aber noch jemand nach dem Rechten sehen, denn richtiges Management will gelernt sein. Zum richtigen Management gehört vielleicht noch, daß Arbeiter, die in ein Sägeblatt geraten, rasch ins Krankenhaus gebracht werden, ansonsten aber muß eben die Kasse stimmen. Der Kapitalismus kam nicht nur einfach so aus Europa, fürsorglich wird „Entwicklungshilfe“ auch auf personeller Ebene geleistet, im angesprochenen Sinne. Das Ergebnis der Handlung ist, daß der

Gewinn des Sägewerks in andere Taschen fließt, für die Arbeiterinnen und Arbeiter ändert sich aber nichts wesentliches, und die Rodungen des Regenwaldes gehen weiter.

Anzumerken bleibt noch, daß sich die Handlung Stück für Stück voranschleppt, vorhersehbar wie im billigsten

Groschenheft. Lustig kann jemand vielleicht noch die Szene finden, wo der frisch eingeflogene Held am Flughafen seinem gescheiterten Vorgänger begegnet, der gut verpackt in einer viereckigen Kiste die vorzeitige Heimreise antritt, die gleichzeitig seine letzte ist. Das war's dann aber schon. — (chl)

Das Spinnennetz

Eine Karriere in fast faschistischen Zeiten

Der sehenswerte Film schildert die Karriere des jungen Weltkrieg-I-Leutnants Lohse in den frühen zwanziger Jahren bis hinauf zu einer nicht genau beschriebenen leitenden Stellung im Reichsinnenministerium zu Berlin. Wie wird ein Leutnant, bei der Bekämpfung des Matrosenaufstands in Kiel schwer verwundet, der seitdem als

haftet. Lohse selbst, der kurz vor dem Polizeizugriff von der Gruppe als reaktionärer Spitzel erkannt wird, erschießt seine Geliebte aus der Gruppe aus nächster Nähe.

Nächste Station im „Bewährungsaufstieg“ ist die Ermordung seines einzigen persönlichen Freundes in der Gruppe. Lohse versucht, sich seines unmittelbaren „Füh-



schlecht bezahlter Hauslehrer einer jüdischen Bankiersfamilie und Geliebter der Bankiersgattin sein Leben fristet, zum leitenden Ministerialen? Lohse lernt einen dubiosen Baron kennen, der ihn ob seiner Kieler Vergangenheit bei einer faschistischen Geheimorganisation einführt. Von dieser wird er als erstes als Spitzel und Provokateur zu einer libertär-anarchistischen Gruppe Hamburger Maler geschickt. Nach einem mißglückten Bombenanschlag auf eine reaktionäre „Siegestsäule“ wird die Gruppe von der Polizei zerschlagen und ver-

rers“ in der Gruppe zu entledigen, indem er ihn beim Baron als unzuverlässig denunziert. Beweis sollen Aussagen seines Freundes sein. Der Baron ordnet darauf die Ermordung dieses „geschwätzigen“ Freundes durch Lohse und seinen Führer an. Beide führen den Mord wie befohlen aus, danach aber bringt Lohse seinen Führer auch um. Der Weg zum Adjutanten des Barons wird damit frei.

Nächste Station ist Galizien. Hier hilft Lohse einem Großgrundbesitzer bei der Brechung eines Streiks galizi-

scher Landarbeiter. Ein Masaker an den Landarbeitern bringt ihn als „Helden“ in die reaktionäre Presse, das Töchterchen des Großgrundbesitzers schließt sich dem nun ins Innenministerium berufenen ehemaligen Leutnant als Gattin an.

Im Reichsinnenministerium muß Lohse sich nun eines gefährlichen Mitwissers entledigen, eines Juden, der sich als Anarchist, Polizeispitzel und französischer Agent durchs Leben schlägt. Nach mehre-

ren Auseinandersetzungen, bei denen Lohse u.a. sich seines Mitwissers durch ein antisemitisches Straßenpogrom zu entledigen versucht, wird dieser am Ende erfolgreich umgebracht.

Wie also wird man vom Leutnant zum leitenden Ministerialen? Indem man sich für reiche Auftraggeber für jedes Verbrechen gebrauchen läßt. Alles in allem eine realistische Schilderung faschistischer Karrieren in der Weimarer Republik. — (rül)

Mein Partner mit der kalten Schnauze

Ein Hund kommt selten allein

Der Film heißt in der Originalfassung „K9“. Das ist die Bezeichnung für eine Kampfeinheit der Polizei gegen Drogenhändler in den USA. Der Filmverleih in der BRD wollte dagegen schon im Filmtitel ausdrücklich den Deutschen Schäferhund in den Vordergrund gestellt wissen. Zum Film selber: Ein Polizeiagent des Rauschgiftdezernats sucht den großen Schurken, der die Rauschgiftszenerie in einer Großstadt kontrolliert. Der Hauptakteur auf Seiten der Polizei will ihn endlich fassen, was er als sein persönliches Problem sieht, wobei dieser Held keinen anderen Polizisten als „Mitsstreiter“ zuläßt. Die einzige Unterstützung, die er annimmt, kommt von einem Schäferhund. Dies bringt ihm große Probleme, da der Hund anscheinend die menschliche Sprache versteht, und dem Drogenfahnder durch Zähnefletschen die naturgemäße Überlegenheit austreibt. Der Fahnder läßt

u.a. zu, daß der scharf abgerichtete Hund auf dem Vordersitz Platz nehmen darf, nachdem ihn dieser knurrend angegriffen hat. Die Autoren versuchen, hemmungslos und ohne Skrupel, den Actionfilm aufzupäppeln mittels komödiantischer, angeblich amüsanter Elemente. Der Film versucht, gesellschaftspolitische Probleme — wie den Handel mit Drogen —, einzubetten in Klamauk. Er stellt gleichzeitig illegale Aktionen des staatlichen Fahnders, über den Schäferhund in „witziger“ Manier vermittelt, als notwendige Maßnahmen hin. Zum Schluß wird es klar, was „wirkliche Treue“ beinhaltet: Der Schurke wird mit Hilfe des Hundes liquidiert. Der Hund hat dann doch noch seinem Herren gedient, ihn nicht weiter „kritisiert“, bzw. nicht weiter nach ihm geschnappt. Ein Streifen, den jeder anschauen sollte, der den Deutschen Schäferhund mag. — (mal)



Auf den Hund gekommen

Abdulla Özalan, PKK-Generalsekretär

Der PKK-Prozeß der deutschen Imperialisten

Am 24.10. beginnt der Prozeß gegen 20 Kurden vor dem OLG Düsseldorf. Eine Aktionseinheit aus türkischen, kurdischen und westdeutschen Organisationen ruft aus diesem Anlaß zu einer Demonstration am 21.10. in Düsseldorf auf.

Die folgende Rede von Abdullah Özalan, Generalsekretär der PKK, wurde im April dieses Jahres vor der Mahsum-Korkmaz-Akademie gehalten. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus der Rede. Die Rede ist vollständig abgedruckt in einer jetzt erschienenen Sondernummer des „Kurdistan-Report“ zum kommenden PKK-Prozeß. — (uga)

Man will in der BRD einen PKK-Prozeß eröffnen. Deutschland und ein PKK-Prozeß! Palme und PKK-Prozeß! Schweden und ein PKK-Prozeß! PKK-Prozeß am Nordpol! Was steckt hinter diesen Prozessen und im konkreten hinter dem PKK-Prozeß in der BRD? Ich möchte auf deren wahre Hintergründe ... eingehen. Wir sollen angeblich „Straftaten“ begangen und krumme Sachen gedreht haben, die der deutsche Imperialismus selbst als „Straftaten“(!) ansieht. Angeblich sollen wir in der Bundesrepublik Deutschland, in unserem Land und sogar im Mittleren Osten „Straftaten“(!) begangen haben, und die deutschen Imperialisten wollen nach eigenem Muster eine Verurteilung durchziehen ...

Wir werden in unserer Rede versuchen, die politische Bedeutung der Eröffnung dieses Prozesses wiederzugeben. Das werden wir im Rahmen einer Bewertung der geschichtlichen und gegenwärtigen konkreten Beziehungen aufgreifen.

Wenn danach gefragt wird, was die PKK mit Europa zu tun hat, so muß man dies mit dem Hinweis auf die türkische Realität beantworten. Die türkische Realität ist die Realität einer Clique, die zum wichtigen Teil schon seit alters her bis in unsere heutigen Tage der Agent insbesondere des europäischen Systems ist. Alle Vorgänge, die mit dem Türkentum zu tun haben, interessieren die Länder in der NATO und in der EG. Diese haben die türkische Realität ihren Interessen entsprechend geformt. Das noch in der Zeit der Osmanen errichtete Türkentum wurde mit der Zeit unter ihre Abhängigkeit gebracht. Diese Abhängigkeit wurde auch mit der Gründung der Türkischen Republik fortgesetzt. Mit dem 12.-September-Faschismus wurde sie in eine herausragende Abhängigkeit umgewandelt.

Es ist natürlich undenkbar, daß diese imperialistischen Länder uninteressiert dastehen, sobald diese Realität durch unsere Revolution bedroht wird. Sie werden alle revolutionären Äußerungen noch zu Beginn mit der groben türkischen Gewalt und Barbarei niederschlagen wollen. Sie werden auf der Grundlage der Auffassung handeln, daß noch bevor sie intervenieren oder eingreifen, die grausame nackte Gewalt die revolutionären Äußerungen niederschlagen soll. Das gilt nicht nur für revolutionäre Entwicklungen in der Türkei und in Kurdistan, sondern für alle Völker im Mittleren Osten. Das Türkentum ist aus der Sicht des Imperialismus ein guter Verbündeter, ein Brückenkopf, ein guter Gendarm ...

Zu Beginn waren sie „Schirmherr“ und „Beschützer“ der Kurden und sogar der PKK! Sie sagten: „Ihr seid leidgeprüfte Menschen, die Folterungen unterzogen wurden, kommt, wir gewähren Euch Schutz und Asyl!“ Sie sagen das auch heute noch. Auf der anderen Seite haben sie fast jeden Monat im Europaparlament Diskussionen darüber geführt: „Wir sind gegen

den 12.-September-Faschismus, die Menschenrechte werden verletzt, geht nicht zu weit.“ Und sie haben dies fast jeden Monat verurteilt. Wenn all dies auf demokratischer Ebene basieren würde, hätte man Achtung davor. Aber, daß es eben nicht so ist, ist ans Tageslicht getreten, und man hat verstanden, warum all dies gemacht wurde. Denn unser Kampf ist nicht in die Richtung anderer linker oder diverser Gruppen verfallen, die sich als demokratische Opposition bezeichneten. Das heißt, wir haben nicht wie Bettler Tränen vergossen und sie um Hilfe und Schutz gebeten. Im Gegenteil, wir haben unseren Widerstand sogar entwickelt, wir haben die Theorie und Praxis unseres Widerstandes unabhängig, ohne ihre Hilfe und Unterstützung, ohne uns unter ihr angebliches Wohlwollen, ihre Hilfe und ihre Menschenrechtsphrasen zu stellen, entwickelt. Und wir haben es geschafft, uns unabhängig zu entwickeln. Auf dieser Grundlage haben wir sowohl kurdische wie auch türkische Lakaien des Imperialismus in eine für sie schwierige Lage versetzt. Daraus resultieren auch die unaufhörlichen Komplote und Provokationen gegen uns . . .

Mit dem Elan 1984 (Beginn des bewaffneten Kampfes in Kurdistan, Anm. d. Übers.) bestätigte sich die Tatsache, daß wir gegen den 12.-September-Faschismus, der mit dem Einverständnis der reaktionärsten Kreise der NATO in Brüssel an die Macht kam, einen sehr konsequenten Widerstand entwickeln und leisten können. Je mehr diese Kreise feststellen mußten, daß wir nur auf der Grundlage unserer eigenen Kraft den Kampf entwickeln, desto mehr merkten sie, daß die Sachlage anders ist, daß ein anderes Vorgehen gegenüber der PKK notwendig ist. Immer stärker trat die Notwendigkeit in den Vordergrund, die PKK als „gefährlich“ und „terroristisch“ abzuurteilen. Und daraufhin folgte das bekannte Palme-Inszenarium.

Das Palme-Inszenarium darf man nicht einfach übergehen. Palme ist ein sehr führender Name, der die Demokratie-Tradition des westlichen Systems vertrat, der auch die Interessen der reaktionärsten Kreise bedrohte, aber der zugleich auch das System gut bewahrte. Palme ist eine Institution, er ist die Tradition der Sozialdemokratie, deren Geist und Gehirn. Die Volksmassen haben ein gutes Verhältnis zu diesem Namen und hängen sehr an ihm . . . Er hat dreißig Jahre lang in einem Land regiert, das den reaktionären NATO-Kreisen und allen voran den USA ein bißchen Kopfschmerzen bereitete. Vielen nationalen Befreiungsbewegungen stand er — trotz des Imperialismus — interessiert gegenüber und konnte friedlich sein.

Das sind einige der Gründe, die zu der Provokation geführt haben, aber nicht alle. Auf der anderen Seite ist Schweden ein Land, das sich am meisten mit Kurdistan beschäftigt. Palme hatte sich am stärksten dieser Aufgabe angenommen. Vielleicht war er auch der Beauftragte der Sozialdemokratie. Doch er konnte gegenüber uns seine Aufgabe nicht erfüllen. Das heißt, er konnte uns in keiner Weise in das üble Emigrantentum treiben, wie die Sozialdemokraten es an den anderen Organisationen erfolgreich verwirklichten . . . Demnach würden die reaktionären Eliten des Imperialismus Palme in Bezug auf Kurdistan zur Verantwortung ziehen. Wenn wir auch noch dessen Vermittlerrolle im Krieg Iran-Irak mit einbeziehen, wachsen auch die Gründe.

Auf der anderen Seite würde eine Organisation, die mit dem Attentat auf Palme in Verbindung gebracht wird, in Europa mit Sicherheit als terroristisch abgeurteilt und abgestempelt werden. Und wenn eine Organisation in Europa als terroristisch abgeurteilt wird, verengt sich ihr Lebensraum, werden ihre Aktivitäten in großem Maße beschränkt. Alle Sicherheitskräfte Europas würden mobilisiert werden . . .

Darüberhinaus bieten die Unzulänglichkeiten im Arbeitsstil unserer Struktur in Europa und das Auftreten von Provokateuren hierfür eine gute Basis. Die Provokateure sind diejenigen, die heute gegen die PKK Aussagen in diesem Prozeß machen; solche Aussagen selbst haben zu der Verhaftung unserer Genossen geführt . . . Dem entwickelten Plan entsprechend

haben die schwedischen Sicherheitsbehörden Verhaftungen durchgeführt. Ihrer Logik zufolge haben sie sehr umfangreiche Beweise in der Hand; demnach brauchen sie nur noch einen Wahnsinnigen, der den Rest erledigt. Es wird ihnen nicht schwerfallen, eine günstige Person hierfür zu finden. Dieser Wahnsinnige kann ein Kurde sein oder auch ein Schwede. Heute ist es ans Tageslicht gekommen, daß der Mörder ein Schwede war, aber das ist nicht wichtig.

. . . Als man nach dem Attentat auf den Papst nun mit dem Szenarium von der Ermordung Palmes allgemein das Revolutionär-Sein und im Konkreten das Revolutionär-Sein der PKK für terroristisch zu erklären und zu isolieren begonnen hat, übernimmt diesmal der neue Herr Europas oder die vorrangige imperialistische Kraft, der deutsche Imperialismus, diese Aufgabe . . .

Das Jahr 1988 ist in der Geschichte der PKK einer der wichtigsten Wendepunkte gewesen. Die türkische Republik hatte ihre Aktivitäten im Inland zur Vernichtung unserer Bewegung und ihre diplomatischen Bestrebungen in der gesamten Region auf den Höhepunkt getrieben . . . Es war, nachdem zahlreiche der arbeitsfähigen Kader der PKK auf dieser Grundlage verhaftet wurden, nicht schwer, eine neue provokative Clique innerhalb der PKK zu finden, um die übriggebliebenen Kader zu beeinflussen und Rechnungen über sie aufzustellen. Diese neue provokative Clique würde als die „neue PKK“, „klügere PKK“ oder als die „demokratische PKK“ dargestellt werden. Auch bei der Provokation 1983 wurde dieselbe Methode angewandt, und man bezweckte damit, mit der zu dieser Zeit vorherrschenden allgemeinen Vernichtung der türkischen Linken auch uns zu vernichten . . .

Wir wollen zugleich betonen, es kann sein, daß einige Ereignisse geschehen sind, die aus juristischer Sicht verurteilt werden. Es kann sein, daß auf deutschem Boden einige Ereignisse geschehen sind. Doch das sind Ereignisse, die vor vier Jahren geschehen sind. Die Sicherheitskräfte hätten auch damals schon die Täter fassen und verurteilen können . . . Die letzte Anklage betrifft „Straftaten“, die nicht nur in der BRD, sondern in unserem Land und im Mittleren Osten begangen worden sein sollen. Sie sagen: „Es ist eine Straftat, einen Menschen zu töten.“ D.h. jeder Tötungsfall unserer Revolution und unseres bewaffneten Kampfes gegen die türkische Republik ist „Straftat“, während jeder Tötungsfall der türkischen Republik gegen uns als eine Notwendigkeit der „Zivilisation“ aufgefaßt und die Morde der türkischen Republik als eine „Säuberung von Terroristen und Mördern“ dargestellt werden sollen. Genau dieser Punkt ist überaus wichtig. Diese Sachlage legt dar, daß der Prozeß kein juristischer Prozeß ist, sondern total zu einem politischen Prozeß gemacht wurde . . .

Die verhafteten Genossen werden offiziell beschuldigt, im Mittleren Osten, in der Türkei Morde begangen zu haben. Jedoch ist der bundesdeutsche Staat weder verantwortlich für die Türkei, noch für den Mittleren Osten. Es sind die Gesetze der türkischen Republik, die uns in der Türkei verurteilen . . .

Außerdem ist dieses Verfahren das letzte Glied des Zutage-tretens der finsternen und schmutzigen, schon in der Geschichte bestehenden Beziehungen mit dem türkischen Faschismus . . .

Insbesondere in der Zeit des Zerfalls des Osmanischen Reiches war das deutsche Kaiserreich wieder sein Schutzengel. Es waren die deutschen Kaiser, die dem Türkentum die schützende Hand reichten. Zu der Zeit der Gründung der Türkischen Republik bestanden die besten Beziehungen zu Hitler. In der Phase des Ersten Weltkrieges waren die Führenden der Ittihat-i Terraki die treuesten Freunde der Deutschen . . .

Die Anbahnung und Machtergreifung des 12.-September-Faschismus 1980 erhielt einen deutschen Stempel. Es ist heute allen bekannt, daß die Formierung des Modells der Wirtschaft, der sozialen Struktur, der Kultur und Politik des türkischen Regimes durch den deutschen Stempel geprägt ist . . .

Nun haben wir die derart umfassenden geschichtlichen deutsch-türkischen Beziehungen, die führende Kraft bei der



Machtergreifung des 12.-September-Faschismus 1980 und ihre reaktionäre Regierung, das türkische Dienertum und Lakaiertum in eine schwierige Lage versetzt. Der deutsche Imperialismus hat angesichts dessen die Notwendigkeit gespürt, zumindest auf Europaebene die ihm zufallende Aufgabe, und zwar zur Zeit eines kritischen und historischen Wendepunktes, zu erfüllen, weil seine Diener in eine schwierige Lage versetzt wurden, und nicht etwa, weil einige Personen getötet worden seien ...

Erst nachdem der deutsche Imperialismus zu dem Ergebnis gelangt ist, daß die PKK bis zuletzt die unabhängige Linie des Sozialismus und Patriotismus beibehalten kann, erst dann hat er den Weg eingeschlagen, durch eine politische Hinwendung eine Lösung zu finden; erst dann hat er begonnen, sie mit dem „Terrorismus“-Vorwurf zu beschuldigen und zur Rechenschaft zu ziehen ...

Natürlich existiert eine Gefahr für seine strategischen Interessen! Abgesehen davon wird der Prozeß in der BRD gerade in einer Phase eingeleitet, in der überall und mit allen nur denkbaren Methoden versucht wurde, die PKK in ihrem Entscheidungsjahr — 1988 — im Kampf gegen den 12.-September-Faschismus zu vernichten ...

Ein umfassendes Szenarium, ein großer Plan, und im Rahmen seiner Umsetzung ist dem deutschen Imperialismus die Eröffnung dieses heute existierenden PKK-Prozesses zugefallen. Wenn dieser den Prozeß beginnt, so ist auch bekannt, daß wir unsere Verteidigung gut machen werden, in unserer Verteidigung selbst eine äußerst gute Verurteilung entwickeln. Es wird nicht der juristische Rahmen verurteilt und auch nicht, warum wir einer juristischen Ungerechtigkeit ausgesetzt werden. Wir werden vielleicht nicht mal die Notwendigkeit spüren, darüber Worte zu verlieren. Das, was die Deutschen verurteilen wollen, ist in Wirklichkeit der Widerstand und der revolutionäre Elan der PKK, der einzigen Hoffnung unseres Volkes. Sie wollen uns damit nicht nur juristisch, auch nicht nur politisch, sondern auch ideologisch und kulturell verurteilen ...

Dieser Prozeß ist der zweite — unter anderen Umständen eröffnete — konterrevolutionäre Prozeß mit internationaler Bedeutung durch die Deutschen. Bei diesem Prozeß werden diejenigen, die eigentlich verurteilen wollen, im Namen der von uns Erwähnten selbst verurteilt. Vor allem wird dieser Prozeß eine gute Gelegenheit darstellen, die Maske aller deutschen Reaktionäre und des Imperialismus herunterzureißen, die angefangen von Moltke bis zum Generalbundesanwalt Rebmann, eine große Rolle bei der Erhaltung des türkischen Faschismus und der Bedrohung unseres Volkes in seiner Existenz, mit all

ihren geschichtlichen und gegenwärtigen Fundamenten, spielen, und sie zu verurteilen ...

Das Europaparlament betreibt angeblich große Bestrebungen und erhebt angeblich eine laute Stimme gegen Ungerechtigkeiten, auf der anderen Seite so viele Verhaftungen in Kurdistan, aber kein einziger Ton von ihm. Wir werden darlegen, wie dieses Stillschweigen in ihr Konzept paßt, welche Beziehungen das Europaparlament und der Europarat mit dem Imperialismus unterhalten. Auch sie werden wir auf dieser Grundlage verurteilen. Doch das ist nicht alles. Letztendlich würden sie sich ja angeblich zum kurdischen Volk bekennen! Angeblich wollen sie ihm einige kulturelle Rechte einräumen! Sie würden hierfür einige Konferenzen durchführen lassen! Sie würden einen Beschluß im Parlament fassen, wonach das Verbot der kurdischen Kultur aufgehoben werden soll! Ob dies wohl ein Schritt zugunsten der Interessen des kurdischen Volkes ist? Oder ist es eher ein Manöver ihrerseits, um ihre Straftaten zu verschleiern, und um ihre niederträchtige Haltung gegen die wahren Widerstand leistenden Kämpfer des kurdischen Volkes zu verheimlichen? Auch das werden wir verurteilen. Und wir werden auch die Maske der verräterischen, dienerhaften kurdischen Kollaborateure, die während des Prozesses den deutschen Imperialisten und der Polizei tonnenweise Material geliefert und somit bewiesen haben, was für gute Diener sie sind, die ihre Haltung gegen die PKK bis zum letzten getrieben haben und königlicher waren als der König selbst, etwas herunterreißen und sie verurteilen.

Man sieht: wenn wir diese Verurteilungen auf eine gute Weise entwickeln, so werden nicht nur die ungerechten Schritte der deutschen Imperialisten, sondern die historischen Stützen des gesamten Imperialismus, dessen Rolle bei der Formierung des türkischen Faschismus, der türkischen Reaktion, der türkischen Barbarei, d.h. die Rolle des imperialistischen Systems, der NATO, der EG und des Europaparlaments sehr gut dargelegt werden ...

Wir können mitten in Europa auch die Begriffe wie Demokratie und Sozialismus, die die Europäer längst als „ihr Eigentum“ ansehen, aber fast auf den Müll der Geschichte geworfen haben, auf eine gute Weise verteidigen, was einer der stabilsten internationalistischen Beiträge der PKK sein wird ...

Die Geschichte hat auch gezeigt, daß diejenigen, die man verurteilen möchte, auch wenn sie noch in der Minderheit sind, und auch wenn man sie noch so stark von ihrer eigenen Verteidigung abhalten möchte, immer diejenigen, die zu verurteilen versuchen, selbst verurteilen und das Urteil der Geschichte immer zugunsten nicht der Urteilenden, sondern der Angeklagten ausfällt ...

Rassismus

Christliches Menschenbild bildet eine Schranke

Mit der Übernahme faschistischer Elemente in die offizielle Ausländer- und Asylpolitik begibt sich die Regierung zunehmend in Gegensatz zum christlichen Menschenbild und treibt Christen in Opposition zu dieser Politik. Das Bestreben der Reaktion, diese Opposition auszuschalten, ist mit dem Versuch verbunden, über die Umdefinition dieses Menschenbilds Christen in ihrer Kritik des Rassismus zu entwaffnen. Mit dem Eintreten für einen bedingungslosen Humanismus, der jede Unterordnung der Interessen von Menschen unter die des Staats oder der Wirtschaft zurückweist, kann ein Bündnis mit Christen erreicht werden, das sie in ihrem Widerstand unterstützt, gleichzeitig die Kritik der Elemente des Christentums ermöglicht, die der Reaktion Ansatzpunkte bieten.

Ein Versuch, das christliche Menschenbild mit dem Rassismus zu vereinbaren

Der Entschließungsantrag „Deutsche Aussiedler — Ausländer — Asylbewerber“, den der CDU-Landesvorstand dem baden-württembergischen Landesparteitag am 28.4.1989 vorgelegt hat, wird folgendermaßen eingeleitet: „Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen. Das christliche Menschenbild beinhaltet die Gleichheit aller Menschen, denen die Menschenrechte unabhängig von ihrer Nationalität oder Herkunft zukommen, und die Verpflichtung zur Solidarität gegenüber allen Mitmenschen.“

Der CDU-Landesarbeitskreis „Aussiedler/Übersiedler“ hat die folgende Abänderung des Passus beantragt: „Das christliche Menschenbild geht von der gleichen Würde aller Menschen, denen die Menschenrechte unabhängig von ihrer Nationalität und Herkunft zustehen, und der Verpflichtung zur Solidarität gegenüber allen Menschen aus.“ (Antrag Nr. A 1.II.1) Zur Begründung wurde ausgeführt: „Das christliche Menschenbild geht von der Gleichheit aller Menschen vor Gott bei Vielfalt der Charaktere, Leistungen, Rassen, usw. aus. Hier geht es aber um die Stellung der Menschen in der Gesellschaft, also nicht um Gleichmacherei, sondern um die gleiche Würde aller, die Differenzierung nach Rechten, Leistungen, usw. nicht ausschließt. Wäre es eine gesellschaftliche Gleichheit, so wären die in der Entschließung dann folgenden Differenzierungen der Rechte nicht möglich.“ — Die Änderung wurde (unter Beibehaltung des ersten Satzes des ursprünglichen Antrags) beschlossen.

Der Landesarbeitskreis „Aussiedler/Übersiedler“ hat recht, wenn er darauf hinweist, daß die Einleitung des Vorstandsantrags im Widerspruch zum weiteren Inhalt steht. Ein Bezug auf die Gleichheit des Menschen, selbst die Gleichheit vor dem Gesetz, ist darin nicht enthalten, stattdessen wird er von rassistischen Vorstellungen durchzogen: Die Haltung gegenüber den Aussiedlern wird allein aus ihrem Deutschsein abgeleitet, deshalb werden sie zur Bereicherung für Staat und Gesellschaft erklärt, gegenüber den „Ausländern“ wird umgekehrt erklärt, daß die BRD kein Einwanderungsland sei und man keine Rechte anzumelden habe, soweit man nicht Deutscher sei. Die Sozialhilfekürzung für Flüchtlinge wird verlangt, „damit die Sozialhilfeleistungen für Deutsche und Asylbewerber in einem angemessenen Verhältnis stehen“: Selbst der ärmste Deutsche soll noch die Herrenmenschengarantie bekommen, daß es dem armen Ausländer auf jeden Fall schlechter geht.

Während der Antrag der Landesvorstands über den Widerspruch, in den die CDU zu ihren eigenen programmatischen Grundlagen gerät, einfach hinweggeht, verlangt der Landes-

arbeitskreis eine Revision dieser Grundlagen, einen begründeten Angriff auf die Gleichheit. Die „Definition“ des christlichen Menschenbildes, die der Landesarbeitskreis geliefert und die der CDU-Parteitag übernommen hat, bedeutet tatsächlich aber eine Abkehr vom christlichen Menschenbild.

Das zweite vatikanische Konzil hat sich 1965 in der „pastoralen Konstitution über die Kirche in der Welt von heute ‚Gaudium et spes‘“ ausführlich zur christlichen Vorstellung vom Menschen geäußert: „Da alle Menschen eine geistige Seele haben und nach Gottes Bild geschaffen sind, da sie dieselbe Natur und denselben Ursprung haben, da sie, als von Christus Erlöste, sich derselben göttlichen Berufung und Bestimmung erfreuen, darum muß die grundlegende Gleichheit aller Menschen immer mehr zur Anerkennung gebracht werden“ (Karl Rahner, Kleines Konzilskompendium, S. 475). Dieses Wesen des Menschen, seinen Ursprung und sein Ziel in Gott zu haben, erhebe ihn über die ganze Dingwelt, verleihe ihm eine „erhabene Würde“ und mache ihn zum Träger „unverletzlicher Rechte und Pflichten“: „Es muß also alles dem Menschen zugänglich gemacht werden, was er für ein wirklich menschliches Leben braucht, wie Nahrung, Kleidung und Wohnung, sodann das Recht auf eine freie Wahl des Lebensstandes und auf Familiengründung, auf Erziehung, Arbeit, guten Ruf, Ehre und auf gezielte Information; ferner das Recht zum Handeln nach der rechten Norm seines Gewissens, das Recht auf Schutz seiner privaten Sphäre und auf die rechte Freiheit auch in religiösen Dingen. Die gesellschaftliche Ordnung und ihre Entwicklung müssen sich dauernd am Wohl der Personen orientieren; denn die Ordnung der Dinge muß der Ordnung der Personen dienstbar werden und nicht umgekehrt“ (S. 473).

Trotz der grundlegenden, in Gott begründeten Gleichheit des Menschen geht die Kirche durchaus von einer natürlichen Ungleichheit aus: „Gewiß, was die verschiedenen physischen Fähigkeiten und die unterschiedlichen geistigen und sittlichen Kräfte angeht, stehen nicht alle Menschen auf gleicher Stufe. Doch jede Form einer Diskriminierung in den gesellschaftlichen und kulturellen Grundrechten der Person, sei es wegen des Geschlechts oder der Rasse, der Farbe, der gesellschaftlichen Stellung, der Sprache oder der Religion muß überwunden und beseitigt werden, da sie dem Plan Gottes widerspricht . . . Obschon zwischen den Menschen berechnete Unterschiede bestehen, fordert ferner die Gleichheit der Personenwürde doch, daß wir zu humaneren und der Billigkeit entsprechenden Lebensbedingungen kommen“ (S. 476). Das Konzil erklärt, es wolle die Achtung vor dem Menschen „einschärfen“. Alle müßten ihren Nächsten als ein „anderes Ich“ ansehen und auf „sein Leben und die notwendigen Voraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens bedacht“ sein: „Sonst gleichen sie jenem Reichen, der sich um den armen Lazarus gar nicht kümmerte“ (S. 474). Der Christ wird zu tatkräftiger Hilfe aufgerufen gegenüber Alten und Verlassenen, dem „Fremdarbeiter, der ungerechter Geringschätzung begegnet“, Heimatvertriebenen etc. und zu Widerstand gegenüber allem, was „zum Leben selbst in Gegensatz steht“ oder die Unantastbarkeit der menschlichen Person verletzt. Hier wird u.a. genannt: Mord, Völkermord, Abtreibung, Euthanasie, Verstümmelung, körperliche und seelische Folter, unmenschliche Lebensbedingungen sowie unwürdige Arbeitsbedingungen, „bei denen der Arbeiter als bloßes Erwerbsmittel und nicht als freie und verantwortliche Person behandelt wird“ (S. 474 ff.).

Es ist ganz offensichtlich, daß es der Kirche darum geht, aus ihrer Vorstellung vom Menschen Ordnungsprinzipien der menschlichen Gesellschaft abzuleiten. Die Feststellung der grundlegenden Gleichheit des Menschen wird sofort an die Forderung gekoppelt, ihr „immer mehr zu Anerkennung“ zu verhelfen. Bei aller „natürlichen“ Ungleichheit muß die Gesellschaft der Tatsache Rechnung tragen, daß die Menschen darin gleich sind, Abbild Gottes zu sein, wie auch in ihrem Ziel, durch die Überwindung der Sünde die „Gottesebenbildlich-

keit“ zu erreichen. Die Gesellschaft darf sich dem Plan Gottes nicht dadurch widersetzen, daß sie selber (durch Diskriminierung) Ungleichheit schafft oder den Menschen zur Sache herabwürdigt. Die christliche Vorstellung vom Menschen bejaht durchaus, gesellschaftliche Ungleichheit als etwas „Natürliches“ zu sehen, sie erlaubt aber auch (verlangt es sogar: Lazarus), für ihre Abmilderung einzutreten, und verspricht den Armen und Verlassenen Schutz gegen Degradation zur Sache, Bewahrung ihres Menschseins im Bewußtsein, vor Gott gleich zu sein.

Auch die CDU Baden-Württemberg spricht von der Gleichheit vor Gott, sie gibt ihr aber eine ganz andere Bedeutung. Die Gleichheit vor Gott wird nicht aus der tatsächlichen grundlegenden Gleichheit des Menschen abgeleitet, diese wird vielmehr bestritten. Die Ungleichheit wird zum Bestimmenden des Menschen erklärt. Ungleichheit wird deshalb auch zum bestimmenden Ordnungsprinzip der Gesellschaft gemacht. Die Differenzierung nach Leistungen und Rechten wird so praktisch zu einer Forderung der „Natur“ des Menschen, alles andere wäre „widernatürliche“ Gleichmacherei.

Wenn Gott die Menschen als gleich betrachtet, obwohl sie ungleich sind, so ist das allein seine Angelegenheit, sozusagen eine göttliche Laune. Ansprüche an die Gesellschaft können daraus nicht abgeleitet werden. Mit der strikten Trennung der gesellschaftlichen und der göttlichen „Sphäre“ soll sichergestellt werden, daß das christliche Menschenbild nicht herangezogen werden kann, um die Differenzierung der Gesellschaft zu kritisieren. Die Gleichheit vor Gott wird so, ebenso wie die gleiche Würde des Menschen, zu einer bloßen Fiktion, aus der der Gläubige Trost schöpfen kann, aber keine Maßstäbe zur Beurteilung der Gesellschaft ableiten darf.

Geht es dem christlichen Menschenbild darum, mit der Beto-

nung der gleichen Würde des Menschen bestimmte Schranken gegen die Ungleichheit zu setzen, sie abzumildern, Versöhnung zu propagieren, will die CDU gerade solche Schranken einreißen. Eine Politik der ungezügelter Differenzierung der Gesellschaft muß jeden Gedanken an Gleichheit zurückweisen. Das Lazarus-Gleichnis mit seiner Verpflichtung für den Reichen, dem Armen zu helfen, geht der CDU dabei schon zu weit, diffamiert es doch den ungetrübten Genuß des Reichtums als Unrecht und räumt dem Armen Hilfsansprüche gegenüber dem Reichen ein. Die CDU-„Umdefinition“ des christlichen Menschenbilds, die die gleiche Würde des Menschen von allen tatsächlichen Lebensbedingungen löst, stellt den Versuch dar, dieses als mit dem Rassismus vereinbar hinzustellen und Christen in ihrer Kritik des Rassismus zu entwaffnen.

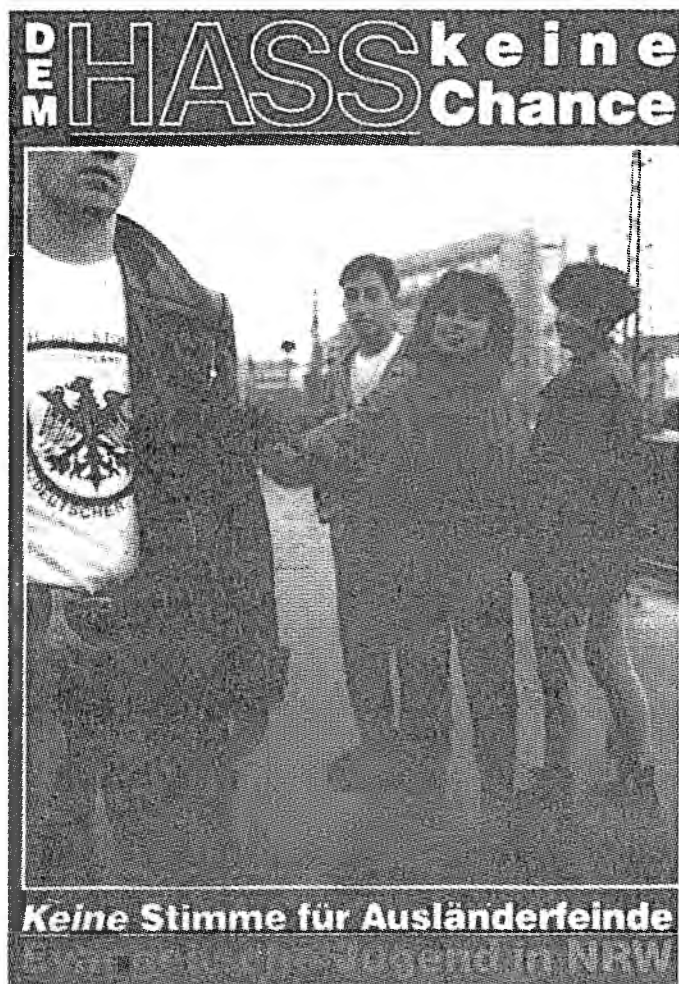
Der christliche Humanismus verbindet Gesellschaftskritik und Staatstreue

Die christliche Kritik der Ungleichheit erschwert die Abwehr dieses Angriffs. Die Kirche erklärt: „Durch kein menschliches Gesetz können die personale Würde und die Freiheit des Menschen so wirksam geschützt werden wie durch das Evangelium Christi, das der Kirche anvertraut ist“ (Pastorale Konstitution, S. 488). Tatsächlich scheint das christliche Menschenbild mit seinem Festhalten an der grundlegenden Gleichheit des Menschen, unabhängig von aller Ungleichheit, einen bedingungslosen Humanismus zu vertreten und damit einen wirksamen Schutz gegen Unmenschlichkeit darzustellen. Die Tatsache, daß aber auch das christliche Menschenbild Ungleichheit als etwas Naturgegebenes faßt, macht seine Bedingtheit aus. Die gesellschaftlichen Unterschiede werden ganz bruchlos aus der Tatsache hergeleitet, daß Menschen eben unterschiedlich sind. Wenn die Kirche erklärt, es gebe „berechtigte Unterschiede“ zwischen den Menschen, man müsse aber „zu humaneren und der Billigkeit entsprechenden Lebensbedingungen kommen“, fordert sie zwar „die Gesellschaft“ auf, die Folgen „natürlicher Ungleichheit“ abzumildern, die Abgrenzung aber, wo Unterschiede „unberechtigt“ sind, wann Lebensbedingungen „unbillig“ sind, läßt sie vollkommen offen.

Die Kritik der gesellschaftlichen Ungleichheit wird mit Bedacht geführt und mit Bedacht beschränkt geführt. Das erste hemmt die Reaktion, das zweite bietet ihr Einfallstore. Die Auffassung gesellschaftlicher Unterschiede als „natürlich“ vorhandene beinhaltet die Unmöglichkeit, sie wirklich zu beseitigen: aus ihr kann nie ein Recht der Unterdrückten abgeleitet werden, sich zu befreien, den Widerspruch arm/reich endgültig aufzuheben. Ihr entspricht vielmehr der Appell an den Reichen, dem armen Lazarus zu helfen, das Programm einer Versöhnung der Klassen.

Die Herleitung des Humanismus und der Rechte des Menschen aus dem persönlich gedachten Gott, der in der Schöpfung *seine* Interessen verwirklicht, engt den Entfaltungsanspruch des Menschen drastisch ein. Der einzelne Mensch darf die Berechtigung seiner Interessen nur aus ihrer Identität mit dem „Schöpfungsplan“ begründen, das entzieht den Humanismus dem Zugriff des Menschen. Es wird ihm das Recht bestritten, aus seinen konkreten Bedürfnissen heraus die Ansprüche zu formulieren (und evtl. sogar in DM zu fassen), was menschenwürdiges Leben ausmacht. Warum sollte man dies nicht auch in „menschlichen“ Gesetzen festschreiben können?

In der Weigerung, die Bedürfnisse des Menschen selbst zum alleinigen Maßstab des Humanismus zu machen, birgt der christliche Humanismus ein inhumanes Element. Indem der Mensch in Gott sein Ziel findet und nicht in seiner eigenen Entfaltung, indem das konkrete Leben dem fiktiven „ewigen“ untergeordnet wird, begründet der christliche Humanismus einen Asketismus, der es Christen schwermacht, Positionen gegen ein Leben auf Sozialhilfeniveau zu entwickeln und sich für materielle Forderungen einzusetzen, die ein entfaltetes Leben möglich machen. — (bab)



Gewerkschaftstag der IG Metall

Tarifpolitische Fortschritte bei Lohn und Arbeitszeit erkennbar

Ende Oktober beginnt der Gewerkschaftstag der IG Metall. Viele Anträge fordern eine Tarifpolitik, die gegenüber den großen Konzernen Widerstandskräfte mobilisieren soll. Dabei gerät die Gewerkschaftsbewegung unvermeidlich in Konflikt mit

der Politik — der Bundestag debattierte, welche Forderungen die IG Metall unter Berücksichtigung des „Gemeinwohls“ aufstellen dürfe. Im folgenden ein Ausschnitt aus der Diskussion zur künftigen Lohn- und Arbeitszeitpolitik. — (has, rok)

Existenzsichernder Lohn nicht mehr die Hauptaufgabe?

Erfreulich viele Anträge aus den Verwaltungsstellen der IGM im Themenbereich der Entschließung 12 (E 12), Tarifpolitik, zum 16. ordentlichen Gewerkschaftstag befassen sich mit der Lohnfrage. Deutlich spiegeln sie die Erfahrungen der vergangenen Jahre wieder, in denen die Gestehungskosten für die Ware Arbeitskraft aus vielerlei Gründen schneller gestiegen sind als die Tariflöhne und in denen der Gewerkschaftsbewegung durch die Bindung an die dreijährige Laufzeit des Lohn- und Gehaltstarifs weitgehend die Handlungsmöglichkeiten genommen waren, auf diese Entwicklung entsprechend zu reagieren.

Demzufolge spricht sich eine große Zahl der Anträge gegen lange Laufzeiten bzw. für einjährige Laufzeit bei Lohn und Gehalt, sowie für deren Abkopplung von den Arbeitszeittarifen aus. Die erhöhte Wachsamkeit der Arbeiterbewegung in Bezug auf die Planung des Gegners zeigt sich in Anträgen, die sich gegen Einstiegstarife, ertragsabhängige Löhne und andere Formen der Lohnflexibilisierung und -differenzierung wenden. Auch Bestrebungen gegen die Lohnbenachteiligung bei Zeitverträgen durch Straffung der Staffellung beim Weihnachtsgeld nach Betriebszugehörigkeit sind zu vermerken. Die Bewegung für überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen bzw. für Abschaffung der Leichtlohngruppen ist nicht tot zu kriegen und stärker als bisher. Indirekt wird dem Vorstand vorgehalten, er habe sein tarifliches Instrumentarium in den letzten Jahren nicht voll genutzt z.B. beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld, ein tariflicher Ausgleich der Verluste durch die Steuern auf Zuschläge wird gefordert. Der Jugendausschuß will, daß der Lohncharakter der Ausbildungsvergütung endlich anerkannt wird. Insgesamt ist die Meinung, daß die Lage der Lohnabhängigen „kräftige“, „erhebliche“, eben hohe Lohnforderungen nötig macht, deutlich zu spüren.

Dies könnte der Vorstand der IGM als Antragsteller der E 12 eigentlich zum Anlaß nehmen, die Mitgliedschaft auszurichten auf eine Tarifaufeinander-

setzung, in der die Arbeiterbewegung einen Teil der Reallohnverluste bzw. der gestiegenen Lebenshaltungskosten wieder hereinholen und so die Kapitalisten in ihren vielfältigen Expansionsvorhaben nach innen und außen behindern kann. Jedoch nur an einer Stelle („Die Umverteilung zu Lasten unterer Einkommen führt zu neuer Armut“) wird bei der Begründung der Tarifpolitik Bezug genommen auf die Lage der Lohnabhängigen. Ansonsten ist es z.B. „die Einstellung zur Erwerbsarbeit“, die sich geändert hat, „Frauen wollen berufstätig sein“. Ein Hinweis darauf, daß heute mit einem Arbeitereinkommen die Reproduktionskosten für zwei Erwachsene geschweige denn plus zwei Kinder z.B. nicht mehr gedeckt werden können, auf Lebens- und Arbeitsumstände, die zu teuren Wohnungen, Kauf von Autos und anderen nicht billigen Konsumgütern zwingen, auf verteuerte oder fehlende staatliche Versorgungsleistungen wäre hier nützlich gewesen.

Noch vor drei Jahren, in der E 12 des 15. Gewerkschaftstages stellte der Vorstand den tarifpolitischen Zielen der IG Metall eine vergleichsweise heftige Kritik der Differenzierungs-, Ausgrenzungs- und Spaltungsabsichten der Kapitalisten voran und polemisierte gegen die Unterordnung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik unter Kapitalinteressen (s. Kasten). In der E 12 zum 16. Gewerkschaftstag dagegen sind es nur noch die soziale Gerechtigkeit, die Gleichberechtigungswünsche der Frauen oder die ungerechte Verteilung des Volkseinkom-

mens, die Lohnerhöhungen erforderlich machen. Das könnte leider auch so verstanden werden, daß die Arbeiter nur dann Lohnansprüche anmelden dürften, wenn der Profit der Kapitalisten am steigen, also etwas zum verteilen da und die Ungerechtigkeit groß ist. Ein Gegner, gegen den aus eigenständigem Interesse formulierte Ansprüche durchgesetzt werden müssen, wäre so auch aus der Welt.

Die jetzt gewählten Formulierungen sind keineswegs zufällig. Noch vor kurzem gab es innerhalb der IGM eine Auseinandersetzung um Äußerungen des Vorstandssprechers Barczynski, der durchaus bereit war, auf Forderungen der Kapitalistenverbände nach „gewinnorientierten, betrieblichen Lohnerhöhungen“ einzugehen. Solchen Auffassungen, die derzeit durch keinen Beschluß gedeckt sind, würde, bliebe die E 12 wie sie ist, eine Hintertür geöffnet, zumal auch der Vorstand aus den konkreten Forderungen des Antragsmaterials Dinge macht, die anzustreben sind oder wichtig bleiben.

Das „Handelsblatt“ vom 28.8.89 sieht den Widerspruch zwischen Antragsmaterial und Entschließungsantrag durchaus: „Auch der IG Metall-Vorstand plädiert in einer Entschließung für den IG-Metall-Gewerkschaftstag im Oktober in Berlin für eine einjährige Laufzeit für Lohn- und Gehaltstarife, spricht aber realistisch von davon, er strebe sie an.“

Die tarifpolitischen Anträge aus den Verwaltungsstellen der Gewerkschaft lassen wenig Kompromißbereitschaft erkennen . . .“

Die Änderung einer Entschlüsselung durch den Gewerkschaftstag ist ein kompliziertes Unterfangen. Angesichts der Lage der Lohnabhängigen wäre es jedoch verhängnisvoll, wenn nicht einige Delegierten die Mühe auf sich nähmen, die Forderungen nach überproportionaler Anhebung der unteren Lohngruppen, nach einjähriger Laufzeit, volles 13. Monatsentgelt unter Wegfall der Staffellung, nach Erhöhung des tariflichen Urlaubsgeldes, nach existenzsichernder Ausbildungsvergütung und nach hohen Lohnforderungen aus dem nebelhaften Reich des „Anzustrebenden“ herunterzuholen in den Bereich konkreter Ziele, die schnellstens angegangen werden müssen.



In vielen Anträgen verlangt: Kräftige, erhebliche, hohe Lohnforderung!

Dokumentiert: Entschließung 12 Tarifpolitik

Beschluß des Gewerkschaftstages von 1986

In der verschärften Auseinandersetzung der letzten Jahre haben sich Tarifverträge als das zuverlässigste Instrument zur Sicherung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen erwiesen.

Trotz der anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit und erschwerter Durchsetzungsbedingungen war es möglich, tarifpolitische Erfolge zu erzielen . . .

Die Arbeitskämpfe für kürzere Arbeitszeit waren Ausgangspunkt für eine verstärkte gewerkschaftliche und gesellschaftliche Gegenwehr gegen den Marsch in eine andere Republik. Sie dienten Arbeitgebern und konservativen Politikern zum Vorwand für grundlegende Angriffe auf tarifvertraglich gesicherte Entlohnungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen, auf das Tarifvertragssystem und die Tarifautonomie selbst, auf das Streikrecht und die Streikfähigkeit der Gewerkschaften.

Tarifverträge sollen nach dem Willen der Arbeitgeberverbände zum Instrument der unternehmerischen Differenzierungs- und Flexibilisierungsstrategie, der konservativen Ausgrenzungs- und Spaltungsabsichten in der Arbeitnehmererschaft und der Gewerkschaft gemacht werden. Damit soll der „ungehinderten Entfesselung der Marktkräfte“ durch Beseitigung der tariflichen Schutz- und Gestaltungsnormen Bahn gebrochen werden. Arbeitnehmeransprüche sollen allein von den jeweiligen Markt- und Ertragslagen einzelner Regionen, Branchen und Betriebe bestimmt werden.

Die IG Metall hält an dem Konzept einer autonomem und aktiven Tarifpolitik fest, die sich weder Kapitalinteressen noch politischen Vorgaben unterordnet. Sie ist darauf gerichtet, die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Produktivitätsfortschritten sowie die soziale Beherrschung der Produktivitätsentwicklung und eine Umverteilung des Volkseinkommens zu ihren Gunsten durchzusetzen . . .

Unsere grundlegenden tarifpolitischen Ziele bleiben daher unverändert gültig:

1. Erhöhung der Realeinkommen
2. Verkürzung der Arbeitszeit
3. Sicherung und Verbesserung von Eingruppierung und Qualifikationsniveau
4. Menschengerechte und zumutbare Gestaltung der Arbeits- und Leistungsbedingungen und Ausbau der Mitbestimmung
5. Menschengerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

1. Tarifliche Einkommenspolitik

Es bleibt die Aufgabe tariflicher Einkommenspolitik, die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten zu erhöhen.

Für die abhängig beschäftigten Männer und Frauen in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen gilt es, überdurchschnittliche Verbesserungen durchzusetzen. Zur Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten soll ein festes Monatsentgelt für alle Arbeitnehmer im Rahmen gemeinsamer Tarifverträge verwirklicht werden.

Die Ausbildungsvergütungen und ihre Erhöhung sollen im Rahmen gemeinsamer Tarifverträge — in unterschiedlichen Prozentsätzen für die einzelnen Ausbildungsjahre — an das Tarifentgelt für Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung angebunden werden.

Die IG Metall strebt die Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes und die tarifliche Absicherung eines vollen 13. Monateinkommens für alle Arbeitnehmer an . . .

Antrag des Vorstands zum Gewerkschaftstag 1989

Die Entwicklung der Wirtschaft ist von Widersprüchen und Interessengegensätzen gekennzeichnet. Der gesellschaftliche Reichtum wird von allen erarbeitet. Es besteht nach wie vor ein großer Bedarf an Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die

technische Entwicklung ermöglicht vielfach neue Möglichkeiten zur humanen Organisation und Gestaltung der Arbeit. Trotzdem werden alte Arbeitsstrukturen beibehalten und die Kontrolle des Arbeitsprozesses verschärft. Die Einstellung zur Erwerbsarbeit hat sich erheblich verändert. Frauen wollen berufstätig sein, jedoch werden ihnen qualifizierte Arbeits- und Aufstiegschancen weitgehend verwehrt . . .

Trotz Anstieg der Wirtschaft wird der Abbau und der Umbau des Sozialstaates durch die politisch verantwortliche Bundesregierung vorangetrieben. Ungesicherte Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Die Umverteilung zu Lasten der unteren Einkommen führt zu neuer Armut.

Die IG Metall bekräftigt daher ihre Entschlossenheit, eine aktive Tarifpolitik zu betreiben, um mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Die Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten, der Produktivitätszuwachs und eine notwendige Umverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten der abhängig Beschäftigten sind auch in Zukunft der Maßstab für das Forderungsvolumen.

Die IG Metall sieht neue und bessere Möglichkeiten für einen sinnvollen Technikeinsatz und für qualifizierte Arbeit. Dabei geht es um die Förderung von Arbeitsinhalten, die die Qualifikation erweitern . . .

Die künftige Gestaltung von Arbeit und Technik verlangt daher neue tarifliche Regelungen. Die Tarifpolitik der 90er Jahre hat die zentrale Aufgabe, neue Rahmenbedingungen zu schaffen, die in der Arbeitswelt eine neue Qualität der Arbeit und Technik ermöglichen.

Dazu gehören:

- Der gesellschaftliche Reichtum muß zugunsten der abhängig Beschäftigten umverteilt werden.
- Die Erwerbsarbeitszeit muß weiter verkürzt, ihre Verteilung sozial gestaltet werden.
- Die Qualität der Arbeit muß verbessert und die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erweitert und erhöht werden.
- Die Möglichkeiten von Betriebsräten und Beschäftigten, Arbeit und Technik menschen- und leistungsgerecht zu gestalten, müssen erweitert werden.
- Die Handlungsmöglichkeiten der betrieblichen Interessenvertretung und der Belegschaften sowie die Kontrolle der Beschäftigten über die wirtschaftliche Macht müssen vergrößert werden . . .

1. Realeinkommen erhöhen.

Es bleibt wichtige Aufgabe der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten zu erhöhen und ihre Verteilung sozial zu gestalten. Die aktuelle Situation der Verteilung des Volkseinkommens hebt die Bedeutung dieses Ziels hervor. Im Interesse größerer sozialer Gerechtigkeit gilt es, in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen überdurchschnittliche Einkommensverbesserungen durchzusetzen. Das Einkommen aus Erwerbsarbeit ist nach wie vor Voraussetzung für individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Unabhängigkeit sowie für gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten. Die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen wird auch von der Verbesserung der Einkommenssituation der Frauen bestimmt.

Auszubildende sollen in gemeinsame Entgelttarifverträge einbezogen werden. Dabei sollen Ausbildungsvergütungen mit dem Ziel eines existenzsichernden Einkommens erhöht werden.

Monatslohn soll in allen Tarifgebieten verpflichtend und zu einem festen Monatsentgelt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen gemeinsamer Tarifverträge weiterentwickelt werden. Für Tarifverträge über Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen streben wir eine Laufzeit von 12 Monaten an.

Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes und die tarifliche Absicherung eines vollen 13. Monateinkommens bleiben wichtig . . .

Bundestag zur Arbeitszeitverkürzung: „nicht generell“, „nicht undifferenziert“

Am 28.9. debattierte der Bundestag über eine Regierungserklärung Blüms zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Diese Debatte zielte auf die Kommunalwahlen in NRW drei Tage später, aber auch ausdrücklich auf den Gewerkschaftstag der IG Metall Ende Oktober.

Ein zentraler Streitpunkt der Debatte war zunächst die Äußerung von Haussmann, Bundeswirtschaftsminister, auf dem baden-württembergischen Landesparteitag der FDP, daß es eine „hochpolitische Aufgabe“ sei, weitere pauschale Arbeitszeitverkürzung zu verhindern. Und besonders die Formulierung: „Und deshalb können nicht Funktionäre der Arbeitgeber und der Gewerkschaften diese Frage im nächsten Jahr allein entscheiden“. (1)

Insbesondere die Worte „nicht allein“ waren für die SPD-Redner „ein lupenreiner Angriff auf die im Grundgesetz verankerte Tarifaufonomie“ (Dreßler). Woraufhin Haussmann seine Vorstellungen so präzierte:

„Ich persönlich achte die Tarifaufonomie. Aber autonome Tarifentscheidungen vollziehen sich ja nicht im luftleeren Raum. Es gibt auch in der Tarifaufonomie keine Rechte ohne Verpflichtungen. Es gibt keine Autonomie ohne Verantwortung. Die Entscheidungen der Tarifpartner haben sich immer noch am Gemeinwohl zu orientieren“.

Diese Formulierungen ließ die Opposition dem Minister ungestraft durchgehen. Dabei ist er mit seiner Einschränkung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik in einen Rahmen von Verpflichtungen auf ein angebliches Gemeinwohl durch kein Gesetz gedeckt. Das Tarifvertragsgesetz jedenfalls kennt Haussmanns Beschränkungen nicht. Er maßt sie sich an. Dabei ist er auffällig nahe an Positionen der REP, daß die Gewerkschaften „in parteipolitischer Neutralität ihre Tätigkeit auf das Wohl der Arbeitenden und das Gedeihen ihrer Arbeitsstätten beschränken und den Preis der Arbeit im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils behandeln“ sollen. (2)

Haussmann will anscheinend mit der rechten Konkurrenz wetteifern, indem er ihre Angriffslinien gegen die Arbeiterbewegung aufnimmt. Ganz ähnlich bei Lambsdorff:

„Ich rede immer ... von den Tarifvertragsparteien. Ich meine also beide. Sehr viele Menschen im Lande sind nämlich die Macht der Großorganisationen beider Seiten sehr leid und suchen jemanden, der diesen großen Verbänden

und großen Organisationen auch einmal gegen den Strich redet“.

Diese Attacke gegen die Gewerkschaften unter der Fahne des Kampfs für die Freiheit aller Arbeitsbeziehungen und gegen die sogenannten Großorganisationen beider Seiten findet sich auch bei den REP, die „das Kartell der ‚Tarifaufonomie‘ von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Arbeitsjustiz und Parteien durch eine allen Arbeitenden verantwortliche ‚konzertierte Aktion‘ unter Einbindung der sich vor der Verantwortung drückenden Regierung brechen“ wollen. (3)

Führende Leute einer Regierungspartei argumentieren hier hart an aktuellen faschistischen Positionen gegen die Arbeiterbewegung, ohne daß sie dafür im Bundestag gestellt worden wären.

Arbeitszeitdebatte

Hier fällt auf, daß sich die Parteien der Regierungskoalition auf folgende Linie verständigt haben: nicht grundsätzlich weitere Arbeitszeitverkürzung ablehnen, sondern Arbeitszeitverkürzung gezielt gestalten. So polemisierte Haussmann gegen „pauschale Arbeitszeitverkürzung“ und warnte vor „den Folgen einer undifferenzierten Arbeitszeitverkürzung“. Oder der FDP-Abgeordnete Heinrich:

„Ich kann es Ihnen daher nicht ersparen, zu wiederholen, daß ich eine Politik der generellen Arbeitszeitverkürzung in der derzeitigen Situation für volkswirtschaftlich unverantwortlich halte.“ Oder auch der CDU-Abgeordnete und Sozialausschuß-Mann Scharrenbroich:

„Auch ich wiederhole an dieser Stelle die von mir schon früher an die IG Metall gerichtete Aufforderung, ihre Überlegungen hinsichtlich einer pauschalen Wochenarbeitszeitverkürzung jetzt nicht weiter zu verfolgen.“

Die Regierungskoalition weiß aber nicht nur, was sie nicht will, sondern auch genau, was sie will. Am ausführlichsten Lambsdorff:

„Wer Arbeitszeitverkürzung will, der muß zumindest Beweglichkeit zugestehen. Darum geht es doch. Ich habe 1983 im Bundestagswahlkampf landauf, landab gesagt: Wir können die 35-Stunden-Woche haben, wenn wir bereit sind, diese Stunden an sechs Tagen in der Woche — jeder einzelne natürlich nur an drei oder vier Tagen in der Woche — abzuleisten. (...) Warum gibt es hier nicht mehr Beweglichkeit, nicht mehr Differenzierung, nicht mehr Rücksicht auf

regionale und branchenmäßige, auch ertragsmäßige Unterschiede?“

Ein Arbeitstag bis an die zwölf Stunden, regelmäßige Samstagsarbeit, ertragsabhängig flexible Löhne — was Gesamtmetall gern hätte, trägt Lambsdorff vor und stößt dabei auf wenig Widerspruch. Über einen weiteren Punkt ist sich die Koalition einig: Arbeitszeitverkürzung für Qualifizierungsmaßnahmen geht in Ordnung. CDU-Scharrenbroich:

„Aber auch eine tarifvertragliche Absicherung der Fort- und Weiterbildung der Arbeitnehmer sollte nach unserer Auffassung Gegenstand der Tarifverhandlungen werden. (...) Übrigens ist Fortbildung auch eine Form von Arbeitszeitverkürzung. Vielleicht sollte man das der IG Metall noch sagen.“

Und FDP-Heinrich:

„Wenn die Arbeitszeitverkürzung zur Schulung und Weiterqualifizierung genutzt wird, so ist dagegen nichts einzuwenden“.

Aus der Arbeitszeitverkürzung, die eigentlich die Beschäftigten entlasten soll, wollen die Koalitionsparteien ein Instrument machen, mit dem die Unternehmen ihre unumgänglich nötigen Schulungsmaßnahmen geregelt kriegen. Und die Anzeichen deuten darauf hin, daß auch die Bundestagsfraktion der SPD sich damit anfreundet. Sehr deutlich äußert sich Rappe:

„... werden meiner Auffassung nach die Gewerkschaften in dieser sozialen Marktwirtschaft und Gesellschaftsordnung die Frage der Arbeitszeitverkürzung als Hebelarm benutzen, damit in den Betrieben eine funktionelle Wirkung zur Qualifizierung, Weiterbildung und Einstellung entsteht. (...) Meine Damen und Herren, wenn Sie diejenigen, die Arbeit haben, danach fragen, was sie gerne möchten, dann sagen die — leider Gottes — immer nur: Geld.“

Da sind schon die Neueinstellungen ganz ans Ende gerutscht, von der Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist hier keine Rede mehr. Und Lohninteressen wischt Rappe nebenbei auch weg.

Das mag sogar dem Grünen-Abgeordneten Stratmann gefallen haben, der einen nebulösen „Gesellschaftsvertrag“ für „drastische Arbeitszeitverkürzungen“ verlangte, ohne sich im mindesten gegen die Flexibilisierungs- und Teilzeitkonzepte der Regierungskoalition abzugrenzen. Und der sich nicht scheute, Franz Steinkühler anzugreifen, weil der in einer Auflistung der Tarifziele des nächsten Jahres ausnahmsweise einmal die dringend nötige Erhöhung der Einkommen an erster Stelle genannt hatte.

Quellenhinweis: (1) Zitate aus Bundestagsprotokoll II/161; (2) REP-Programm; (3) REP-Flugblatt zur Tarifpolitik.

Aufgaben gewerkschaftlichen Widerstands — Beispiel Arbeitszeit

Beim Antragsmaterial zur Arbeitszeit hat es die wohl auffälligsten Entwicklungen seit dem letzten Gewerkschaftstag 1986 gegeben. Viel mehr Anträge befassen sich mit Arbeitszeitfragen, und sie befassen sich in anderer Weise damit: Sie verknüpfen weitere Arbeitszeitverkürzung und überhaupt die weitere Entwicklung der Arbeitszeit mit Forderungen nach Beschränkung der Flexibilisierung der Arbeitszeit. In großer Zahl wenden sich die Delegiertenkonferenzen der Verwaltungsstellen

- gegen die Wiedereinführung des Samstags als Regelarbeitstag und gegen die Ausdehnung der Sonntagsarbeit,
- gegen die Zunahme von Schicht- und Nachtarbeit,
- gegen die faktische Verlängerung der Arbeitszeit durch Überstunden.

Die Tarifverträge sollen möglichst abschließende Arbeitszeitregelungen enthalten, um den betrieblichen Spielraum der Kapitalisten einzuschränken.

Diese Antragslage hat auch Wirkung auf den Vorstandsentscheid zur Entschließung 12 zur Tarifpolitik gezeigt. Aber sie hat sich in einigen Punkten noch nicht ausreichend darin niedergeschlagen. Einige Verbesserungen, insbesondere nähere Zielbestimmungen erscheinen nötig und angesichts der Meinungsbildung in der IG Metall, wie sie in den Anträgen zum Ausdruck kommt, auch möglich.

Gegen Samstags- und Sonntagsarbeit

Hierzu stellt die Entschließung 12 fest: „Die Verteilung der Regelarbeitszeit auf die Werkzeuge von Montag bis Freitag und damit das freie Wochenende (Samstag und Sonntag) als Eckpfeiler einer sozialen Zeitkultur sind tarifvertraglich besser zu sichern.“ Damit wird richtigerweise — erzwungen durch eine Reihe verlorener Auseinandersetzungen vor allem in Konzernen — festgestellt, daß die bisherigen tariflichen Regelungen nicht ausreichen. Wie aber ist „das freie Wochenende ... tarifvertraglich besser zu sichern“? Hier klammert der Vorstand in seinem Entschließungsantrag konkrete Zielsetzungen aus. Einige kann man aber festhalten:

- Streichung von Bestimmungen aus Manteltarifverträgen, die eine auf Instandhaltung beschränkte oder auch allgemeine Freigabe von Regelsamstagsarbeit ermöglichen oder zumindest über die Einigungsstellen zulassen.

- Beschränkung und Verteuerung der Samstagsarbeit als Überstundenarbeit, Beschränkung der zulässigen Anzahl von Samstagsschichten und des Endes auf z.B. spätestens 14 Uhr (Anträge Nr. 380 Bad Kreuznach, 416 Tauberschloßheim).

- Ausschluß von Schichtende oder -an-

fang innerhalb des Wochenendes (z.B. 400 Limburg, 429 Bad Hersfeld).

- Aufnahme des Sonntagsarbeitsverbots in die Manteltarifverträge, auch als eine Barriere angesichts freizügiger Genehmigungspraxis von Behörden und absehbarer gesetzlicher Liberalisierung von Sonntagsarbeit (z.B. 380 Bad Kreuznach, 391 Wiesbaden, 400 Limburg, 414 Friedrichshafen, 425 Heidelberg, 427 Stuttgart). Das bedeutet auch die Entfernung von anderslautenden Passagen in Manteltarifverträgen wie z.B. in Nordwürttemberg-Nordbaden: „Notwendige Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit kann nur nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat eingeführt werden, wobei berechnete Wünsche des Beschäftigten zu berücksichtigen sind. Im Falle der Nichteinigung über die Einführung entscheidet die Einigungsstelle im Sinne des § 76 BetrVG verbindlich.“

Gegen Schicht- und Nachtarbeit

Hierzu heißt es in der Entschließung: „Schichtarbeit belastet die davon betroffenen Beschäftigten in ganz besonderer Weise. Nachtschicht muß eng begrenzt



bleiben. Für die Einführung von Schichtarbeit, insbesondere von Nachtschicht und vollkontinuierlichem Schichtbetrieb sind die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte zu verbessern und Entlastungsmaßnahmen für die Beschäftigten vorzusehen. Dazu gehört die Verwirklichung einer bezahlten Pause als Teil der Arbeitszeit von mindestens einer halben Stunde pro Schicht für alle Beschäftigten im Schichtbetrieb. Außerdem sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Tarifvertrag das Recht erhalten, ab einem bestimmten Lebensalter und nach mehreren Jahren im Schichtbetrieb in Normalschicht zu wechseln.“

Was heißt da: „Nachtarbeit muß eng begrenzt bleiben“? Beschränkungen der Nachtarbeit bestehen — abgesehen vom gesetzlichen Verbot für Arbeiterinnen in der Industrie, das gekippt werden soll — nicht. Nachtarbeit muß überhaupt erst begrenzt werden. Wie, dazu geben eine Reihe von Anträgen Anhaltspunkte:

- Die weitere Ausdehnung von Betriebsnutzungszeiten aus Anlaß weiterer

Arbeitszeitverkürzung sollte unterbunden werden (z.B. 399 Lübeck, 425 Heidelberg, 428 Hamburg).

- Die weitere Einführung insbesondere von Nachtarbeit sollte tarifvertraglich verhindert werden (z.B. 399 Lübeck, 425 Heidelberg, 427 Stuttgart, 435 Erlangen, 439 Hamburg, 440 Bielefeld).

- Bei schon bestehender Schicht- und Nachtarbeit eine kräftige Verteuerung durch höhere Zulagen und Verkürzung, so daß Nachtschichten z.B. nicht länger als sechs Stunden dauern oder in den Nachtschichtperioden eine Nachtschicht entfällt (382 Hattingen, 391 Wiesbaden, 392 Neuwied, 397 Nürnberg, 400 Limburg, 429 Bad Hersfeld, 430 Göppingen).

Arbeitszeit und Lohnausgleich

Wir sehen die Gefahr, daß eine Politik der weiteren Arbeitszeitverkürzung, wie sie in der tarifpolitischen Entschließung skizziert ist, zu weiteren Lohnneinbußen führt und dazu, daß überhaupt der Anspruch auf einen Lohn, der die Existenz der Person sichert, aufgegeben wird. Dieses Problem hat sich mit der negativen Entwicklung der Einkommen im Verhältnis zu den Reproduktionskosten schon in den letzten Jahren angedeutet. Jetzt sieht es so aus, als ob — aller gewerkschaftlichen Kritik an Lafontaine zum Trotz — weitere Arbeitszeitverkürzung auch ohne nominalen Lohnausgleich, also mit nominaler Lohnsenkung in Erwägung gezogen wird. Es heißt nämlich im Entschließungsantrag: „Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit muß darüber hinaus auf der Tagesordnung gewerkschaftlicher Tarifpolitik bleiben ... Dabei sind verschiedene Formen denkbar: Die 30-Stunden-Woche mit Vorrang für den 6-Stunden-Tag, kürzere Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für besonders belastete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“ Daß der „volle Lohnausgleich“ bei der ersten Alternative fehlt, ist vermutlich kein Zufall. Dahinter dürfte in Anlehnung an die programmatische Diskussion in der Sozialdemokratie die Vorstellung stehen, daß die bestehende Arbeitslosigkeit eben auch durch Umverteilung innerhalb des Lagers der Lohnabhängigen bekämpft werden soll, sprich durch Arbeitszeitverkürzung mit Lohnkürzung. Eine Entwicklung von einer künftigen 35-Stunden-Woche zu einer 30-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich wäre eine nominale Lohnsenkung von 15%. Viele Einkommen würden die Unterhaltskosten der Betroffenen nicht mehr decken. Brutale Abhängigkeiten verschiedener Art wären die Folge. Die Bedeutung gewerkschaftlicher Organisation und Politik wäre schwer erschüttert. Der Gewerkschaftstag sollte klarstellen, daß eine solche Richtung in der Arbeitszeitpolitik ausgeschlossen wird.

Entnommen aus der achtseitigen Beilage zu „Nachrichten Stahl- und Metallindustrie“ zum Gewerkschaftstag vom 29.9.1989

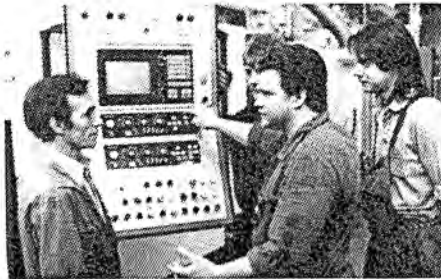
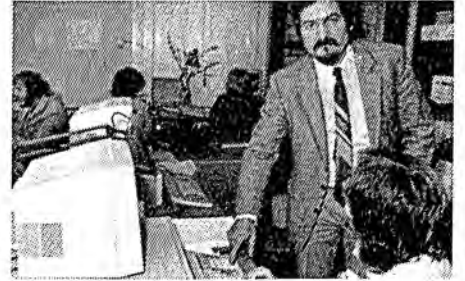


Innenministerium legt Ausländergesetz vor

Der nun nach langen Auseinandersetzungen in der Regierungskoalition von Bundesinnenminister Schäuble vorgelegte Gesetzentwurf zum Ausländerrecht enthält neben den in der Öffentlichkeit diskutierten Regelungen zur Zwangsintegration weitgehende Einschränkungen der politischen Betätigung ausländischer Arbeiter in der BRD. Der Entwurf ist in keiner Weise „liberal“, wie die FDP behauptet. Insbesondere die Tätigkeit in Organisationen, die für die soziale und politische Umgestaltung in den Herkunftsländern kämpfen, also z.B. die Tätigkeit von kurdischen Arbeitern in Kurdistan-Komitees, kann durch umfassend interpretierbare Bestimmungen Ausweisungsgrund sein.

Ungarn: Ergebnisse des USAP-Parteitag

Mit der Aufgabe zahlreicher bisheriger Grundsätze hat der Parteitag der ungarischen Regierungspartei USAP geendet. Nach vorliegenden Meldungen strebt die neue Partei u.a. eine „soziale Marktwirtschaft“ an. Statt die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, will die Partei „alle Arbeitnehmer“ vertreten. Das läßt vermuten, daß handarbeitende, gering bezahlte und schwer arbeitende Werktätige in der neuen Partei ihre Interessen nicht mehr vertreten können. In Reaktion auf diese Beschlüsse soll sich eine kommunistische Partei gebildet haben. Welche Abgrenzung Ungarns bleibt nach dem Willen der neuen USAP gegenüber dem Imperialismus künftig noch bestehen?



Rationalisierung und Beschäftigteninteressen

In einem Betrieb der Spezialfahrzeugbranche. Der Marktanteil wächst zu Lasten der Konkurrenz. Die Beschäftigtenzahlen steigen. Ein großes Investitionsprogramm wird durchgeführt. Alles bestens also? Betriebsrat und Belegschaft befürchten negative soziale Auswirkungen des Expansionskurses. Die Existenz eines Zweigwerkes gerät in Gefahr, die Kontrollmöglichkeiten über die Arbeit nehmen zu, die innerbetriebliche Personalpolitik treibt die Differenzierung voran. Der Betriebsrat entwickelt Forderungen zum Rationalisierungsschutz. Innerbetriebliche Verhandlungen darüber scheitern. Der unzulängliche Handlungsrahmen wird deutlich. Eine langwierige Auseinandersetzung zeichnet sich ab.

Arbeitsbedingungen im Handel

Die Arbeit im Einzel- und Großhandel ist Schwerstarbeit. Die großen Handelskonzerne haben die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren verschärft. Überlange Arbeitszeiten oder Teilzeitsysteme auch unter den Versicherungsgrenzen, Arbeit auf Abruf sind die Regel. Zudem werden im Handel mit den niedrigsten Löhnen für Schwerstarbeit gezahlt. Wie wirkt sich das auf die Gesundheit der Lohnabhängigen im Verkauf, an den Kassen, im Lager, im Fuhrpark und in den Büros aus? Der Gewerkschaftstag der HBV beschloß 1988 eine Kampagne zur Bekämpfung dieser Zustände. Was ist seitdem passiert, was tunde Betriebsräte und die Gewerkschaft HBV? Welche Möglichkeiten werden diskutiert?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
— erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel. 0221/21 64 42
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m b H
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie
— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie
Nachrichten Chemische Industrie 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1,20 DM

AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m b H
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1
BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 1
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waltparkstr. 9, 6800 Mannheim 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln BLZ 370 10050, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rudiger Lotzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln. Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.